

Hildebrandt, Eckart

Working Paper — Digitized Version

Rüstungskonversion, alternative Produktion und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland

WZB Discussion Paper, No. IIVG re 87-220

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Hildebrandt, Eckart (1987) : Rüstungskonversion, alternative Produktion und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland, WZB Discussion Paper, No. IIVG re 87-220, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/83001>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WZB

WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN
FÜR SOZIALFORSCHUNG

IIVG/re87-220

**Rüstungskonversion, alternative Produktion
und Gewerkschaften in der
Bundesrepublik Deutschland**

Eckart Hildebrandt

Berlin, November 1987

**Forschungsschwerpunkt
Arbeitspolitik**

(IIVG - ARBEITSPOLITIK)

**Research Unit
Labor Policy**

(IIVG - LABOR POLICY)

discussion papers

W 180 - 1987, 220

ABSTRACT:

Der Aufsatz gibt einen Überblick über die Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Rahmenbedingungen, d. h. die Krise des sicherheitspolitischen Konzepts, die steigenden sozialen und politischen Kosten der Rüstung sowie die Arbeitsplatzproblematik im Zusammenhang mit Rüstungsproduktion. Aus diesen Problemlagen und der Stellung der wichtigsten Interessengruppen werden die Möglichkeiten und Perspektiven der Rüstungskonversion diskutiert. Anhand von drei Fallbeispielen werden betriebliche Konversions-Initiativen dargestellt und im Hinblick auf die Mobilisierung der Beschäftigten, die Möglichkeiten der Arbeitsplatzsicherung und die Möglichkeiten neuer Produktentwicklungen eingeschätzt.

Gliederung

- I. Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland
- II. Die Krise des sicherheitspolitischen Konzepts und die Friedensbewegung
- III. Die steigenden sozialen und politischen Kosten der Rüstung
- IV. Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie
- V. Beschäftigungsrisiken durch Rüstungszyklen
- VI. Rüstungsunternehmen und Diversifikation
- VII. Gewerkschaften und Rüstungskonversion
- VIII. Möglichkeiten und Perspektiven der Rüstungskonversion
- IX. Betriebsliche Arbeitskreise zur Rüstungskonversion
- X. Zusammenfassung

Anmerkungen

Literaturliste

Dokumente/Anhang

- (1) Anträge 62 und 63 zum 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall 1983
- (2) Beschluß des IG Metall-Beirats zu "Alternative Produktion" vom März 1985
- (3) Beschluß des Vorstands der IG Metall zu "Möglichkeiten und Grenzen einer Betriebsübernahme durch die Belegschaft" vom März 1985
- (4) Gemeinsame Arbeitsgrundlage der IG Metall-Arbeitskreise "Alternative Produktion" vom Sommer 1986
- (5) Anträge 83 und 85 zum 15. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall 1986
- (6) Beschäftigungsplan der Firma Grundig/Nürnberg 1987
- (7) Konzept einer Entwicklungsgesellschaft für Hamburg und für Ross Industrie GmbH Hamburg, Sommer 1987

Einleitung

Seit vielen Jahren gibt es inzwischen in der Bundesrepublik Deutschland ein Millionenheer von Arbeitslosen sowie ein hohes Niveau von Konkursen, Betriebsstillegungen und d.h. ungenutzten Produktionskapazitäten. Gleichzeitig entstand neue Armut, ungedeckter Bedarf an sozialen Gütern wie Wohnung, gesunde Ernährung, Gesundheitsversorgung besonders für die an den Rand gedrängten Gruppen wie Alte, Kranke, alleinerziehende Frauen, unqualifizierte Jugendliche, Ausländer. Und dann gibt es ein tiefes Bedürfnis nach Frieden, nach Überwindung der Doktrin der gegenseitigen Abschreckung.

Auswege aus dieser tiefen Gesellschaftskrise scheinen zunehmend verbaut, die Spaltungen nehmen eher zu, auch in Teilbereichen sind kaum Verbesserungen durchzusetzen.

Und doch gibt es eine wirtschaftspolitische Strategie, die beansprucht, alle drei Problemkreise in einem Prozeß zu lösen: Rüstungskonversion, d.h. Umstellung der Produktion von Rüstungsgütern auf die Herstellung ziviler, sozial nützlicher und ökologisch verträglicher Güter. Und obwohl als Lösungsangebot so einfach und plausibel, hat diese Strategie bisher nur wenige Anhänger und auch wenige Erfolge; obwohl gerade in Deutschland nach zwei Weltkriegen schon zweimal die Wirtschaft um- und aufgebaut werden mußte; obwohl die Young-Kommission in den USA gerade erst festgestellt hat, daß die verschlechterte Wettbewerbssituation der USA maßgeblich auf die überhöhte Militärforschung zurückzuführen ist.

Der folgende Aufsatz versucht in einem Überblick, diesen Fragen nachzugehen: warum die Strategie der Rüstungskonversion in den 80er Jahren in der BRD wieder attraktiv wurde, welche Initiativen entstanden und worin ihre derzeitigen Grenzen gesehen werden.

I. Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland

Rüstungsproduktion in Deutschland hat eine lange und leidvolle Tradition. Schon zweimal in diesem Jahrhundert wurde mit dem Argument der "Anhebung der Risikoschwelle" (Tirpitz) und der "Abrüstung durch Aufrüstung" (Hitler) aufgerüstet.¹⁾ Zwei Weltkriege waren die Folge, bei denen Deutschland als Hauptakteur im Mittelpunkt stand und die deutsche Bevölkerung eine der Hauptleidtragenden war. Trotz des Bekenntnisses bei den Verhandlungen des Parlamentarischen Rates 1948/1949, "daß in Deutschland keine Kanonen mehr gebaut werden sollen, nicht nur für uns, sondern auch für andere nicht" (Carlo Schmidt), hat sich die BRD, verstärkt seit 1973, wieder zum fünftgrößten Rüstungshersteller und Rüstungsexporteur entwickelt.²⁾

Die Bundesrepublik wies von allen großen Waffenexportländern für den Zeitraum 1972-1980 die höchsten Zuwachsraten auf. Trotz einer im internationalen Vergleich restriktiven Rüstungsexportpolitik (Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG), Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und die politischen Grundsätze der Bundesregierung von 1971/1982), haben eine großzügige Genehmigungspraxis, Nichtbeachtung (Beispiel Rheinmetall) und Umgehung (Auslandszweigstellen, Koop-Verträge, Scheinkäufer) der gesetzlichen Regelungen diesen Aufschwung ermöglicht. Seit 1982 stagniert der Rüstungsexport auf diesem Niveau. Es gibt zwar seit dem Regierungswechsel zur CDU/FDP-Koalition eine höhere Bereitschaft seitens der Bundesregierung, die Exportbeschränkungen zu lockern. Dem entspricht aber keine höhere zahlungsfähige Nachfrage, da viele der potentiellen Kundenländer eklatante Finanzierungsprobleme haben.

In dieser Bilanz sind noch nicht die Lieferungen aus Gemeinschaftsproduktionen wie dem deutsch-französischen Flugzeug "Alpha-Jet" oder die Raketen "Hot" und "Milan" enthalten. Gemeinschaftsprojekte werden in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen, da wegen der steigenden Kosten und der sinkenden Stückzahlen bei Flugzeugen und bald auch bei Panzern

faktisch keine rein nationalen Projekte mehr möglich sind. Ein weiterer wichtiger Grund für die Internationalisierung ist die Umgehung von Exportbeschränkungen und die Öffnung nicht direkt zugänglicher Märkte.³⁾

Mehr als zwei Drittel der Rüstungslieferungen gingen in Länder außerhalb der NATO. Bei keinem der bedeutenden Rüstungsexportländer liegt der Anteil von Lizenzen und know how am Export so hoch wie bei der Bundesrepublik; im Bereich der Kleinwaffen- und Sprengstoffherstellung sind bundesdeutsche Anlagenhersteller weltweit führend. Exportiert werden vor allem U-Boote, Schnellboote, gepanzerte Fahrzeuge, Leicht- und Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Kleinwaffen, Lenkwaffen und Bauteile. Die wichtigsten Abnehmerländer sind zu 70 % Drittweltländer wie Argentinien, Iran, Algerien und Libyen.⁴⁾

Die bundesdeutsche Rüstungsproduktion dient immer noch vorrangig der konventionellen Ausrüstung der Bundeswehr. Ihre wirtschaftliche Bedeutung ist nach wie vor relativ gering: Der Anteil der Rüstungsgüter am Umsatz des produzierenden Gewerbes beträgt ca. 2,2 % (1981 = 2,17 %). Der Anteil der Rüstungsexporte an der Rüstungsproduktion beträgt unter 20 %, der Anteil des Rüstungsexports beträgt an allen bundesdeutschen Exporten weniger als 1 %.

II. Die Krise des sicherheitspolitischen Konzepts und die Friedensbewegung

Aufrüstung und Rüstungspolitik in der Bundesrepublik rufen international vor dem Hintergrund zweier Weltkriege starke Ängste hervor.

Die weltpolitische Lage hat sich allerdings im Unterschied zu den Zeiten vor den zwei Weltkriegen in zwei Punkten entscheidend verändert.

Erstens ist die Bundesrepublik nicht mehr eine richtungsbestimmende "Weltmacht" innerhalb der internationalen Politik,

sondern von der Konstellation zwischen den zwei Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt abhängig und in den einen Block, die NATO, eingebunden. Insofern wird die Bundesrepublik auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, internationale militärische Kräfteverhältnisse und Konfliktsituationen maßgeblich zu beeinflussen.

Zweitens verfügt die BRD zwar über die stärkste konventionelle Streitmacht Westeuropas, aber sie ist in der Entwicklung, Stationierung und im Einsatz der entscheidenden strategischen Waffen abhängig von den Entscheidungen der USA (nicht jedoch in Entwicklung und Nutzung ziviler Anwendungen der Atomenergie). Daher hat die BRD im militärischen Bereich nur einen begrenzten Handlungsspielraum; sie hat ihre Souveränität in diesem Bereich - wie die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile sowie die geheime Lagerung tragbarer Atomminen ADM seit 1964 zeigen - durch eine Reihe teilweise geheimer Verträge an die USA abgetreten.⁵⁾

Aufgrund dieser Weichenstellungen nach dem zweiten Weltkrieg muß der Bundesrepublik international eine militärstrategisch und rüstungstechnisch nachgeordnete Position zugemessen werden. Dadurch stellt sich auch die Situation in der Bundesrepublik anders als in den beiden Vorkriegsphasen dar: die Hauptgefährdung geht vom Aufschaukelungsprozeß der Rüstung (sog. Nachrüstung) zwischen den USA und der UdSSR aus, das sicherheitspolitische Konzept der Bundeswehr ist von nachgeordneter Bedeutung.

Die gesellschaftliche Akzeptanz von Rüstungsproduktion und Waffenstationierung beruht auf der Behauptung, daß diese die Sicherheit von Land und Bevölkerung vor feindlichen Angriffen garantieren. Diese - lange Zeit kaum hinterfragte - Sicherheitsgarantie ist in den letzten Jahren wesentlich durch vier Faktoren massiv infragegestellt worden und hat zu einer einzigartigen Verbreiterung der Friedensbewegung in der Bundesrepublik geführt:

Erstens führt die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA und vom Verhältnis zwischen den zwei Blöcken dazu,

daß die BRD in Handlungen und Konflikte hineingezogen werden kann, die nicht auf eigenen Interessen beruhen und die auch nicht national beeinflußt werden können. Eine eigenständige demokratische Entscheidungsfindung in Friedensfragen ist derzeit in der Bundesrepublik nicht möglich.

Die Entwicklung der militärischen Doktrinen der Großmächte hat es zweitens immer wahrscheinlicher werden lassen, daß Europa zum Ort eines dritten Weltkrieges werden kann, in dem die Großmächte ihren Konflikt auf fremdem Terrain austragen. Die Schutzwirkung der Unterordnung unter die Großmacht USA wird damit negativ aufgehoben, die Sicherheitspolitik führt zu akuter Kriegsgefahr auf dem Gebiet der BRD.

Drittens ist das Sicherheitsrisiko der in der BRD stationierten Waffensysteme in verschiedener Hinsicht gestiegen. Dazu zählen nicht nur die Gefahren von Unfällen (z.B. bei den wöchentlichen Ausfahrten von Pershing II-Lafetten), Fehlschaltungen und Fehleinschätzungen, sondern auch ökologische und soziale Gefährdungen. Beispiele dafür sind die Lagerung und der Transport von giftigen Kampfstoffen und der zunehmende Aufbau von betrieblichen und regionalen Sicherheitszonen, in denen wichtige demokratische Rechte aufgehoben sind.

Viertens sind für die Regierung zunehmende Probleme entstanden, die großen konventionellen Rüstungsprogramme zu finanzieren bzw. die im Rahmen der NATO zugesagte kontinuierliche Steigerung der Rüstungsausgaben einzuhalten und - angesichts des gleichzeitig breiten Sozialabbaus - zu legitimieren.

Diese genannten Faktoren dürften dafür ausschlaggebend gewesen sein, daß auch bei früher in diesen Fragen wenig engagierten und informierten Bevölkerungsteilen Verunsicherung und Angst eingetreten sind. Die alte Formel, nach der Rüstung zu Wirtschaftskraft, politischem Einfluß und persönlicher Sicherheit führt, wurde unglaublich, wirkte nicht mehr als beruhigender Hintergrund für das Alltagsleben. Die Folge waren u.a. breite Kampagnen gegen die Spitzen der Bedrohung (Per-

shing II und Cruise Missile-Stationierung, Herbstmanöver '84 nach dem Konzept der Air-Land-Battle-Doktrin) und eine zunehmende Diskussion um sicherheitspolitische Alternativen.

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland haben sich immer auch als Friedensbewegung verstanden. Der Kampf gegen die "Remilitarisierung" Anfang der fünfziger Jahre und die Kampagne "Kampf dem Atomtod" sind historische Bezugspunkte dieses Selbstverständnisses. Obwohl also die Themen Frieden und Abrüstung in den letzten Jahrzehnten zum unumstrittenen programmatischen Grundbestand gehörten, waren sie bis Ende der siebziger Jahre kein gewerkschaftspolitisches und kein betriebliches Thema. Die Ursache dürfte darin liegen, daß militärischer Frieden kein "Kernbereich gewerkschaftlicher Arbeit" ist (H. Klaus, IG Metall). Das Friedensthema gehört nicht zum Alltag gewerkschaftlicher Interessenvertretungspolitik und wird daher nur in Ausnahmesituationen aktiviert. In dieser Zeit war für die Gewerkschaften vor dem Hintergrund der Einbindung in die NATO und der Zustimmung zur Doktrin der gegenseitigen Abschreckung kein Anlaß zur Besorgnis gegeben. Das Aufkommen der Friedensbewegung wurde von den oberen Gewerkschaftsgremien eher mißtrauisch beobachtet, die offizielle Unterstützung des "Krefelder Appells" wurde abgelehnt. Der DGB begründete seine Haltung damit, daß dieser Appell, der von über 2 Mio. Bundesbürgern unterzeichnet worden war, die Abrüstung im eigenen Bündnis einseitig in den Vordergrund stellte, der Forderung nach einer gleichzeitigen und gleichgewichtigen Abrüstung in Ost und West nicht gerecht wurde. Dahinter stand auch die Angst bzw. der Vorwurf, daß die Friedensbewegung kommunistisch unterwandert und gesteuert sei. Unter Berufung auf die gewerkschaftlichen Traditionen in der Friedensarbeit, seine politische Unabhängigkeit und organisatorische Stärke hat der DGB dann eine eigene Unterschriftenkampagne "Frieden durch Abrüstung" gestartet. Dieses Konkurrenzunternehmen ist gescheitert.

Den ersten Höhepunkt der neuen westdeutschen Friedensbewe-

aus den Betrieben selbst was kam. Man hat auf diesem Weg zum Stillhalten der Kollegen beigetragen ... Mit dem 5. Oktober war die Luft auch wieder raus. Die Kollegen haben danach kaum weiter diskutiert.

Ich glaube, die 5 Minuten haben den Widerstand im Betrieb nicht integriert. Diese 5 Minuten waren eher ein Aufspringen auf den fahrenden Zug, weil sich gezeigt hatte, daß viele Gewerkschafter in der Friedensbewegung mitmischen und man gemerkt hat, daß man da nicht außen vorstehen kann. Widerstandskultur ist meiner Auffassung nach nur durch unmittelbare Betroffenheit zu erzeugen." (TAZ vom 19.10.1983)

Sieht man sich die betrieblichen Friedensinitiativen an, so wird deutlich, daß sie eher gesellschaftspolitisch orientiert sind, die Verbindung von Friedenspolitik und Arbeit eine seltene Ausnahme ist und auch von den Gewerkschaften nicht gefördert wird.

Ein Beispiel für individuellen Widerstand und bundesrepublikanischer Präzedenzfall sind die Prozesse um den Drucker Schlichting. Schlichting ist anerkannter Kriegsdienstverweigerer und Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Er hatte in seiner Firma im November 1981 den Arbeitsauftrag abgelehnt, Werbeprospekte für kriegsverherrlichende bzw. -verharmlosende Bücher zu drucken (z.B. eine Rechtfertigungsschrift des SS-Obersturmbannführers Otto Skorzeny) und war daraufhin fristlos, hilfsweise fristgemäß gekündigt worden. Nach zwei gerichtlichen Vorinstanzen mit für ihn negativem Ausgang hat der zweite Senat des Bundesarbeitsgerichts im Dezember 1984 entschieden, daß ihm ein Recht auf Leistungsverweigerung wegen eines durch die Geschäftsleitung vermeidbaren Gewissenskonflikts zustehe. Der Arbeitgeber hätte ihn auch mit "gewissensneutralen" Tätigkeiten beschäftigen können (Az.: 2 AZR 436/83 nach FR vom 21.12.1984). Dieses Urteil gibt erstmalig betrieblichen Friedensaktivitäten einen gewissen Rückhalt, was allerdings bisher von den Gewerkschaften noch nicht aufgegriffen worden ist. Schlichting selbst muß gegen eine neuerliche Kündigung kämpfen (ZEIT vom 11.09.1987).

Zur Mobilisierung in den Betrieben und zur Realisierung einer stärkeren gewerkschaftlichen Friedensarbeit haben sich

seit 1983 betriebliche Friedensinitiativen gegründet. Ihre Arbeitsgrundlage ist der "Appell für Frieden und Arbeit", der die Entfernung von Pershing II und Marschflugkörpern aus der Bundesrepublik, die 10-prozentige Senkung des Rüstungshaushalts zugunsten eines Beschäftigungsprogramms sowie die Unterstützung des Palme-Vorschlags zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa fordert. Die Initiativen führen bundesweite Treffen durch und bereiten Friedenskundgebungen der Gewerkschaften vor. Es ist noch nicht klar geworden, inwieweit es den Initiativen gelingt, mit ihrer Arbeit auch direkt auf betriebliche Politik und Verhalten in den Betrieben Einfluß zu nehmen (z.B. Friedensarbeit in Rüstungsbetrieben).⁷⁾

Die Mehrzahl der betrieblichen und gewerkschaftlichen Friedensinitiativen ist nicht in Rüstungsbetrieben tätig, so daß ihre Anknüpfungspunkte eher im Verteilungskonflikt liegen (s.u.).

III. Die steigenden sozialen und politischen Kosten der Rüstung

Rüstungsausgaben entziehen immer Haushaltsmittel der Verwendung für andere, zivile Zwecke. Wenn die Sicherheitsgarantie durch Rüstung glaubwürdig ist und gleichzeitig keine eklatanten sozialen Mißstände im Lande vorhanden sind, werden diese Alternativen nicht zum Problem. Beide Bedingungen sind aber nicht mehr gegeben. Seit dem Wiedereinsetzen des Krisenzyklus in der BRD und insbesondere der Abkopplung des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung, d.h. der Etablierung von Dauer- und Massenarbeitslosigkeit auch in der Bundesrepublik, sind die Anforderungen an das sozialstaatliche Sicherungssystem gestiegen. Gleichzeitig versucht die CDU/FDP-Regierung über Kürzungen im Sozialbereich die Staatsverschuldung zu verringern. Da die ausreichende Versorgung von wachsenden Teilen der Bevöl-

kerung mit Nahrung, Wohnung und Gesundheitsleistungen nicht mehr gewährleistet ist (Stichwort: "Neue Armut")⁸⁾, werden Rüstungsausgaben und Sozialausgaben zu echten Alternativen. Wenn - wie aus den jährlichen Haushaltsplänen ablesbar ist - eine Umverteilung zwischen der Grundversorgung der ärmsten Bevölkerungsteile und Rüstungsausgaben stattfindet, wachsen die Legitimationsprobleme der Rüstungspolitik.⁹⁾

Untersuchungen zu diesem Thema haben gezeigt,

"..., daß das Einsparvolumen im Sozialbereich die Zunahme des Verteidigungsetats bei weitem übersteigt. Summiert man die Leistungskürzungen und Belastungen der Versicherten und der Versicherungsträger, so läßt sich - nach Berechnungen des DGB - allein für die Jahre 1983 und 1984 ein Volumen von 24 Mia. DM errechnen ... Im selben Zeitraum steigen die Militärausgaben um rd. 7 Mia. DM. Zu beachten ist auch, daß das sozialpolitische Kürzungsvolumen weitaus größer ist als die Entlastung des Bundeshaushalts." (10)

Insofern gibt es keine direkte Umverteilung zwischen diesen Positionen, ihre Veränderung ist allerdings ein Baustein in einer politischen Wende, die auf Austeritätspolitik nach innen (umfassende Einschränkungen der Staatsausgaben) und Expansionspolitik nach außen baut. Militärische Stärkung wird dabei durchaus als flankierende Maßnahme einer weltmarktorientierten Expansion verstanden. Die politische Wende kann sich dabei wohl immer noch auf das antikommunistische Dogma stützen, das C. Bielfeld treffend beschrieben hat: "Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen?"

Gerade die Gewerkschaften haben in der BRD den Zusammenhang zwischen Rüstung und Sozialabbau zum Thema gemacht. Diese Argumentation ist insofern besonders stark, weil auf der einen Seite keine der Gewerkschaften, in deren Organisationsbereich Rüstungsgüter produziert werden (insb. IG Metall) offensiv für Rüstung eintreten, auf der anderen Seite tendenziell alle Arbeiter- und Angestelltenhaushalte sowie ein anderer Teil der DGB-Gewerkschaften (insbesondere ÖTV) direkt von den unzureichenden Haushaltsansätzen z.B. im Gesundheits-, Schul- und Sozialbereich gravierend betroffen

sind. Obwohl daher die Position: "Kein Sozialabbau durch Rüstung" generell im DGB vertreten wird, so gibt es doch politische Unterschiede in der Frage, inwieweit die herrschende Militärdoktrin und Verhandlungsstrategie verändert werden muß. Hier deutet sich an, daß ein Teil der DGB-Gewerkschaften deutlich an der herrschenden Abschreckungsdoktrin festhält und keine Handlungsräume für die Friedensbewegung zulassen will.¹¹⁾

Die soziale und moralische Seite der Rüstungsausgaben wird an den Dritt-Welt-Ländern besonders deutlich. Das Reichtum-Armuts-Gefälle zwischen Nord und Süd hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch verschlechtert, gleichzeitig ist der Anteil der Rüstungsausgaben am Haushalt vieler Dritt-Welt-Länder drastisch gestiegen und übersteigt sogar die Prozentsätze in den USA und der UdSSR. Rüstungsexport stellt sich damit als pervertierteste Form der Entwicklungshilfe dar, mit der diktatorische Regime stabilisiert, die knappen Gelder der Sicherung der Grundernährung entzogen und damit weitere Hungerkatastrophen nicht nur zugelassen, sondern einkalkuliert werden.

Dem steht gegenüber die (vorläufige) Erhaltung von vielleicht 40.000 Arbeitsplätzen in den Rüstungsbetrieben der Bundesrepublik. Hauptabnehmer in der Dritten Welt waren in der Vergangenheit Argentinien, Iran, Algerien und Libyen (über den Umweg von Drittländern) - fast alle Länder, die in den letzten Jahren in Angriffskriege verwickelt waren und in denen breite Teile der Bevölkerung Hunger leiden.

Da solche Rüstungsaufträge zudem von politischen Konstellationen abhängen (Abstimmung im Bündnis, Genehmigung durch die Bundesregierung) und zu erheblichen Teilen vom Lieferland subventioniert werden müssen, sind die vermeintlich positiven Effekte noch nicht einmal gegeben: Sie werden z.B. durch die BRD mitfinanziert und unterliegen dem ständigen Risiko der Stornierung, Zahlungsunfähigkeit, Streckung etc., binden folglich nur sehr instabil Beschäftigung.

Besonders sensibel reagiert die Öffentlichkeit auf Umgehun-

gen der Rüstungsexport-Richtlinien, d.h. auf Waffenexporte in kriegsführende und diktatorische Regimes. Beispiele sind die Rheinmetall-Lieferungen nach Argentinien, Südafrika und Saudi-Arabien, von U-Boot-Konstruktionsplänen der HDW und des Ingenieurkontors Lübeck nach Südafrika, von Fritz Werner in den Iran.

Auch dieser internationale Aspekt der Rüstungsproduktion ist in den letzten Jahren verstärkt von den Gewerkschaften aufgenommen worden. Darüber hinaus hat sich aus der Friedensbewegung, die sich bisher wenig um die Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik gekümmert hatte, eine "Kampagne gegen Rüstungsexport" entwickelt:

Weil

- Rüstungsexporte ein wichtiges Element im Prozeß der weltweiten Militarisierung der politischen Beziehungen sind;
- Rüstungsexporte im Zusammenhang mit einer Politik stehen, die ungerechte und ausbeuterische politische, soziale und wirtschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten sucht;
- Rüstungsexporte in den Liefer- wie in den Empfängerländern mit sozialen Kosten verbunden sind, die jede Friedenspolitik erschweren,

haben sich 12 christliche Organisationen 1983 auf eine gemeinsame Kampagne verständigt. Ihr Ziel ist das allgemeine Verbot von Rüstungsexporten verbunden mit der Umstellung der dadurch freiwerdenden Produktionskapazitäten auf die Fertigung zivil verwendbarer, sozial nützlicher Güter. Durchgesetzt werden soll dieses Ziel mit einer Verbesserung der Informationsbasis im kirchlichen Bereich und, in einer zweiten Phase, mit öffentlichen Kampagnen und Druck auf die politischen Instanzen.¹²⁾ Auch dieser Kampagne fehlt, was generell für die Friedensbewegung gilt, im wesentlichen der Zugang zu den Betrieben, in denen Rüstungsgüter hergestellt werden. Auch ihre Argumentation verbleibt weitgehend auf einer gesellschaftspolitischen und moralischen Ebene, findet keinen direkten Zugang zu den materiellen Interessen und Lebens- und Arbeitsorientierungen der Rüstungsarbeiterinnen und -arbeiter. Die Kampagne wird zwar den Druck auf die Betriebe erhöhen und bei vielen Rüstungsbeschäftigten ein "schlechtes Gewissen" verstärken. Sie gibt aber noch

keine Antwort auf die entscheidenden Fragen: Wie kann ein persönliches Engagement für Friedenspolitik mit dem Verhalten und der Arbeitstätigkeit im Betrieb verbunden werden? Was heißt konkret Friedensarbeit im Betrieb? Wie könnte eine Arbeitstätigkeit aussehen, die wenigstens nicht kriegsfördernd ist (alternative Produktion)?

Die Strategie der Rüstungskonversion dürfte dafür ein richtiger Ansatz sein, aber er ist für die Mehrzahl der Beschäftigten nicht konkret vorstellbar. Ein Delegierter auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1983 hat diese "Vermittlungsschranke" folgendermaßen ausgedrückt:

"Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion um die 35-Stunden-Woche hat gezeigt, daß ein gewisses Problembewußtsein vorhanden ist. Wenn in den Bereichen, in denen zur Zeit schon Überproduktion herrscht und wo sie in Zukunft noch aufgrund neuer Technologien geschaffen wird, alternative Produktion eingeführt werden soll, dann müssen wir den Kollegen auch sagen können, was alternativ heißt." (13)

Die Situation, wie sie sich aus der Krise des sicherheitspolitischen Konzepts und der steigenden komparativen Kosten der Rüstung ergeben hat, kann folgendermaßen zusammengefaßt werden: Es ist ein bedeutsames gesellschaftliches Kritikpotential an der Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik entstanden, das die deutsche Rüstungsproduktion in der Öffentlichkeit in die Defensive gedrängt hat. Daraus haben sich Gruppen der Friedensbewegung gebildet, die teilweise direkt Rüstungsbetriebe mit dem Ziel der Produktionsumstellung angehen. Dieser zunehmende Druck auf die Betriebe war bisher wenig erfolgreich, wenn er sich nicht auf konkrete betriebliche Probleme (Arbeitsplatzabbau) beziehen konnte. Die Strategie der Rüstungskonversion wird intensiver aufgegriffen, z.B. auch auf Gewerkschaftstagen. Wie der letzte Gewerkschaftstag der IG Metall belegt, geschieht dieses Aufgreifen durch die Gewerkschaftsführung nur defensiv. So sind die Anträge zur Schaffung eines gewerkschaftlichen Instrumentariums für Konversion nach heftiger Diskussion nur als Material an den Vorstand verwiesen worden. ¹⁴⁾

Da also bislang die vereinzelt betrieblichen Konversionsinitiativen von der Gewerkschaftsführung und der breiten Mitgliedschaft nur distanziert und defensiv aufgenommen werden und keine unterstützende Infrastruktur aufgebaut worden ist, bleiben nur die Fälle von Arbeitsplatzabbau als Anknüpfungspunkte für weitergehende Umstellungsinitiativen.

IV. Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie

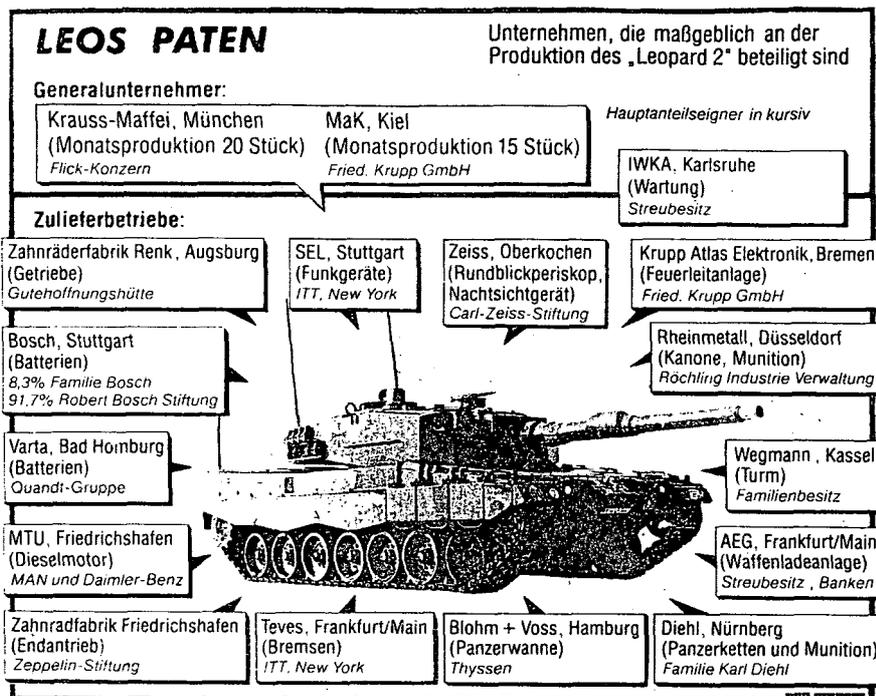
Ein Beitrag zur Friedenspolitik in Form der Senkung der Rüstungsproduktion und das Interesse der Rüstungsarbeiter an Arbeitsplatzsicherung scheinen sich auf den ersten Blick auszuschließen.

Zur Beantwortung der Frage, welche Verbindungslinien für Beschäftigte der Rüstungsindustrie zwischen dem persönlichen Interesse an gesellschaftlicher Friedenspolitik und den persönlichen Interessen in der Arbeit bestehen, sind folgende Merkmale zu berücksichtigen:

- Ein Interesse daran, was produziert wird, gehört traditionell weder zum Kernbereich gewerkschaftlicher Politik noch zu den Orientierungspunkten der Beschäftigten; dementsprechend gibt es auch keine Politiken und Regelungen, mit denen die Beschäftigten und die betrieblichen Interessenvertretungen auf Produktgestaltung und Absatzpolitik Einfluß nehmen können.
- Der Zusammenhang zwischen produktiver Arbeitstätigkeit und Endprodukt ist durch verschiedene Entwicklungen immer weiter aufgelöst worden. Dazu gehören:
 - die Arbeitsteilung zwischen den Betrieben: Rüstungsaufträge werden in der Regel über einen Generalunternehmer und die Zulieferung von Komponenten durch viele Unterlieferanten durchgeführt;
 - die weit vorangeschrittene Arbeitsteilung in den Betrieben und der Verlust des Überblicks über den Gesamtproduktionsprozeß für den einzelnen Beschäftigten;
 - die Entwicklung der Fertigungstechnik, die dazu geführt hat, daß die Arbeitssituation immer weniger durch das spezifische Produkt und immer mehr durch die Produktionstechnologie geprägt wird.
- In Rüstungsgütern gehen eine Vielzahl von Komponenten ein, die in gleicher Gestalt in Zivilgütern verwendet werden.

- Die Beschäftigten in Rüstungsbetrieben sind kaum Betroffene der Folgen der Anwendung ihrer Produkte: Sie haben Arbeitsplätze, die komparativen sozialen Kosten der Rüstung treffen sie nicht direkt und die aktiven Einsatzbereiche der Waffen sind zu 90 % Dritt-Welt-Länder.
- Nicht zuletzt gewährleisten die Rüstungsaufträge - in einer Zeit von Dauer- und Massenarbeitslosigkeit - vorläufig den Erhalt des sozialen Status, des Familieneinkommens und der sozialen Sicherung der Rüstungsarbeiter, was ihren entscheidenden Orientierungen entspricht.

Wir müssen also feststellen, daß die Arbeit in Rüstungsbetrieben die existenziellen Lohnarbeiterinteressen der dort Beschäftigten vordergründig abdeckt und sich nicht erheblich von der Arbeitssituation in zivilen Fertigungsbereichen der Werft-, Maschinenbau- und Elektroindustrie unterscheidet. Abweichungen sind festzustellen bezüglich der hohen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, der hohen Qualitätsanforderungen (was eher qualifiziertere Arbeit bedeutet) und dadurch, daß Rüstungsfertigung im Betrieb z.T. durch "Sicherheitszonen" abgeschottet wird. In solchen Zonen werden verschärfte persönliche Kontrollen durchgeführt und Rechte außer Kraft gesetzt.¹⁵⁾



Diese Aussagen gelten allerdings nicht für alle Beschäftig-
tengruppen gleichermaßen. Für Entwicklungsingenieure und
Techniker ist davon auszugehen, daß sie einen stärkeren Be-
zug zu ihrem Produkt haben. Obwohl auch hier die Tendenz
zu großen und hocharbeitsteiligen FuE-Einrichtungen
vorherrschend ist und die Vorstrukturierung der Tätigkeiten
zunimmt (CAD), bleiben bei der Mehrheit der Ingenieure im
Maschinenbau starke Verbindungen zur Funktionsfähigkeit des
Produkts und seine gesellschaftlichen Folgen erhalten. Viele
werden sich mit der Rolle einer technokratischen Elite iden-
tifizieren, die alle Folgen des Technikeinsatzes mit besse-
rer Technik beseitigen will. Bei einer Minderheit könnte
aufgrund des Gefühls der gesellschaftlichen Verantwortung
ein Umdenken einsetzen, das die soziale und ökologische
Krise ernst nimmt und technische Lösungen relativiert.¹⁶⁾
Die starke Präsenz von Technikern und Ingenieuren in eini-
gen der Konversions-Arbeitskreise und die wachsende Zahl
von Ingenieurs-Arbeitskreisen in der IG-Metall (TINA's) deu-
ten in diese Richtung.¹⁷⁾

Die Gewährleistung der Interessen der Beschäftigten in Rü-
stungsbetrieben hängt - wie in anderen Wirtschaftsberei-
chen - an der Erhaltung des Arbeitsplatzes. Diese Angewie-
senheit auf den Arbeitsplatz hat sich mit dem Einsetzen ei-
nes langfristigen Arbeitsplatzabbaus in den metallverarbei-
tenden Berufen seit ca. 1970 verstärkt. Die Möglichkeiten,
in einen anderen Betrieb oder z.B. in den öffentlichen Sek-
tor zu wechseln, haben rapide abgenommen. Aufgrund des So-
zialabbaus, der gesellschaftlichen Nicht-Anerkennung von
Arbeitslosigkeit und von Arbeit in den Grauzonen der Wirt-
schaft ist die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zu-
sätzlich gestiegen.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Diskussion auf das Thema
konzentriert:

"Schafft und sichert die Rüstungsindustrie Arbeitsplätze?"
Die Konzentration der Konversions-Diskussion auf diesen
Aspekt der Rüstungsproduktion wird aus dem vorhergesagten
plausibel. Solange die zentralen Interessen der Arbeitsbe-

völkerung an den Erhalt des bestehenden Arbeitsplatzes gebunden sind, solange es keine gesellschaftlichen Instanzen gibt, die eine persönliche Entscheidung für die Ablehnung friedensgefährdender Lohnarbeit auffangen und damit erst ermöglichen (z.B. Ersatzarbeitsplätze im zivilen Bereich), solange wird die Fixierung auf den Arbeitsplatzertahl nicht aufzubrechen sein. Grundsätzlich wird ein noch so starker moralischer Druck "von außen" auf Rüstungsarbeiter nicht ausreichen, einen solchen Arbeitsplatz aufzugeben. Denn, mangels anderer Verhaltensmöglichkeiten im Betrieb, würde heutzutage eine offensive Kritik an Rüstungsaufträgen im Betrieb über kurz oder lang das Verlassen des Betriebs zur Folge haben - dies gilt in noch stärkerem Maße für die betrieblichen Interessenvertretungen.

Die Frage nach den Arbeitsplätzen durch Rüstungsaufträge ist vordergründig einfach zu beantworten. Grundsätzlich schaffen Rüstungsaufträge Arbeitsplätze. Das Problem liegt mehr im Detail: Erstens schaffen sie natürlich nur Arbeitsplätze, soweit sie vorliegen und damit ist die Frage nach der zusätzlichen Beschaffung von Rüstungsaufträgen in einer Zeit der Beschäftigtenkrise gestellt. Und zweitens schaffen sie bei gleichem Mitteleinsatz vergleichsweise weniger Arbeitsplätze als im zivilen Bereich und drittens schaffen sie nur Arbeitsplätze mit besonderem Beschäftigungsrisiko.

Die Diskussion um den quantitativen Arbeitsplatzeffekt der Rüstungsindustrie soll hier nicht wiederholt werden.¹⁸⁾ Für die gegenwärtige Situation scheinen mir zwei Aspekte entscheidend, die im folgenden ausgeführt werden sollen: die Arbeitsplatzunsicherheit durch die Beschaffungswellen der Bundeswehr und das Problem alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten.

V. Beschäftigungsrisiken durch Rüstungszyklen

M. Brzoska charakterisiert den Wiederaufbau der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik Deutschland durch vier Phasen¹⁹⁾:

- a) In der Vorbereitungsphase bis 1954 begannen die Firmen, die technisches Wissen im Bereich der Rüstung hatten, aber Probleme hatten, sich auf zivile Märkte einzustellen, sich wieder auf die Herstellung von Rüstungsgütern mit Absatzmöglichkeiten im Ausland einzurichten.
- b) Die Rüstungsproduktion im Schatten der Wiederaufrüstung 1956-61 war auf die Beschaffung der Grundausrüstung für die Bundeswehr ausgerichtet. Das Interesse der bundesdeutschen Industrie an Bundeswehraufträgen war noch nicht sehr ausgeprägt, ausländische Waffen waren zum Teil umsonst zu bekommen.
- c) In der Konsolidierungsphase 1961-1973 wurde durch Technologieimport und Lizenznahme das Rüstungs-Know-How in der Bundesrepublik auf internationales Niveau gebracht. Das Interesse der Industrie an Rüstungsproduktion stieg und der bundesdeutsche Maschinenbau stellte eine breite industrielle Basis dafür zur Verfügung. Die militärische Forschung und Entwicklung wurde massiv gefördert und es gab die ersten international renommierten Waffenentwicklungen wie den Kampfpanzer Leopard I.
- d) Seit 1973 fand die Etablierung der bundesdeutschen Rüstungsindustrie statt; sie errang mit Produkten wie dem Leopard II, den U-Booten der Klasse 209 und der Koproduktion modernster Flugzeuge internationale Anerkennung und internationale Aufträge. Erst in dieser vierten Phase wurde der Export von Rüstungswaren für die bundesdeutsche Industrie ökonomisch von größerer Bedeutung. Der Aufbau des Rüstungsexports fiel dabei mit den ersten Krisenzeichen in der metallverarbeitenden Industrie und dem Auslaufen der zweiten Beschaffungsphase der Bundeswehr zusammen.

Das Produktionsvolumen der bundesdeutschen Rüstungsindustrie wird, da sie nach wie vor weitgehend auf die Ausrüstung der Bundeswehr ausgerichtet ist, von den Beschaffungsphasen der Bundeswehr bestimmt. Diese Beschaffung hat einen zyklischen Verlauf. Die Beschäftigungsphase von Großwaffensystemen wie dem MRCA Tornado, dem Alpha-Jet, den Fregatten 122 und dem Leopard II bedeutete eine "Rundumerneuerung" der Bundeswehr und belastet den Rüstungshaushalt bis in die 90er Jahre. Die Beschaffung dieser Großwaffensysteme läuft im Durchschnitt um 1987 aus, die Folgesysteme werden in der Mehrzahl nicht vor Mitte der 90er Jahre produziert. Daraus folgt für die Zeit ab 1986/87 eine Beschaffungspause in den verschiedenen Sparten der Rüstungsindustrie und d.h. ein Zustand der Unterauslastung der aufgebauten Kapazitäten und folglich ein Druck auf erhöhte Exportanstrengungen.

Die Forschungsgruppe Rüstungskonversion des Hamburger Instituts für Friedensforschung resümierte 1984²⁰⁾:

"Der kurze Überblick über einige wichtige Beschaffungsprogramme der Bundeswehr und kurz- und mittelfristige Anschlußplanungen zeigt sehr deutlich zwei wichtige Kennzeichen der Rüstungsproduktion:

- Sie verläuft in zyklischen Schüben. Auf Auftrags- und Auslastungsspitzen folgen längere Beschaffungstäler, in denen entweder die Produktionskapazitäten stark gesenkt werden (durch Massenentlassungen und Betriebsstillegungen) oder aber durch massiven Export ausgelastet werden müßten.
- Alle Großwaffensystementwicklungen weisen erhebliche Überschreitungen der angesetzten Kosten auf. Die Folge sind Finanzierungsengpässe, die nur über Umschichtungen innerhalb der Staatsausgaben zugunsten der Rüstung bewältigt werden können.

Die jetzt erkennbaren Planungen des BMVgs lassen vermuten, daß der Zyklus der Waffenbeschaffungen in den Jahren von 1985-1995 sehr ausgeprägt sein wird ... Die weiterhin steigenden Systemkosten werden in allen Fällen zu einer Verringerung der produzierbaren Stückzahlen führen und zu einer erneuten, noch stärkeren zukünftigen Anspannung des Militärhaushaltes."

Nimmt man als weitere Einflußfaktoren hinzu, daß die überdurchschnittlichen Preissteigerungen bei Rüstungsgütern nicht zu einer höheren Kapazitätsauslastung führen, daß auch in den anderen westeuropäischen Staaten Überkapa-

zitäten entstanden und daher bei der Auftragsvergabe innerhalb von Gemeinschaftsprojekten erhebliche Verteilungskämpfe zu erwarten sind und letztlich, daß die Konkurrenz im Rüstungsexport durch Überschuldung und durch den Aufbau nationaler Rüstungsindustrien in Drittwelt-Ländern (Israel, Brasilien, Südafrika) sich deutlich verschärfen wird, so sind ein Beschäftigungsabbau in den rüstungsabhängigen Produktionszweigen sowie zunehmende Anstrengungen im Rüstungsexport vorprogrammiert.

So fand 1986 eine breitere Diskussion über die Lockerung der Export-Richtlinien statt, angeregt insbesondere vom bayerischen Ministerpräsidenten Strauß. Der Chef der bayerischen Staatskanzlei Stoiber verlangte, "die Bundesregierung solle 41 Jahre nach dem Kriegsende auch auf dem Gebiet der Rüstungsverkäufe ihre Interessen endlich wie ein souveräner Staat vertreten." (zitiert nach FR vom 15.10.1986)

Diese Situation wird gegenwärtig von den zuständigen Instanzen auch zugegeben - obwohl sie nach dem Konzept der Bundesregierung gar nicht hätte entstehen dürfen.

Dieses Konzept baut darauf, daß

- keine Rüstungsmonostrukturen aufgebaut werden und damit die betroffenen Betriebe sich an Auftragsschwankungen durch Diversifizierung anpassen können;
- solche Anpassungsprozesse in der Vergangenheit bereits erfolgreich stattgefunden haben;
- durch restriktive Rüstungsexportpolitik diese nicht zu dauerhaften Erhöhungen der Rüstungskapazitäten führen.

Wenn diese präventiven Maßnahmen nicht ausreichen, ständen folgende Maßnahmen zur Verfügung:

- die Unterstützung von Produktionsumstellungen mittels strukturpolitischer Instrumentarien;
- finanzielle Förderungsmaßnahmen insbesondere im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie;
- letztlich Entlassung und (die immer geringer werdende

Wahrscheinlichkeit der) Wiedereinstellung der betroffenen Arbeitskräfte über Maßnahmen des Arbeitsförderungs-gesetzes.²¹⁾

Auf der Grundlage dieser Konzeption und

"Unter den derzeitigen außen-, sicherheits- und wirt-schaftspolitischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland sieht die Bundesregierung keine Notwendigkeit und auch keine Möglichkeit für eine größer angelegte Kon-version von Rüstungskapazitäten." (22)

Da diese Konzeption - wie schon die Vergangenheit gezeigt hat - starke Auftragsschwankungen nicht wirklich verhindern kann, wird die Verantwortung auf die Einzelunternehmen (Di-versifikation) und über diese z.T. auf die Beschäftigten abgewälzt. Dementsprechend äußerte der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium eine kaum verhüllte Kritik der eigenen Politik:

"Wir haben der Industrie schon immer gesagt: Sorgt dafür, daß ihr soviel zivile Anwendungen habt, daß ihr eure Spe-zialisten dort halten könnt. Deshalb auch mein Plädoyer für einen weniger hohen Anteil des Umsatzes von Unterne-hmen mit zu hohen Bundeswehraufträgen. Am liebsten würde ich niemandem einen Auftrag geben, der zu mehr als 30 % abhängig von uns ist. Denn dann gibt es den Druck, die Leute zu entlassen, nicht mehr. Die sollen ihr ziviles Bein stärker ausbauen." (Wirtschaftswoche vom 08.03.1985, S. 60)

Gleichzeitig befindet sich die Bundesregierung gegenüber den Rüstungsbetrieben auch immer in der Pflicht (Exportge-nehmigungen, Ausfallbürgschaften, Kreditbeschaffung etc.), da es sich um eine nationale Sicherheitsaufgabe handelt. In der Bundesrepublik scheint der "militärisch-industrielle Komplex" allerdings noch nicht so ausgeprägt und einflußreich zu sein, wie in den anderen NATO-Staaten.²³⁾ Bei den Haushalts-beratungen für 1986 hat das Parlament bereits den Verteidigungs-minister Wörner dabei unterstützt "Möglichkeiten der Kapazitäts-auslastung der Rüstungsindustrie" zu finden. Der Bau von zwei Fregatten darf vorgezogen werden, 150 Leopard II-Panzer dürfen als Ersatz für eine Rüstungshilfe an die Türkei in Form von 150 Leopard I bestellt werden wie auch weitere Tor-nados (Süddeutsche Zeitung vom 04.12.1985).

VI. Rüstungsunternehmen und Diversifikation

Für die Reaktionsmöglichkeiten der Rüstungsgüter herstellenden Unternehmen gibt es zwei wesentliche Rahmenbedingungen: die spezifischen Vorteile von Rüstungsaufträgen und der durchschnittliche geringe Anteil der Rüstungsaufträge am Gesamtumsatz.

Ein entscheidender Vorteil von inländischen Rüstungsaufträgen liegt sicher darin, daß es nur einen Auftraggeber gibt, der zudem dem nationalen Sicherheitsinteresse verpflichtet ist. Daraus ergibt sich eine enge Produzent-Kunden-Verbindung, eine gegenseitige Abhängigkeit, die auf zivilen Märkten unüblich ist. Untersuchungen haben darüber hinaus gezeigt, daß Rüstungsaufträge im Verhältnis zum relativ geringen eigenen Kapitaleinsatz hohe Umsätze und eine überdurchschnittliche Eigenkapitalrendite erbringen.²⁴⁾ Weitere Vorteile von Rüstungsaufträgen dürften in der Möglichkeit der Nachbesserung von Kostenvoranschlägen, der Möglichkeit der Überziehung von Auslieferungsterminen und dem hohen Anteil an Forschungs- und Entwicklungskosten liegen, mit denen Unternehmen einen überproportionalen Anteil ihrer Gemeinkosten und ihrer generellen Entwicklungskosten finanzieren können.

Damit sind bereits Möglichkeiten der Diversifizierung angesprochen. Es kann davon ausgegangen werden, daß ein Teil der veranschlagten FuE-Kosten bei Rüstungsaufträgen für die Entwicklung neuer Produkte verwendet wird. Auf welche Produktlinien dabei gesetzt wird, ist eine unternehmenspolitische Entscheidung. In der Bundesrepublik sind Rüstungsgüter herstellende Unternehmen die Ausnahme, bei denen der Anteil der Wehrtechnik mehr als 50 % zum Umsatz beträgt.²⁵⁾

Die zehn Größten im deutschen Waffengeschäft vor der Konzentrationswelle 1985

Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB): Rund 3,3 Milliarden Mark (60 Prozent seines Gesamtumsatzes) erlöst der Konzern mit Minenkampfböten, Kampfhubschraubern und dem Tornado. Die 36 000 Beschäftigten fertigen außerdem: U- und Magnet-Bahnen, Wind- und Sonnenkraftwerke.

Krauss Maffei: Die Panzerschmiede (Gepard, Leopard 1 und 2) erwirtschaftet 1,5 Milliarden Mark (80 Prozent seines Umsatzes) in der Sparte Wehrtechnik. Von den 5000 Beschäftigten arbeiten aber nur 1500 in diesem Unternehmenszweig.

AEG: Offizielle Zahlen über das Rüstungsgeschäft gibt es nicht. Es wird geschätzt, daß Radargeräte, die Feuerleitelektronik für Waffen und Fregatten dem Elektrokonzern 1,3 Milliarden Mark (zwölf Prozent der Erlöse) einbringen. AEG beschäftigt in der Wehrtechnik etwa 7000 Mitarbeiter.

Siemens: 1,1 Milliarden Mark (2,5 Prozent vom Umsatz) durch Rüstungsgeschäfte (Radar, Führungssysteme für Waffen). Von den 319 000 Siemens-Leuten arbeiten 5000 für diesen Bereich.

Rheinmetall: 1,1 Milliarden Mark (37 Prozent der Erlöse) durch Waffenproduktion (Panzertürme, Heereswaffen, Feldhaubitzen), für die 3000 der insgesamt 15 000 Beschäftigten tätig sind.

MTU, Motoren- und Turbinen-Union: Gut eine Milliarde Mark (45 Prozent) steuert das Militärgeschäft (Panzermotoren) zum Erlös bei 6000 Leuten von insgesamt 12 000 verdienen damit ihr Geld.

Krupp MaK Maschinenbau: 720 Millionen Mark (60 Prozent) kommen durch die Rüstungsproduktion (Leopard 2) in die Kassen. 1000 von 3400

Beschäftigten sind für die Wehrtechnik tätig.

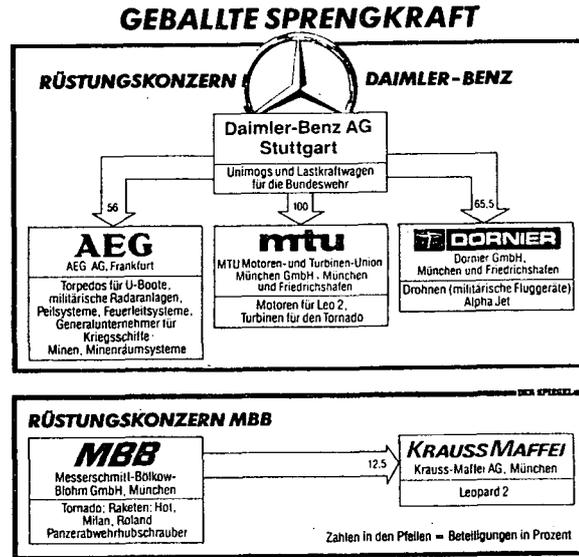
Dornier: Der zerstrittene Familienkonzern fertigt Drohnen und Teile des Awacs-Programms und erwirtschaftet 625 Millionen Mark (die Hälfte seines Umsatzes) durch Lieferungen an die Militärs. Die Hälfte der 9000 Mitarbeiter wird damit beschäftigt.

Diehl: Das Nürnberger Unternehmen setzt 582 Millionen Mark (33 Prozent) mit dem Verkauf von Waffensystemen, Munition und Ketten für den Leo 2 um und beschäftigt 4450 der 9000 Leute in diesem Zweig.

Thyssen Industrie: In Emden werden U-Boote gefertigt, in Kassel Panzerfahrzeuge. 408 Millionen Mark (acht Prozent vom Gesamterlös) kommen damit in die Kassen. Jeder zehnte der 37 000 Beschäftigten arbeitet für die Rüstungsproduktion. haw

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 23.03.1985

Im Laufe des Jahres 1985 haben dann massive Konzentrationsbewegungen in dieser Branche stattgefunden. MBB hat Krauss-Maffei übernommen und bildet damit einen starken bayerischen Rüstungskomplex. Gleichzeitig hat Daimler sich die AEG, MTU und Dornier einverleibt und ist damit zum größten deutschen Konzern und Rüstungsproduzenten aufgestiegen; 1987 hat sie sich auch am französischen Rüstungskonzern Matra beteiligt. Zudem wurde versucht, den Automobilkonzern BMW zur Beteiligung an dem ungeheuren Zuschuß-Betrieb MBB zu bewegen, inzwischen konzentriert sich der Druck auf die Daimler AG. Interessant ist, daß gleichzeitig sich auch die drei größten amerikanischen Automobilkonzerne ins Rüstungsgeschäft eingekauft haben: GM bei Hughes Aircraft, die Chrysler Corporation bei Electrospace Systems and Gulfstream Aerospace; die Ford Motor Company unterhält seit einiger Zeit eine eigene Luft- und Raumfahrt-Tochter (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 27.07.1987).



Konzernentwicklung

Die Entwicklung von Daimler-Benz zum Rüstungskonzern

Übernahme von MTU

1969: Daimler-Benz und MAN (Maschinenfabrik-Augsburg-Nürnberg) gründen die Motoren- und Triebwerk-Union München. Das MTU-Kapital tragen sie jeweils zur Hälfte. Beide Firmen haben bereits im Ersten Weltkrieg Flugzeugmotoren gebaut. Die MTU München erhält die Anteilsmehrheit an MTU Friedrichshafen, deren Gründung mit dem Namen Maybach und Zeppelin verbunden ist.

1984: MTU sieht auf Rang fünf der BRD-Rüstungsindustrie (12.300 Beschäftigte, Umsatz 2,2 Mrd DM, davon 52 Prozent im Rüstungsbereich). MTU baut die Triebwerke für das Kampfflugzeug MRCA, Tornado und Motoren für die Panzer „Leopard“ und „Marder“.

1985: Daimler übernimmt MTU zu 100 Prozent. MAN sperrt sich kaum — vier seiner Aufsichtsräte sind auch bei der Deutschen Bank engagiert.

Übernahme von Dornier

1984: Das Familienunternehmen Dornier ist elfgrößter Rüstungsproduzent der BRD (9.105 Beschäftigte, Umsatz 1,5 Mrd DM, Rüstungsanteil 52 Prozent). Dornier baut am Erdkampfflugzeug „Alpha-Jet“ mit und entwickelt diverse Kriegsgeräte. Firmengründer Claude Dornier brachte die Firma während der Nazi-Zeit durch seine Flugboote zum Laufen.

1985: Familie Dornier hat sich zerstritten und leidet unter Eigenkapitalmangel. Daimler und MBB wollen kaufen, auch Mannesmann ist interessiert. Der Zuschlag geht — mit einem Kapitalanteil von mindestens 65,5 Prozent — an Daimler. Den Vorsitz im Dornier-Aufsichtsrat führt zu diesem Zeitpunkt Hans-Otto Thierbach, ehemals Vorstand der Deutschen Bank.

Übernahme von AEG

1982: Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, drittgrößter Elektrokonzern der BRD und Nummer zwei im Rüstungssektor, ist zahlungsunfähig. Der Vorstand beantragt Vergleich. Die eng mit der Dresdner Bank verflochtene AEG hat die 100 Jahre alte Konkurrenz mit Siemens (eng mit der Deutschen Bank verbunden) verloren.

1984: Nach Ende des Vergleichs ist die AEG-Belagschaft mit 72.000 Beschäftigten nur noch halb so groß wie vor vier Jahren (Umsatz 11,5 Mrd DM). Der Anteil von Fremdkapital, getragen von den Banken unter Führung der Dresdner Bank, liegt bei 90 Prozent, was die Geldgeber anscheinend überfordert: Die Deutsche Bank tritt hinzu. AEG-Aufsichtsratsvorsitzender wird Klaus Kuhn, gleichzeitig Beirat der Deutschen Bank in Essen. Den Vorstandsvorsitz behält Heinz Dürr von Seiten der Dresdner Bank.

1985: Im Oktober übernimmt Daimler ein Viertel des AEG-Kapitals. Fünf Monate später, nachdem die Einspruchsfrist des Bundeskartellamts abgelaufen ist, wird der Anteil auf 56 Prozent erhöht.

1986: MTU, Dornier und AEG sind vollständig konsolidiert. Der Daimler-Konzern wird erstmals umsatzstärkstes Unternehmen der BRD. raw

Quelle: TAZ vom 02.07.1987 und Spiegel vom 16.11.1987, S. 61

Ein Beispiel für das Auffangen der anstehenden Beschaffungslücke ist die Motoren- und Turbinen Union (MTU), dessen Vorstandsvorsitzender Zimmermann vor kurzem wegen der Beteiligung des Konzerns an der Rüstungsproduktion ermordet wurde. Durch das Auslaufen der Tornado-Triebwerke und des Leopard II-Motors wird sich der Rüstungsanteil von derzeit 45 % auf ca. 35 % in 1989 verringern. Das Unternehmen versucht, die Auftragslücke bis zum Jäger 90, an dem es zu 25 % beteiligt ist, mit zivilen Triebwerksprogrammen aufzufangen (Handelsblatt vom 14.02.1985).

Auch aus anderen Unternehmen sind eine Reihe von Anstrengungen bekannt geworden, den zivilen Bereich auszuweiten und

neue Produkte zu entwickeln (z.B. Krauss-Maffei, vgl. Wirtschaftswoche vom 20.06.1986), was angesichts des verschärften Konkurrenzkampfes nur selten gelingt. Andererseits gibt es auch Fälle, in denen Unternehmen zivile Geschäftsbereiche mit Blick auf zukünftige Rüstungsaufträge aufgeben.

Insgesamt kann nicht davon ausgegangen werden, daß die deutschen Unternehmen in Rüstungsaufträgen generell einen anstrebenswerten, auszuweitenden und risikolosen Geschäftszweig sehen. Rüstungskonversion als programmatische und politische Strategie lehnen diese Unternehmensleitungen allerdings aus folgenden Gründen prinzipiell ab:

1. Rüstungskonversion stelle das Direktionsrecht der Geschäftsleitung über die Unternehmenspolitik infrage.
2. Rüstungskonversion sei der Versuch, die Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit mithilfe des Angstarguments "Arbeitsplatzsicherheit" zu unterlaufen. Die Bundesrepublik Deutschland würde durch den Verzicht auf eine eigene Wehrtechnik in Abhängigkeit vom Ausland geraten.
3. Rüstungskonversion habe in der Vergangenheit nicht funktioniert (USA nach dem 2. Weltkrieg, Lucas Aerospace).
4. Alternative Produkte seien wegen der hohen Planungs- und Investitionskosten zu teuer, wären am Markt vorbei konzipiert oder es gab sie schon, ähnlich oder besser, fast immer billiger - d.h., wenn es solche marktfähigen Produkte gäbe, hätten die Unternehmen mit ihrer FuE-Kapazität sie schon längst gefunden.
5. Das Eindringen von wehrtechnischen Betrieben auf den Konsum- und Investitionsgütermarkt führe zu einem Verdrängungswettbewerb und damit zwangsläufig zu Arbeitsplatzgefährdung. Die zivilen Märkte seien gesättigt.
6. Wehrtechnologie sei Spitzentechnologie mit "spin-off-effect", d.h. stimuliere die gesamte Grundlagen- und Anwendungsforschung.²⁶⁾

Zumindest in offiziellen Verlautbarungen von Unternehmerseite wird suggeriert, daß die drei entscheidenden gesellschaftlichen Probleme: Friedenssicherung, Arbeitsbeschaffung und schonender Umgang mit der Natur nicht im Widerspruch

zur Rüstungsproduktion stehen. Entgegen einer Vielzahl von Analysen wird sogar behauptet: "Wehrtechnik sichert eine Million Arbeitsplätze."²⁷⁾

VII. Gewerkschaften und Rüstungskonversion

Der prinzipielle Widerspruch zwischen diesen drei gesellschaftlichen Zielen und Rüstungsproduktion ist auch dem DGB, insbesondere der IG Metall erst relativ spät zum akuten Problem geworden. Bis Anfang der 70er Jahre stand ihre gesellschaftspolitische Abrüstungs-Forderung nicht mit ihrer Aufgabe der Interessenvertretung für Beschäftigte in Rüstungsbetrieben in Widerspruch. Erst mit dem Auftreten konkreter Beschäftigungsprobleme durch fehlende Anschlußaufträge (bei generellem Aufbau von Rüstungskapazitäten) wurde die IG Metall gezwungen, ihre Position zu verdeutlichen.²⁸⁾ Anfang der 70er Jahre wurden zunehmend Betriebsräte von Rüstungsbetrieben in Bonn vorstellig, um Rüstungsaufträge in "ihren" Betrieb zu lenken. Dieser "Rüstungslobbyismus von unten" (Wellmann) institutionalisierte sich 1975 in der Gründung des "Arbeitskreises Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen", dem anfangs 16 Betriebsratsmitglieder aus 9 Rüstungsfirmen angehörten. Ein solches Engagement war durchaus mit einer rüstungskritischen Einstellung der Betriebsräte vereinbar. Ihnen ging es als Einzelnen um einen größeren Anteil am Kuchen in einer Phase steigender Rüstungsaufträge. Aber:

"Was aus der Sicht einer Belegschaft und ihrer Interessenvertretung lediglich als legitimes Bemühen um Beschäftigungssicherung durch gerechte Teilhabe an den so oder so in die Rüstung fließenden Finanzmitteln erscheint, summiert sich auf übergeordneter Ebene zu einem aus vielfältigen Quellen gespeisten Druck zur Erhöhung der Rüstungsaufwendungen und zur Genehmigung von Rüstungsgütern." (29)

Damit war für die Gewerkschaft in dreierlei Hinsicht die Notwendigkeit des Eingreifens gegeben: Erstens forderten ihre Mitglieder im Resultat eine Aufrüstungspolitik, zwei-

tens machten sich Betriebsräte zu Erfüllungsgehilfen der Unternehmensleitungen und reproduzierten die Konkurrenz der Unternehmen untereinander und drittens hatten sie eine eigenständige Organisation außerhalb der gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen gebildet. Auf ihrem 12. Gewerkschaftstag verurteilte die IG Metall 1977 Rüstungslobbyismus durch Betriebsräte und wandte sich gegen die Lockerung der Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter. In der Entschliebung zur "Wirtschaftspolitik" forderte sie eine langfristige Kapazitätsplanung, Auflagen zur Erhaltung und Erhöhung des Anteils ziviler Fertigung und erstmalig: die Vorbereitung der schrittweisen Umstellung von militärischer zu ziviler Produktion.

Das bedeutete die Anerkennung der Notwendigkeit und Möglichkeiten von Rüstungskonversion. Die IG Metall hatte sich damit in eine schwierige Situation begeben, die bis heute nachwirkt. Sie hat betriebliche Aktivitäten und eine Strategie in ihre Beschlüsse aufgenommen, deren wirtschafts- und gesellschaftspolitische Dimensionen mit den traditionellen gewerkschaftlichen Krisenstrategien nur schwer in Übereinstimmung zu bringen sind. Seit diesen Beschlüssen - die auf weiteren Gewerkschaftstagen verstärkt wurden - ist die gewerkschaftliche Haltung dadurch bestimmt, daß nach einer Ein- bzw. Zuordnung der Strategie der Konversion in die traditionellen Handlungsfelder gesucht wird. Sie hat Versuche gemacht in Richtung Ausweitung der Mitbestimmung, Beschäftigungsprogramm, Regionalpolitik und vorausschauende Strukturpolitik. Die Dynamik des Themas Konversion hat aber dazu geführt, daß solche Zuordnungen bisher nicht gelungen sind.³⁰⁾ Die fortwährende Verunsicherung und Distanz hat gleichzeitig die nachteilige Folge gehabt, daß eine überbetriebliche Infrastruktur zur Unterstützung betrieblicher Konversionsinitiativen bisher nur sehr zögernd aufgebaut worden ist (z.B. Innovationsberatungs-Stelle in Hamburg, Forschungsprojekt der Böckler-Stiftung).

Während sich anfangs die gewerkschaftlichen Vorstellungen von Konversion sicher nur auf einzelne Betriebe bezogen,

bei denen die Fähigkeiten der Managements zur Anpassung und die staatlichen Unterstützungen nicht ausreichten, veränderten sich zunehmend die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und gaben ganz neuen Strategien Auftrieb:

1. Immer mehr Produkte nicht nur der Rüstungsindustrie wurden wegen ihrer Unverträglichkeit mit der Umwelt und ihrer sozialen Schädlichkeit einer grundsätzlichen Kritik unterworfen, es entwickelte sich eine "Krise der industriellen Produktionspalette".³¹⁾
2. Die schweren Beschäftigungseinbrüche blieben nicht auf einzelne Betriebe beschränkt, sondern weiteten sich auf ganze Regionen aus, die bezüglich ihrer Arbeitslosenquoten und ihres Industrialisierungsniveaus weit hinter andere Regionen zurückfielen.³²⁾ Im Gefolge nahm die Zahl der Versuche von Betriebsweiterführungen durch die Beschäftigten zu.³³⁾ Branchenkrisen bilden häufig den Hintergrund für Regionalkrisen (z.B. Stahl im Ruhrgebiet und Werften in Norddeutschland). Die Gewerkschaften sehen sich gefordert, an nationalen Krisenkartellen teilzunehmen und neue regionalpolitische Perspektiven zu entwickeln.³⁴⁾
3. Es entwickelte sich ein zweiter und dritter Arbeitsmarkt, der nachwies, daß in anderen betrieblichen Organisationsformen und mit neuen Produkt- und Produktionsideen Arbeitsplätze geschaffen werden können.³⁵⁾ Nach einer Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung sind im Zeitraum von 1977 bis 1985 von den neugeschaffenen Arbeitsplätzen 50 % durch Betriebsneugründungen und 35 % in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten (Handelsblatt vom 29.08.1987) entstanden.

Insbesondere das Entstehen von ausgesprochenen Krisenregionen hat dazu geführt, daß mit Unterstützung der dortigen gewerkschaftlichen Verwaltungsstellen (Bremen und Hamburg, neuerdings Nürnberg und Dortmund) neue Ansätze zur Betriebsweiterführung (z.B. das IG Metall-Konzept für die Howaldt-Deutsche Werft AG in Hamburg) und zur Regionalpolitik (vgl. das "Strukturprogramm Küste") entwickelt worden sind. Pa-

parallel sind eine Vielzahl von unterstützenden Institutionen und Arbeitszusammenhängen entstanden.³⁶⁾ Diese Initiativen leben von der Unmittelbarkeit der Regional- und Branchenkrise (Werften), der Nähe zu starken, grün-ökologischen Gruppen in der Region und nicht zuletzt daraus, daß die betrieblichen und regionalen Gewerkschaftsorgane eine relativ hohe Autonomie gegenüber der Gewerkschaftszentrale haben. Insgesamt ist aber dem Urteil von Wellmann zuzustimmen:

"Weder ist ein Rückfall in rüstungslobbyistische Aktivitäten von Arbeitnehmervertretern auf breiter Front ausgeschlossen, noch ist gewährleistet, daß die IG Metall das Konzept der Arbeitsplatzsicherung in der Rüstungsproduktion durch deren Umstellung auf alternative Fertigung mit Nachdruck weiterentwickelt." (37)

Seit der Initialphase der Rüstungskonversion, die vielleicht bis zum Gewerkschaftstag 1983 angesetzt werden kann, haben sich einige Stränge gewerkschaftlicher Unterstützung von Konversionsinitiativen konsolidiert. Die wichtigste Entwicklung dürfte der Versuch sein, die Strategie der Suche nach neuen, sozial nützlichen und ökologisch verträglichen Produkten in Abhängigkeit von den betrieblichen Gegebenheiten tendenziell auf alle Krisenbereiche auszuweiten. Anstoß war hier die Entwicklung eines Bewältigungsplans für die Firma Grundig/Nürnberg, der die Suche nach neuen Produkten und neuen Arbeitsformen in zwei paritätischen Kommissionen anstelle der traditionellen Sozialpläne setzte, die allein Abfindungen für vernichtete Arbeitsplätze vorsahen.³⁸⁾ Dieses Konzept hat sich verbreitet, es gibt inzwischen eine Vielzahl von Initiativen zu betrieblichen und überbetrieblichen Beschäftigungsplänen bis hin zum Vorschlag einer Beschäftigungsgesellschaft zur Beschäftigungssicherung bei Eisen und Stahl. Unterstützt werden diese Initiativen von einer wachsenden Zahl regionaler Technologie-Beratungsstellen des DGB. Ein weiterer Unterstützungsstrang ist durch die IBS/Hamburg in der Bildungsarbeit aufgebaut worden: Es wurde ein Modell-Seminar "Alternative Produktion - Regional- und Strukturpolitik" für die regionale Bildungsarbeit entwickelt. Ein Forschungsprojekt der gewerkschaftlichen

Hans-Böckler-Stiftung zu Stand und Perspektiven der Rüstungskonversion ist vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherungspolitik erfolgreich abgeschlossen worden.

Rüstungskonversion als Initiative von engagierten Arbeitern und Angestellten im Betrieb bekommt auch von einer innerbetrieblichen Entwicklung Rückenwind. In der Produktionsorganisation der Maschinenbaubetriebe hat sich in den letzten Jahren ein erheblicher Wandel vollzogen: angestoßen durch die Verschärfung der Weltmarktkonkurrenz sind die Anforderungen an kundenspezifische Produkte, Termineinhaltung, Qualität und schnelle Produktänderungen massiv gestiegen. Die Unternehmen reagieren mit flexibler Automatisierung, d.h. Einsatz integrativer Steuerungs- und Fertigungstechnologien und der Reorganisation des Fertigungsdurchlaufs in Fertigungsinseln. Die Tätigkeiten in diesen dezentralen, teilselbständigen Einheiten sind umfassender, kooperativer und verantwortungsvoller. Sie erfordern hohe Qualifikation, Motivation und Selbständigkeit. Teilweise werden die Anwender an der Ausgestaltung dieser Arbeitssysteme beteiligt. Ich habe die These vertreten, daß die zunehmende Beteiligung der Fachkräfte an der Technik-Auslegung im Betrieb (z.B. in Projektgruppen, aber auch in einigen Qualitätszirkeln) zusammenwachsen könnte mit dem Anspruch, die Qualität des Produkts mitzubedenken, z.B. ökologische Gestaltungskriterien gezielt zu berücksichtigen.³⁹⁾ Schon gibt es Umwelt-Ausschüsse in einigen Betrieben. Umgekehrt: Der Anspruch des Managements, ganz allein für das Produktsortiment verantwortlich zu sein und ein diesbezügliches Denkverbot für die Konversions-Arbeitskreise verträgt sich zunehmend weniger mit ihrem Bedürfnis nach qualifizierten und selbständigen Mitarbeitern.

VIII. Möglichkeiten und Perspektiven der Rüstungskonversion

Wie im vorhergehenden Abschnitt gezeigt worden ist, wird die Strategie der Rüstungskonversion von den Gewerkschaften und der überwiegenden Mehrzahl der Beschäftigten nur unter zwei entscheidenden Bedingungen aufgegriffen:

Die erste Bedingung ist die enge und funktionale Bindung an die Erhaltung der Arbeitsplätze. Die zweite Bedingung besteht darin, daß andere Lösungen des Arbeitsplatzproblems nicht greifen bzw. nicht durchzusetzen sind.

Die traditionellen Lösungsversuche des Arbeitsplatzrisikos in der Rüstungsindustrie bestehen in einer Beschäftigungssicherung durch:

- a. Steigerung der Rüstungsproduktion durch Erhöhung des nationalen Rüstungshaushalts und/oder die Steigerung des Rüstungsexports.
- b. Die erfolgreiche Diversifizierung der Produktpalette durch die Unternehmensleitungen der betroffenen Unternehmen; gegebenenfalls Übernahme des gefährdeten Betriebs durch ein anderes Unternehmen.
- c. Die Entlassung und Wiederbeschäftigung von Teilbelegschaften auf der Grundlage regionalen Wirtschaftswachstums.

Nur soweit und solange diese Lösungswege nicht erfolgreich sind, wird zögernd auf Strategien alternativer Produktion zurückgegriffen. Jede offizielle Tolerierung solcher Initiativen oder ihre Unterstützung muß unter diesem Vorbehalt gesehen werden.

Eine solche enge und funktionale Bindung der Unterstützung von Rüstungskonversion an Arbeitsplatzsicherung beinhaltet auch die Vorstellung, daß Konversion unter sonst unveränderten Bedingungen möglich ist und sofort funktioniert. Das bedeutet, daß eine falsche Einschätzung dieser Strategie vorherrscht. Die Strategie der Rüstungskonversion enthält neben dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherung eine Reihe von weiteren Dimensionen, die nicht einfach abgekoppelt werden

können und die die bestehenden betrieblichen und gesellschaftlichen Bedingungen nicht unverändert lassen:

- Rüstungskonversion baut auf das unmittelbare Wissen und die Erfahrung der Beschäftigten, versteht diese als Experten ihrer Arbeit und stellt damit die betriebliche (und gesellschaftliche) Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und Forschung einerseits und ausführender Produktion andererseits infrage.
- Rüstungskonversion beruht auf der betrieblichen Kooperation zwischen den verschiedenen betrieblichen Funktionsträgern und wendet sich damit gegen die hierarchische Aufbau- und Ablauforganisation im Betrieb.
- Rüstungskonversion orientiert sich unmittelbar an den gesellschaftlichen Bedürfnissen, d.h. ist wesentlich auf die Art der zu fertigenden Produkte, ihre gesellschaftliche Nutzung und ihre Auswirkungen ausgerichtet. Das bedeutet in der Regel, daß Produktvorschläge von Konversionsinitiativen auf "sozial nützliche und ökologisch verträgliche Produkte", auf regionalen Bedarf und auf den Bedarf gesellschaftlich benachteiligter Gruppen zielen. Dadurch wird gleichzeitig eine ganze Reihe gesellschaftlicher Tabus durchbrochen: die Trennung von Produktion und Produkt, die Orientierung an Weltmarktanforderungen, die Neutralität der Marktnachfrage und nicht zuletzt das Alleinbestimmungsrecht der Unternehmensleitung über die Produktpolitik.
- Konversionsinitiativen nehmen in der Regel selbständig Kontakt zu Bürgerinitiativen und politischen Instanzen auf, um Entwicklung, Finanzierung und Absatz ihrer Vorschläge voranzutreiben. Damit durchbrechen sie sowohl das unternehmerische wie das gewerkschaftliche Vertretungsmonopol.

Rüstungskonversion ist damit eine sehr vielschichtige und anspruchsvolle Strategie, die in vielfacher Weise gewachsene gesellschaftliche Strukturen aufbricht und nur sehr langsam und schrittweise entwickelt werden kann. Sie enthält eine innere Dynamik, die von den traditionellen Vertretungs-

stanzen kaum kontrolliert werden kann. Dies dürfte auch der tiefere Grund für die generelle Distanz auch der Gewerkschaftsführungen sein und für die Versuche, Konversionsinitiativen durch neue Unternehmenspolitiken (durch Umstellungsausschüsse, betriebliches Vorschlagswesen, selektive Aufnahme von Produktideen) und auch durch gewerkschaftliche Ein- und Unterordnungsversuche (z.B. durch die Einordnung in die Mitbestimmungs-Kampagne) aufzufangen.⁴⁰⁾ Rüstungskonversion ist damit maßgeblich auch eine Strategie der betriebs- und gesellschaftspolitischen Mobilisierung der Beschäftigten ("Kampf um die Köpfe").

Der Lebensnerv der Konversionsidee ist dennoch die Frage nach der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Nur wenn dieses Element der Strategie eingelöst wird, wird sie langfristig angenommen werden und ihre weiteren Perspektiven entfalten.

Die Zielvorstellung ist, durch neue Produkte entweder bisher nicht über den Markt abgedeckte Bedürfnisse zu befriedigen oder bestehende Produkte, die sich als sozial und ökologisch unverträglich erwiesen haben, abzulösen.

Dazu ist erforderlich:

erstens solche neuen Produkte herauszufinden,

zweitens diese Produkte bis zur Fertigungs- und Marktreife zu entwickeln und

drittens über eine zahlungsfähige Nachfrage diese Produkte auch auf dem Markt abzusetzen.

Keines dieser drei Probleme ist bisher nur ansatzweise gelöst. In einer Industrie- und Wohlstandsgesellschaft wie der Bundesrepublik und in einer Phase verschärfter Marktkonkurrenz versuchen die Unternehmen selbst, faktisch alle Bedürfnisse abzudecken, die zahlungsfähig sind. Die Flexibilität der Unternehmen dürfte so groß sein, daß sie sich mittelfristig auch auf größere Nachfrageverschiebungen einstellen, wobei sie auf staatliche Unterstützung rechnen können.⁴¹⁾ Was übrig bleibt sind entweder kleinere Marktnischen, die traditionell durch das Handwerk und den Kleinhandel ab-

gedeckt werden oder die staatlichen Infrastrukturinvestitionen. Aus diesem Grund konzentrieren sich auch die Mehrzahl der Vorschläge z.B. auf alternative Energieerzeugungs- und Nutzungsverfahren, deren Realisierung insbesondere von den Grünen auf regional-politischer Ebene eingefordert wird. Nur so ist auch die Grenze zur nicht-kaufkräftigen Nachfrage zu überschreiten.

Die Produktentwicklung stößt darüber hinaus auf das Problem, daß Wissenschaft und Forschung auf bestimmte Produktentwicklungslinien festgelegt und institutionell eingebunden sind. Die Fachwissenschaftler müssen einzeln herangezogen, auf die Ideen der Arbeitskreise orientiert und gegen den bestehenden riesigen Forschungsapparat der Unternehmen und Institute organisiert werden. Selbst wenn einzelne Produkte bis zur Fertigungsreife vorangetrieben werden können - was häufig nur durch unbezahlte Zusatzarbeit möglich ist - fehlen in der Regel die Finanzierung der Produktion und die gesicherten Absatzmöglichkeiten. Die fehlende Nachfrage ist das häufigste und stärkste Argument gegen alternative Produktion, da die Sicherung der Arbeitsplätze davon abhängt. Dieses Argument geht aber insoweit daneben, als generell kein neues Produkt über einen zukünftig gesicherten Absatz verfügt. Die derzeitige wirtschaftliche Stagnation und viele Maßnahmen des Personalabbaus in Einzelunternehmen sind ja gerade auch Ausdruck von Fehlplanungen bzw. Planungsunsicherheit in der Produktionspolitik der Unternehmen. Auf der anderen Seite darf man aber nicht in den Fehler verfallen, daß alternative Produkte, weil sie momentan für "sozial nützlich und ökologisch verträglich" gehalten werden, auf Dauer Arbeitsplätze sichern. Auch diese neuen Produkte werden veralten, auf Marktschranken stoßen und z.T. alte Produkte verdrängen. Gerade weil derzeit die Erkenntnisse über Produktfolgen schnell zunehmen und den aktuellen Wissensstand veralten lassen, werden nur wenige neue und langfristig stabile Produkte entstehen. Das bedeutet, daß die Stärke der Konversionsstrategie weniger in mehr und sicheren Arbeitsplätzen besteht, sondern mehr in der Mobi-

lisierung der Beschäftigten, der Unternehmen und der Politiker hin zu einer gesellschaftlich sinnvollen und ökologisch verträglichen Produktion. Solche Entwicklungsschritte sollen abschließend am Beispiel von drei betrieblichen Arbeitskreisen zur Rüstungskonversion beschrieben werden.

IX. Betriebliche Arbeitskreise zur Rüstungskonversion

Seit Anfang der 80er Jahre haben IG Metall-Vertrauensleute und Betriebsräte eine Reihe von betrieblichen Arbeitskreisen gebildet, um durch eigene Produktvorschläge die Schrumpfung bzw. Stilllegung der zivilen Fertigungsbereiche im Unternehmen zu verhindern, um den zivilen Bereich auszudehnen, um Rüstungsaufträgen Alternativen entgegenzustellen und damit insgesamt bedrohte Arbeitsplätze im eigenen Unternehmen zu erhalten.⁴²⁾ Die Zielsetzungen der einzelnen Arbeitskreise nehmen in dem Spannungsfeld zwischen Arbeitsplatzsicherung - Abbau von Rüstungsproduktion - Entwicklung von alternativen Produkten - Veränderung der regionalen Wirtschaftspolitik sehr unterschiedliche Positionen ein und verfolgen ihr Ziel auf unterschiedlichen Wegen. Exemplarisch werden im folgenden drei Arbeitskreise kurz charakterisiert, die bereits über eine längere Zeit arbeiten und für unterschiedliche Strategien stehen (Stand Herbst 1985).

Arbeitskreis "Alternative Fertigung" bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm/Bremen⁴³⁾

Der Bremer Arbeitskreis wurde im März 1983 als Reaktion auf den anstehenden Arbeitsplatzabbau durch das Auslaufen der Produktion des Kampfflugzeuges Tornado und die Verringerung der Airbus-Fertigung gegründet. Ein immer noch bestehender Unternehmensplan sieht für den Zeitraum 1983 bis 1988 eine Verringerung der insgesamt 35.500 Arbeitsplätze in den 18 Standorten von MBB um 3.500 Planstellen vor. Aktuell ist

für das Werk Augsburg die Vernichtung von 750 Arbeitsplätzen geplant (metall 5 vom 08.03.1985) sowie 400 im Werk Donauwörth. Aufgrund einer leichten Verbesserung der Auftragslage, des Widerstands von Betriebsräten in den verschiedenen Werken und dem Nichterreichen von Rationalisierungszielen scheint sich aber insgesamt der Arbeitsplatzabbau zu verzögern. Normalerweise wird der Beschäftigungsabbau über individuelle Aufhebungsverträge durchgesetzt. Im Werk Bremen stehen akut keine Entlassungen an.

MBB ist ein Technologie- und Engineering-orientierter Großkonzern, der sich zu 46,6 % im Besitz von drei Bundesländern befindet, 60 % seiner Umsätze über Wehrtechnik erzielt und zu 80 % von Staatsaufträgen abhängig ist. Die Konzernleitung bemüht sich in den letzten Jahren verstärkt um Diversifizierung durch Beteiligung an mittelgroßen Industrieunternehmen, ohne dadurch seinen Rüstungsanteil zu verringern (Krauss-Maffei). In den verschiedenen Werken von MBB gibt es faktisch vier Konversions-Arbeitskreise (Bremen, Lemwerder, Augsburg und Speyer), die durch zwei Mitglieder im Gesamtbetriebsrat koordiniert werden. Da die Forderungen der einzelnen Arbeitskreise sich maßgeblich an der einzelbetrieblichen Situation orientieren und sie auch unterschiedliche Zielvorstellungen haben, sind die Kontakte untereinander insgesamt schwach ausgeprägt. Der Bremer Arbeitskreis konzentriert sich maßgeblich auf die Suche nach Produktideen. Er ist dabei mit den ausgeprägten Forschungs- und Entwicklungs-Kapazitäten des Konzerns mit einem sehr breiten Produktsortiment konfrontiert. Die Haltung der Unternehmensleitung kann als Hinhaltenaktik und durch intensive eigene Versuche von Produktentwicklung charakterisiert werden. Seit dem 01.01.1984 wurden zwei neue Unternehmensbereiche "Neue Technologien" und "Energietechnik" aufgebaut, ein Generalbevollmächtigter für Diversifikation eingestellt. Die Ausdehnung der Wehrtechnik auf den Werftbereich ist mit der Übernahme der Systemführung für zehn Minenkampfboote 343 im Gesamtwert von 1,1 Mio. DM 1985 angelaufen. Zur Zeit wird ein Plan ausgearbeitet, um ein neuartiges Vorschlagswesen

"Neue Ideen für neue Produkte" neben dem betrieblichen Verbesserungswesen aufzubauen. In Bremen ist eine Zweigstelle des Zentralbereichs "Energietechnik" aufgebaut worden, ohne daß der dortige Arbeitskreis davon informiert wurde. Es ist dem Arbeitskreis aber auch gelungen, obwohl er von den zuständigen Instanzen weitgehend ignoriert wird, einige Details von Produktvorschlägen im Unternehmen ausarbeiten zu lassen.

Im Bremer Arbeitskreis arbeiten drei Arbeitsgruppen und eine Organisationsgruppe. Der Bereich "Energie" beschäftigt sich derzeit mit einem Energiekonzept für Bremen. Der Bereich "Verkehrstechnik" hat kürzlich ausgearbeitete Pläne für ein Luftschiff zur Nordsee-Umweltschutz-Überwachung vorgestellt. Daneben laufen Entwicklungen für einen Wohnwagen zum Selbstausbau und ein Verladesystem Schiene-Straße. Der dritte Bereich "Medizinische Geräte" liegt momentan lahm; es ist geplant, einen Bereich "Umwelttechnik" neu aufzubauen.

Alle Produktionsvorschläge stehen momentan nicht mit konkreten Arbeitsplatzgefährdungen im Zusammenhang. Neben dem zeitweise nachlassenden Interesse an der Mitarbeit ist ein besonderes Problem dadurch entstanden, daß in Bremen vier Betriebsratslisten miteinander konkurrieren: Das sind neben der IG Metall und der DAG die "Liste aktiver Metaller" und eine sogenannte "Unabhängige Liste". Solche Fraktionierungen stellen, wie schon das Beispiel HDW/Hamburg gezeigt hat, eine besondere Belastung für die Arbeitskreisarbeit dar.

In der Frage der Rüstungsaufträge nimmt der Arbeitskreis eine vermittelnde Position ein. In einer Pressemitteilung vom März 1984 kommentierte er seine Aussage, daß Staatsaufträge für zivile Produkte mehr Arbeitsplätze schaffen als Rüstungsaufträge folgendermaßen:

"Dies ist keine Aussage gegen Rüstung und keine Ablehnung von Rüstungsproduktion bei MBB-Bremen. Die Entscheidung über Rüstung für die Bundesrepublik wird in Bonn getroffen. Es wäre unsinnig, diese Rüstung total im Ausland einzukaufen, während viele Arbeitnehmer bei uns arbeitslos sind. Im Lande Bremen ist die Arbeitslosenquote die höchste in der Republik - deswegen gehört auch ein Teil der Rüstung nach Bremen."

Eine andere Position, die Ablehnung von Aufträgen, sei im Betrieb nicht zu vermitteln - die grundlegenden Weichen würden in Bonn gestellt und die Verantwortung dürfe nicht auf die Betriebe abgewälzt werden. Entsprechend hat der BR kürzlich auch die Übernahme der Generalunternehmerschaft für die Minenkampfboote akzeptiert. Auf längere Frist gesehen sind die Entscheidungen über wichtige Zukunftsprojekte (Airbus A 320, den Jäger 90 und den deutsch-französischen Hubschrauber PAH 2) bereits zugunsten von MBB gefallen. Das rüstungspolitische Gewicht des Konzerns wird sich durch die indirekte Beteiligung an Krauss-Maffei noch verstärken.

Arbeitskreis "Rüstung und Arbeitsplätze" bei Krupp MAK/
Kiel⁴⁴⁾

Krupp MAK ist ein Maschinenbauunternehmen mit ca. 3.500 Beschäftigten, das seinen Umsatz zu 60 % im Bereich Wehrtechnik erzielt (Leopard 2, Marinefahrzeuge). Der Arbeitskreis wurde im Februar 1981 mit dem Ziel gegründet, die zivilen Produktionsbereiche zu erhalten und möglichst den Rüstungsanteil zu verringern (der von 1977-1983 von 30 auf 60 % gestiegen ist).

Die zivilen Produktionsbereiche bestehen aus dem Bereich Schiffsdieselmotorenbau mit ca. 30 % Anteil am Umsatz und den Bereichen Energie- und Verkehrstechnik mit ca. 10 % Umsatzanteil. Am bedrohlichsten sind die Auswirkungen der scharfen Konkurrenz im Schiffsmotorensektor - hier ist am ehesten ein Beschäftigungsabbau zu erwarten. Der Arbeitskreis versucht, mit dem Vorschlag von Dieselmotor-Blockheizkraftwerken dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Seine Bemühungen haben zu einem Auftrag an MAK als Generalunternehmen über 32 Mio. DM geführt, die Energieversorgung für Helgoland neu zu gestalten (MAK-Dieselmotor-Blockheizkraftwerk und MAN-Windkraftanlage).

Bedingt erfolgreich war der Versuch, das Energieversorgungskonzept von Kiel in diese Richtung umzustellen. Die Stadtwerke Kiel und die Ratsversammlung haben im April 1984 be-

schlossen, auf eine eigene Fernwärme- und Stromerzeuger-Kapazität zu verzichten. Für den Stadtteil Friedrichsort - in dem auch die MAK liegt - konnte die Option für ein integriertes Stadtteilkonzept mit dezentraler Nahwärme auf Basis von Blockheizkraftwerken gesichert werden. Noch in der Verhandlung sind Vorschläge zur Nutzung von im Werk freiwerdender Energie (Gießerei, Motorenprüfstände).

Ebenfalls gefährdet ist der Schienenfahrzeugbau mit ca. 400 Beschäftigten. Hier setzt die Geschäftsleitung auf ein Investitionsvorhaben der Deutschen Bundesbahn, bei dem 150 Triebwagen zum Ersatz der Schienenbusse auf nicht elektrifizierten Strecken im Gesamtwert von ca. 300 Mio. DM auf sechs Firmen verteilt werden. Der Arbeitskreis hat demgegenüber einmal den Vorschlag eines Niederflurwagens für kombinierten Straßen-Schienenverkehr vorgelegt. Dieser Vorschlag ist nach einer ausführlichen Studie der Unternehmensleitung, die z.T. berechnete technische Mängel und Absatzprobleme ergeben hat, vorläufig zurückgestellt. Seit Dezember 1984 konzentriert sich der Arbeitskreis daher auf einen anderen Vorschlag im Bereich des kombinierten Verkehrs: ein integriertes Umschlag-Terminal. Darüber hinaus beteiligt sich der Arbeitskreis an dem regionalen Förderverein "Öffentlicher Verkehr Schleswig-Holstein". Der Verein hat zum Ziel, die Stilllegung von Bundesbahnnebenstrecken um Neumünster zu verhindern und d.h. diese Strecken in Eigenregie weiterzubetreiben. Dazu sollen ausrangierte Triebwagen bei MAK umgerüstet werden. Diese Triebwagen sind entsprechend viel billiger als die Neuentwicklung VI 627 von MAK mit einem Stückpreis von ca. 2 Mio. DM.⁴⁵⁾

Inzwischen hat die Bundesbahn dem Verein eine 30 km lange Nebenstrecke für 3,3 Mio. DM zum Kauf angeboten, einige Gemeinden haben sich zur Beteiligung an der zu gründenden "Holsteinische Regionalbahn GmbH Neumünster" bereit erklärt.

Bei der militärischen Fertigung läuft der Leopard 2 bis 1987, danach ist eine Beschäftigungslücke absehbar. Allerdings sollen bereits wichtige Entwicklungsaufträge abgeschlossen worden sein (Leopard 3, Bergepanzer), die erst

Mitte der 90er Jahre in die Fertigung gehen können.

Der Arbeitskreis zeichnet sich insgesamt dadurch aus, daß er nur wenige Produktvorschläge verfolgt, die aus der Analyse des Betriebs und der Region gewonnen wurden. Die Vorschläge werden intensiv mit dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung besprochen, der Arbeitskreis versucht in langen Verhandlungen, die Geschäftsleitung vom Sinn seiner Vorschläge zu überzeugen.

Der Arbeitskreis "Alternative Fertigung" bei Blohm & Voss/
Hamburg⁴⁶⁾

B & V ist eine Traditionswerft mit zur Zeit ca. 5.600 Beschäftigten, die noch 1981 ca. 7.500 Beschäftigte hatte. 50 % des Umsatzes werden vom Bereich Wehrtechnik erwirtschaftet. Dazu gehört der Marineschiffbau (insbesondere MEKO-Fregatten) und die Wehrtechnik Land (Panzertürme und Wannen für den Leopard 2, Roland und Gepard). Nach Fertigungsbereichen erbrachten 1983 der Maschinenbau 31 % des Umsatzes, der Schiffbau 24 % und die Schiffsreparatur 22 % (Handelsblatt vom 31.05.1984). Die Entwicklung von B & V ist in die Neuorganisation der Werftkapazitäten in Norddeutschland eingelagert (Einstellung des Schiffsneubaus bei HDW, Schließung der AG Weser). Nach dem Vorstandskonzept werden die zukünftigen Fertigungsschwerpunkte im Offshorebereich, im Marineschiffbau und im Maschinenbau liegen. Während die Auftragslage im Bereich Offshore (wegen des Protektionismus ölfördernder Staaten) und bei Blockheizkraftwerken (nur 1 von ca. 200 Aufträgen in der BRD in den letzten fünf Jahren) schlecht ist, setzt B & V auf Roboter für schwere Bauteile und Energietechnik (Wirbelschichtfeuerung). Beschäftigungsprobleme deuten sich auch im wehrtechnischen Bereich an: Die Aufträge für den Roland-Flakpanzer laufen Mitte 1985, für den Leopard 2 Ende 1986 aus. Da Anschlußaufträge (Panzerhaubitze, Leopard 3) erst Anfang der 90er Jahre wirksam werden, muß auch die Geschäftsleitung eine erhebliche Beschäftigungslücke eingestehen. Auch im Marineschiff-

bau wird es immer schwerer, Aufträge hereinzuholen bzw. deren Finanzierung sicherzustellen. Nur mit hoher Eigenbeteiligung des Bundes und einer erheblichen Risikobeteiligung von B & V (38 Mio. DM) konnte 1984 der Auftrag über 4 MEKO 200-Fregatten für die Türkei realisiert werden. Ein ähnliches Problem liegt gegenwärtig bei dem Auftrag über drei Fregatten durch Portugal vor:

"Blohm & Voss habe aus dieser Entwicklung ihre Konsequenz gezogen. Das Unternehmen habe eine große Ingenieurs-Kapazität und verkaufe deren Leistung als Dienstleistung wie ein Ingenieurbüro an Werften in den neuen Schiffbauländern ... Diese Umstrukturierung der Werft erfordert ... eine andere Zusammensetzung der Belegschaft. Wir brauchen weniger Mitarbeiter in der Fertigung und mehr und höher qualifizierte Mitarbeiter in der Konstruktion. Da eine Umschulung nur in beschränktem Umfang möglich sei, seien Entlassungen nicht zu vermeiden." (Handelsblatt vom 31.05.1984)

"Sie haben recht, uns steht für Ende dieses Jahrzehnts eine Auslastungslücke in unseren Fertigungsbereichen bevor. Dennoch: Auch bei Einschränkungen im Produktionsbereich versucht B & V durch die breite Diversifizierung im gesamten Unternehmen, den Brain-Trust, im wesentlichen also die Entwicklungsabteilung der Bereiche Wehrtechnik See und Land, so aufrecht zu erhalten, damit nach der Durststrecke die Produktion wieder hochgefahren werden kann ... Bei so viel Eigenleistung soll sich aber auch die andere Seite Gedanken machen, wie man die mageren Jahre 1987-1991 überbrückt." (Wehrtechnik Heft 8/84, S. 95)

Vielleicht aus diesem Grund - weil der Arbeitskreis von Anfang an gesehen hat, wie stark die Entwicklung des Unternehmens in rüstungs- und regionalpolitische Entscheidungen eingebunden ist - hat er immer eine friedenspolitische und öffentlichkeitsorientierte Haltung eingenommen. Z.B. in seinem Fregattenpapier von 1983 hat der Arbeitskreis gegen die öffentliche Finanzierung der Türkei-Fregatten Stellung bezogen und dargestellt, daß bei Verwendung der 600 Mio. DM für 4 Handelsschiffe fast die doppelte Zahl von Fertigungsstunden gesichert werden könnte. Der bereits 1981 gegründete Arbeitskreis zeichnet sich dadurch aus, daß er in vielen Seminaren auch explizit politische Positionen diskutiert und nicht nur auf die Überzeugungskraft von Produktvorschlä-

gen setzt. Die deutliche Kritik an potentiellen Rüstungsaufträgen für das "eigene" Unternehmen hat zu erheblichen Spannungen im Betriebsrat geführt.

Einer der ersten Vorstöße des Arbeitskreises war 1982 die Vorlage eines alternativen Energieversorgungskonzeptes "Rationale Energieverwendung". Der Arbeitskreis arbeitet an Maßnahmen zur Energieeinsparung und Schadstoffminderung in der Luft durch Blockheizkraftwerke und Wirbelschichtbefuerung. Bei Schiffsantrieben hat er zur Energieeinsparung das sogenannte Grimm'sche Leitrad und den Flettner-Rotor vorgeschlagen. Die Geschäftsleitung toleriert inzwischen nach anfänglicher Diffamierung die Arbeit des Arbeitskreises, ohne allerdings irgendwelche Vorschläge aufzunehmen.

Um das Thema Rüstungskonversion aktiver in die betriebliche Diskussion zu bringen und die Geschäftsleitung stärker in die Diskussion um Zukunftsprojekte einzubinden, hat der Arbeitskreis neuerdings den Aufbau einer Entwicklungsgruppe "Nützliche Produkte" im Betrieb gefordert.

X. Zusammenfassung

Die derzeitige Situation bezüglich der Umstellung von Rüstungsproduktion ist durch einen doppelten Problemdruck gekennzeichnet. Auf der einen Seite konsolidiert sich die massive gesellschaftspolitische Kritik am gegenwärtigen sicherheitspolitischen Konzept der USA und der NATO sowie an den Rüstungsexporten. Die neuen Rüstungskonzepte (star wars) und die Erfahrungen bisheriger Abrüstungsverhandlungen lassen Abrüstungs- und Entspannungsschritte als kaum durchsetzbar erscheinen.

Auf der anderen Seite steht eine deutliche Beschaffungslücke bei den Aufträgen der Bundeswehr bevor. Eine erhebliche Ausweitung der Rüstungsexporte ist aufgrund der zunehmenden internationalen Gemeinschaftsprojekte und der Überschuldung potentieller Nachfrageländer zumindest unwahrscheinlich. Das Arbeitsplatzrisiko in der Rüstungsindustrie wird hoch

bleiben und sogar noch steigen. Einer der großen Erfolge der Initiativen für Rüstungskonversion liegen darin, daß die Mehrzahl der Betriebsräte und Belegschaften sich nicht mehr für Rüstungslobbyismus einsetzen lassen und damit den Druck auf Rüstungsproduktionssteigerungen von dieser Seite her nicht erhöhen. Allerdings deutet sich eine Neuorientierung der Rüstungsindustrie und eine erhebliche Verlagerung von Nord- nach Süddeutschland an, wo von der CSU-Regierung eine offensivere Politik gefordert wird und wo kaum Konversions-Initiativen existieren.

Ein entscheidender Punkt für die Aktualität von Rüstungskonversion liegt darin, daß andere Krisenbewältigungsstrategien nicht oder nur unzureichend greifen - also Ausweitung des Rüstungsexports, von den Unternehmen selbst getragene oder staatlich gestützte Diversifikation, massiver Abbau der Arbeitslosigkeit. Für alle bedeutsamen Akteure, die momentan auch auf Konversion setzen (Belegschaftsinitiativen, regionale und betriebliche Gewerkschafts- und Parteigruppierungen), gilt, daß sie im Falle des Erfolgs anderer Krisenstrategien mit großer Wahrscheinlichkeit wieder umschwenken werden. Rüstungskonversion ist insofern eingebunden in die Weiterentwicklung zentraler gesellschaftlicher Probleme in den nächsten Jahren. Die zunehmende Infragestellung der ökologischen Verträglichkeit und sozialen Nützlichkeit von herkömmlichen Produkten und Dienstleistungen, die Herausbildung eines zweiten und dritten Arbeitsmarktes, Umorientierungen in der regionalen Wirtschaftspolitik sowie der staatlichen Umweltpolitik und die Diskussionen um die Zukunft der Arbeit schaffen gesellschaftliche Grundlagen für neue Modelle und Experimente. Von einzelnen Fällen von Betriebsübernahmen durch die Belegschaften bis hin zur inflationären Gründung von Technologieparks gibt es eine ganze Palette von Ansätzen, deren Tragweite bisher nicht abzusehen ist und in der Rüstungskonversion nur ein Element darstellt. Die Suche nach neuen Formen der Beschäftigung und der Arbeitsbeziehungen ist momentan bei fast allen wichtigen gesellschaftlichen Institutionen und Parteien zu finden. Um-

orientierungen z.B. innerhalb der SPD (ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft), der Gewerkschaften (Mitbestimmung bei den Produkten, Ortskartellarbeit)⁴⁷⁾ und neue Koalitionen könnten es auf regionaler und vielleicht auch nationaler Ebene ermöglichen, daß Elemente alternativer Produktion in offizielle, institutionalisierte und finanzierte Politik aufgenommen werden. Eine der derzeit entscheidenden Schwächen der bisher punktuellen Initiativen zu alternativer Produktion dürfte darin liegen, daß sie bisher nicht in ein (regionales) Gesamtkonzept von alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik eingebettet sind und daher immer der Gefahr der Vereinnahmung oder Isolierung ausgesetzt sind. Rüstungskonversion ist auf die Gleichzeitigkeit und gegenseitige Vermittelbarkeit zwischen innerbetrieblicher und überbetrieblicher Entwicklung angewiesen. Sie ist eine Politik der gesellschaftsbezogenen Mobilisierung im Betrieb und eine Bewegung zur Erhaltung bzw. Schaffung sozial nützlicher Arbeitsplätze. Ihr Erfolg in letzter Hinsicht wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, die staatliche Nachfrage und die regionale Wirtschaftspolitik in diese Richtung zu lenken.

Anmerkungen

- (1) H.D. Müller, Wettrüsten und Arbeiterbewegung - zwei Lehren aus der Geschichte, in: Kooperation 26/27, Bremen 1982, S. 2 ff., ausführlicher: Michael Geyer, Deutsche Rüstungspolitik 1860-1980, Frankfurt/M., 1984
- (2) Vgl.: Entwicklung und Rüstung - eine Anhörung im Deutschen Bundestag, Militärpolitik Dokumentation, 1984
- (3) Vgl. z.B. Frankfurter Rundschau vom 11.02.1985
- (4) Vgl. M. Broszka, Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik, in: WSI-Mitteilungen 5/84, S. 277 ff.
- (5) Aufgrund dieser Verträge (Besatzungsstatut von 1955, das "Abkommen ... über die Aufteilung der Zuständigkeiten sowie die Zusammenarbeit der NATO-Befehlshaber und der territorialen Befehlshaber im Kriege" von 1977, Wartime Host Nation Support von 1982) hat die BRD kein Veto-Recht gegen einen Kernwaffeneinsatz auf ihrem Gebiet. Vgl. STERN Nr. 21 vom 15.05.1985
- (6) Vgl. H. Klaus, Gewerkschaftliche Friedensarbeit, in: WSI-Mitteilungen 5/1984, S. 254 ff. sowie Berg/Bobke, Friedensinitiativen im Betrieb, ebenda, S. 292. Eine ähnliche Bewertung findet sich bei der DGB Abt. Gesellschaftspolitik, für die N. Hanselmann schreibt: "Diese eindrucksvolle Demonstration hat jedoch im Hinblick auf eine dauerhafte Mobilisierung der Arbeitnehmer für den Frieden nicht die Erwartungen erfüllt. Betriebliche Friedensinitiativen finden größtenteils auch heute noch nicht die erwünschte und notwendige Unterstützung der Gewerkschaften." U. Hanselmann, Friedensinitiativen und Gewerkschaften, in: Bäcker/Bispinck/Bobke u.a. Friedensarbeit im Betrieb, Hamburg 1985, S. 7 ff., hier S. 12
- (7) Vgl. Rundbriefe des "Dortmunder Kreis der BFi's" sowie die Berichte einzelner BFi's in Bäcker/Bispinck/Bobke, a.a.O.
- (8) Vgl. z.B. die fachpolitische Stellungnahme "Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut in der Bundesrepublik Deutschland", in: Frankfurter Rundschau vom 07.08. und 08.08.1984
- (9) Zur These des Wandels in der Beziehung zwischen Rüstungs- und Sozialausgaben vgl. U. Albrecht, Rüstungs- oder Sozialpolitik? Zur Herausbildung einer Alternative, in: Rüstung und soziale Sicherheit, Frankfurt/M., 1985, S. 19 ff.

- (10) Bäcker/Bisping, Sozialabbau und Aufrüstung, in: WSI-Mitteilungen 5/84, S. 260 ff., hier S. 265. Im Haushaltsentwurf 1985 liegen bei einer Steigerung der Gesamtausgaben um 1,2 % die Ansätze für die Mittel des Bundesverteidigungsministeriums um 3,5 % über dem Vorjahr. Während die Militärausgaben um 1,9 Mrd. DM steigen, wurden die Mittel des Ministeriums für Arbeit und Soziales um den gleichen Betrag gekürzt. Der Etat für Jugend, Familie und Sport sinkt um 3,6 %, der für Bildung und Wissenschaft um 0,7 %.
- (11) Vgl.: Es geht um die Bündnisfrage, ein Gespräch über das Verhältnis von Gewerkschaften und Friedensbewegung zwischen Volkmar Deile (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste), Jo Leinen (Vors. BBU), Leonhard Mahlein (Vors. IG Druck und Papier) und Hermann Rappe (Vors. IG Chemie-Papier-Keramik), in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/83, S. 606 ff.
- (12) Vgl. Faltblatt "Kampagne gegen Rüstungsexport" und "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen!", vervielf. Selbstverständnispapier vom Februar 1985
- (13) Protokoll des 14. ordentlichen Gewerkschaftstags der IG Metall, S. 414
- (14) Mit 258 gegen 247 Stimmen, ebenda S. 412 ff. Vgl. auch: Beschluß des IG Metall-Beirats "Alternative Produktion/Produktkonversion" vom März 1985 im Anhang
- (15) Vgl. C. Wellmann, Wo Arbeitnehmerrechte zur Farce werden - Überwachung und Geheimschutz in der Rüstungsproduktion, in: Rüstung und soziale Sicherheit, Frankfurt/M. 1985, S. 166 ff.
- (16) Neef/Rubelt, Berufliche Situation, Selbstverständnis und Interessenorientierung von Ingenieuren, Technikern und Naturwissenschaftlern, Projektabschlußbericht, Berlin 1986, S. 208 ff.
- (17) Ingenieure, Gewerkschaften und Gesellschaft, in: Duhm u.a., Wachstum alternativ, Berlin 1983, S. 79-110
- (18) Vgl. z.B. Rodejohann/Wellmann, Rüstungsproduktion und Arbeitsplätze, in: P. Sonntag (Hg.), Rüstung und Ökonomie, Frankfurt/M. 1982, S. 237 ff. Klaus Mehrens, Konversion und Arbeitsplätze, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/83, S. 564 ff.
- (19) M. Brzoska, Rüstungspolitik in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 278 f.

- (20) Wilke/Wulf, Daten zur zukünftigen Entwicklung der Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland, vervielf. Manuskript vom 14.06.1984. Zu den einzelnen Beschaffungsvorhaben vgl. auch Wehrtechnik 1/85, S. 18 f.
- (21) Antwort des ehemaligen Staatsministers Wischnewski beim Bundeskanzler auf Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion vom 27.08.1982
- (22) Ebenda, S. 11
- (23) Vgl. M. Brzoska, Die bundesdeutsche Rüstungsindustrie, in: Das Geschäft mit dem Tod, Frankfurt/M. 1982, S. 39 ff.
- (24) Ebenda, S. 37 ff.
- (25) Ebenda, S. 32 ff. sowie Huffs Schmidt u.a., Die Profiteure der Aufrüstung, in: Blätter 7/86, S. 783, 785 ff.
- (26) Vgl. F. Schwerdt, Der Weg in die Sackgasse, in: Der Arbeitgeber, Heft 9/1984, S. 360 f.
- (27) F. Schwerdt, Wehrtechnik sichert eine Mio. Arbeitsplätze, in: Der Arbeitgeber, Heft 23/1984, S. 962
- (28) Zum folgenden vgl. ausführlich C. Wellmann, Gewerkschaftliche Interessenvertretung; Zwischen Lobbyismus und Alternativplanstrategie, in: Brzoska/Guha/Wellmann, Das Geschäft mit dem Tod, a.a.O., S. 123 ff.
- (29) C. Wellmann, "Alternative Fertigung" als betriebliche Strategie zur Arbeitsplatzsicherung, in: Rüstung und soziale Sicherheit, Frankfurt/M. 1985, S. 227 ff., hier S. 320
- (30) Vgl. die Referate in der Arbeitsgruppe VII "Mitbestimmung bei der Festlegung des Produkt- bzw. Dienstleistungsprogramms" der DGB-Konferenz "Vollbeschäftigung-Mitbestimmung-Technikgestaltung" im März 1985
- (31) Vgl. Hildebrandt/Spitzley, Umschalten auf nützliche Dinge, in: Die Mitbestimmung, Heft 12/82, S. 435 ff. sowie Hildebrandt/Schmidt/Sperling (Hg.), Arbeit zwischen Gift und Grün, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1985, Berlin 1985
- (32) Vgl. z.B. Kooperationsstelle Universität/Arbeitskammer Bremen, Krise und Rationalisierung - Das Beispiel Bremen, Bremen 1983 sowie Bullmann/Cooley/Einemann (Hg.), Lokale Beschäftigungsinitiativen, Marburg 1986 Gewerkschaftliche Bildungspolitik, Heft 2/87

Loewe/Wand, Krisenbranchen - Produktionen und Regionen ohne Zukunft?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/87, S. 553 ff.

- (33) Vgl. z.B. König/Ostertag/Schulz (Hg.), Unser Beispiel könnte ja Schule machen! Köln 1985
- (34) Zu Betriebsbesetzungen im Werftbereich vgl. Ziegenfuß/Heseler/Kröger (Hg.), Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren, Hamburg 1984. Zu neuen regionalpolitischen Ansätzen vgl. Bullmann/Cooley/Einemann, Lokale Beschäftigungsinitiativen, Marburg 1986
- (35) Vgl. z.B. Bolle/Grottian, Arbeit schaffen - jetzt!, Reinbek bei Hamburg 1983
- (36) Vgl. Dünnwald/Rose, Arbeitskreise Alternative Produktion: Wege in die Praxis, in: Der Gewerkschafter 3/85, S. 41 sowie Berichte der Innovations- und Technologieberatungsstelle der IG Metall Hamburg - Alternative Produktion - Beschäftigungssicherung durch gesellschaftlich nützliche Arbeit, Hamburg 1984
- (37) C. Wellmann, Gewerkschaftliche Interessenvertretung ..., a.a.O., S. 144
- (38) Vgl. K. Schmahl, Beschäftigungsplan statt Sozialplan, in: Hildebrandt/Schmidt/Sperling, High-Tech-Down, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1986, Berlin, S. 68 ff. sowie Kap. 10 in Schomacker/Wilke/Wulf, Alternative Produktion statt Rüstung, a.a.O., S. 196 ff.
- (39) E. Hildebrandt, Neue Unternehmenskultur und Rüstungskonversion, in: Schomacker u.a., Zivile Alternativen für die Rüstungsindustrie, Baden-Baden 1986, S. 109 ff.
- (40) Interessanterweise führt K. Pitz von der Wirtschaftsabteilung des Hauptvorstandes der IG Metall zum weiteren Vorgehen der Arbeitskreise "Alternative Produktion" aus: "Erstens muß versucht werden, die Arbeit der betrieblichen Arbeitskreise eng mit der Arbeit des Managements zu verzahnen ...
Zweitens müssen die betrieblichen Arbeitskreise eng mit den bestehenden gewerkschaftlichen Strukturen verzahnt werden."
K. Pitz, Diversifizierung, Konversion, alternative Produktion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/1983, S. 745 ff., hier S. 747
- (41) Vgl. die Überlegungen zu einer "Ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft", z.B. Interview mit W. Roth in der Wirtschaftswoche, Heft 6 vom 01.02.1985, S. 19 f.

- (42) Zu einem Überblick über die Arbeitskreise vgl. Duhm/Hildebrandt/Mückenberger/Schmidt, Wachstum alternativ, Berlin 1983 sowie Hildebrandt/Pfriem/Scholz/Spitzley, Strategien alternativer Produktion, Berlin 1984 sowie Dünnwald, Alternative Produktion - eine gewerkschaftliche Perspektive, in: WSI-Mitteilungen, Heft 5/1984, S. 285 sowie die Sonderausgabe des IBS/IGM-Rundbriefs, Ins Bild gerückt: Alternative Produktion, Hamburg 1986
- (43) Vgl. insbesondere Fischer/Ladewig/Einemann/Lübbing, Alternative Produktion statt Arbeitsplatzabbau und Aufrüstung, Bremen 1984
- (44) Vgl. z.B. H. Zeretzke, Unternehmer und Politiker brauchen Anstöße von den Beschäftigten, in: Die Mitbestimmung, Heft 4-5/1984, S. 172 f.
- (45) Vgl. H. Krey, Koalition der Betroffenen - eine regionale und betriebliche Initiative gegen Streckenstilllegungen in Norddeutschland, in: Hildebrandt/Schmidt/Sperling, Arbeit zwischen Gift und Grün - Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1985, Berlin 1985
- (46) Vertrauensleute und Arbeitskreis "Alternative Fertigung" der IG Metall bei Blohm & Voss (Hg.), Zukunftsperspektiven - aus der Sicht von Beschäftigten, Hamburg 1985
- (47) Vgl. K. Roth, Aufrüstung und Lebensalltag, in: Bäcker/Bispinck/Bobke u.a., Friedensarbeit im Betrieb, a.a.O., S. 124 ff.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Ulrich, 1985: Rüstungs- oder Sozialpolitik? Zur Herausbildung einer Alternative. In: Rüstung und soziale Sicherheit, Frankfurt/M., S. 19 ff.
- Bäcker/Bispinck, 1985: Sozialabbau und Aufrüstung. In: WSI-Mitteilungen, Heft 5
- Bolle/Grottian, 1983: Arbeit schaffen - jetzt! Reinbek bei Hamburg
- Brzoska, M., 1984: Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik. In: WSI-Mitteilungen, Heft 5, S. 277 ff.
- Brzoska, M., 1982: Die bundesdeutsche Rüstungsindustrie. In: Das Geschäft mit dem Tod, Frankfurt/M.
- Bullmann/Cooley/Einemann (Hg.), 1986: Lokale Beschäftigungsinitiativen. Marburg
- DGB-Konferenz 1985: Vollbeschäftigung - Mitbestimmung - Technikgestaltung, Köln
- Dünwald, 1984: Alternative Produktion - eine gewerkschaftliche Perspektive. In: WSI-Mitteilungen, Heft 5, S. 285 ff.
- Dünwald/Rose, 1985: Arbeitskreise Alternative Produktion: Wege in die Praxis. In: Der Gewerkschafter, Heft 3
- Duhm/Hildebrandt/Mückenberger/Schmidt, 1983: Wachstum alternativ. West-Berlin
- Entwicklung und Rüstung - eine Anhörung im Deutschen Bundestag. Militärpolitik Dokumentation, 1984
- Es geht um die Bündnisfrage. Ein Gespräch über das Verhältnis von Gewerkschaften und Friedensbewegung zwischen Volkmar Deile (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste), Jo Leinen (Vors. BBU), Leonhard Mahlein (Vors. IG Druck und Papier) und Hermann Rappe (Vors. IG Chemie-Papier-Keramik). In: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/83, S. 606 ff.
- Europäisches Gewerkschaftsinstitut, 1983: Abrüstung und Umstellung der Rüstungsindustrien auf Friedensproduktion, Brüssel
- Faltblatt 'Kampagne gegen Rüstungsverbot' und 'Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen!' Vervielf. Selbstverständnispapier vom Februar 1985
- Fischer/Ladewig/Einemann/Lübbing, 1984: Alternative Produktion statt Arbeitsplatzabbau und Aufrüstung, Bremen
- Frankfurter Rundschau vom 07.08.1984: 'Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung in der Bundesrepublik Deutschland'
- Geyer, M., 1984: Deutsche Rüstungspolitik 1860-1980, Frankfurt/M.
- Hildebrandt/Spitzley, 1982: Umschalten auf nützliche Dinge. In: Die Mitbestimmung, Heft 12, S. 435 ff.

- Hildebrandt/Pfriem/Scholz/Spitzley, 1983: Strategien alternativer Produktion. West-Berlin
- Hildebrandt, E., 1984: Produktinnovation oder Alternative Produktion. In: Die Mitbestimmung, Heft 4 und 5, S. 209 ff.
- Hildebrandt, E., 1984: Nützliche Produkte. In: Wechselwirkung, Heft 22, S. 25 ff.
- Hildebrandt/Schmidt/Sperling, 1985: Arbeit zwischen Gift und Grün - Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1985. Berlin
- Huffschmidt/Voß/Zdrowomyslaw, 1986: Die Profiteure der Aufrüstung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/86, S. 780 ff.
- IG Metall, 1983: Protokoll des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages
- Innovations- und Technologieberatungsstelle der IG Metall in Hamburg (Hg.), 1986: Ins Bild gerückt: Alternative Produktion
- Klaus, H., 1984: Gewerkschaftliche Friedensarbeit. In: WSI-Mitteilungen, Heft 5, S. 254 ff.
- König/Ostertag/Schulz (Hg.), 1985: Unser Beispiel könnte ja Schule machen! Köln
- Kooperationsstelle Universität-Arbeitskammer Bremen, 1983: Krise und Rationalisierung - Das Beispiel Bremen, Bremen
- Krey, H., 1985: Koalition der Betroffenen - eine regionale und betriebliche Initiative gegen Streckenstilllegungen in Norddeutschland. In: Hildebrandt/Schmidt/Sperling: Arbeit zwischen Gift und Grün - Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1985. West-Berlin
- Mehrens, K., 1983: Konversion und Arbeitsplätze. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 9, S. 564 ff.
- Mehrens, K. (Hg.), 1985: Alternative Produktion. Köln
- Müller, H.D., 1982: Wettrüsten und Arbeiterbewegung - zwei Lehren aus der Geschichte. In: Kooperation 26/27, Bremen, S. 2 ff.
- Neef/Rubelt, 1986: Berufliche Situation, Selbstverständnis und Interessenorientierung von Ingenieuren, Technikern und Naturwissenschaftlern, Projektabschlußbericht, Berlin
- Pitz, K., 1983: Diversifizierung, Konversion, alternative Produktion. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 9, S. 745 f.
- Rodejohann/Wellmann, 1982: Rüstungsproduktion und Arbeitsplätze. In: P. Sonntag (Hg.): Rüstung und Ökonomie, Frankfurt/M.
- Roth, K., 1985: Aufrüstung und Lebensalltag. In: Bäcker/Bispinck/Bobke, S. 124 ff.

- Schomacker/Wilke/Wulf (Hg.), 1986: Zivile Alternativen für die Rüstungsindustrie, Baden-Baden
- Schomacker/Wilke/Wulf, 1987: Alternative Produktion statt Rüstung, Köln
- Schwerdt, F., 1984a: Der Weg in die Sackgasse. In: Der Arbeitgeber, Heft 9, S. 360 ff.
- Schwerdt, F., 1984b: Wehrtechnik sichert eine Mio. Arbeitsplätze. In: Der Arbeitgeber, Heft 23, S. 962
- Vertrauensleute und Arbeitskreis 'Alternative Fertigung' der IG Metall bei Blohm & Voss (Hg.), 1985: Zukunftsperspektiven - aus der Sicht von Beschäftigten, Hamburg
- Wellmann, C., 1982: Gewerkschaftliche Interessenvertretung: Zwischen Lobbyismus und Alternativplanstrategie. In: Brzoska/Guha/Wellmann: Das Geschäft mit dem Tod. Frankfurt/M., S. 123 ff.
- Wellmann, C., 1985a: Wo Arbeitnehmerrechte zur Farce werden - Überwachung und Geheimschutz in der Rüstungsproduktion. In: Rüstung und soziale Sicherheit, Frankfurt/M., S. 166 ff.
- Wellmann, C., 1985b: 'Alternative Fertigung' als betriebliche Strategie zur Arbeitsplatzsicherung. In: Rüstung und soziale Sicherheit, Frankfurt/M., S. 227 ff.
- Wilke/Wulf, 1984: Daten zur zukünftigen Entwicklung der Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland. Vervielf. Manuskript
- Wilke/Wulf, 1986: Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Fertigung, Hg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
- Zeretzke, H., 1984: Unternehmer und Politiker brauchen Anstöße von den Beschäftigten. In: Die Mitbestimmung, Heft 4/5, S. 172 ff.
- Ziegenfuß/Heseler/Kröger (Hg.), 1984: Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren, Hamburg

Anlage 1

Anträge zum 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall,
Oktober 1983

Entwicklung alternativer Produktionen

62 **Antragsteller:**
 Verwaltungsstelle Darmstadt

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Ergänzend zur zentralen Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche sind weitere Überlegungen und Maßnahmen notwendig. Der Vorstand der IG Metall wird daher aufgefordert, ein Programm für gesellschaftlich sinnvolle Produkte sowie Strategien und Formen zu ihrer Durchsetzung, insbesondere im Rahmen der Tarifpolitik und der Mitbestimmungspolitik, zu entwickeln.

Angeknüpft werden sollte dabei einmal an die Diskussionen, Vorschläge und (bisher gescheiterten) Durchsetzungsversuche von Arbeitskreisen in zahlreichen krisenbetroffenen Betrieben; zum anderen könnten dabei die für krisenbetroffene Branchen entwickelten Vorstellungen zur Arbeitsplatzsicherung (AEG, Werften, Stahlindustrie, Rüstungsbetriebe) weiterentwickelt und in ein solches Konzept eingebunden werden.

Dabei kann es nicht darum gehen, für eine möglichst große Zahl von Betrieben Produktalternativen zu entwickeln. Vielmehr sollte modellhaft aufgezeigt werden, welche z. B. rohstoffarmen, energiesparenden umwelt- und verbraucherfreundlichen Produkte sinnvoll sind und hergestellt werden können, und wie diese durch Forderungen an den Gesetzgeber, durch tarifpolitische Maßnahmen und durch betriebliche Initiativen durchgesetzt werden können. Damit könnten wichtige Entscheidungshilfen und Anregungen zur Verfügung gestellt werden, die dann – bezogen auf die jeweilige konkrete Situation – modifiziert werden müßten und so dazu beitragen könnten, einen weiteren, auch längerfristig zu befürchtenden Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern. Zur Konkretisierung und Realisierung wird weiterhin gefordert:

1. Die Einrichtung von abteilungsübergreifenden Ressorts beim Vorstand und den Bezirksleitungen, die für die Durchführung und Koordinierung dieser Arbeiten zuständig sind.
2. Die weitere Gründung und Unterstützung betrieblicher bzw. örtlicher Arbeitskreise; zunächst vor allem dort, wo ein aktueller Bedarf vorhanden ist.
3. Die Durchführung einer internationalen Arbeitstagung zu Fragen der Entwicklung gesellschaftlich sinnvoller Produkte und „sanfter“ Technologien (auch vor dem Hintergrund des Verhältnisses von Industrie- und Entwicklungsländern).
4. Eine Intensivierung der Kooperation mit Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaftlern, um praxis- und handlungsbezogene Beratungskapazitäten aufzubauen und Forschungen zu diesen Fragen anzuregen. Voraussetzung auf Seiten der Gewerkschaften ist u. a., daß dafür die personelle und organisatorische Infrastruktur ausgebaut wird. (Die gewerkschaftlichen Innovations- und Beratungsstellen können das nur teilweise leisten.)
5. Die Entwicklung und zunehmende Anwendung von sozialen Kriterien bei der Entwicklung und Anwendung neuer Produkte und Technologien, um prüfen und beurteilen zu können, ob und welche Produkte sowie entwickelte und anwendbare Produktionsverfahren eingesetzt werden sollten.

Insgesamt könnte damit dazu beigetragen werden, den gewerkschaftlichen Beitrag zur Verwirklichung gesellschaftlicher Formen im Zusammenhang mit ihren Forderungen zu qualitativem Wachstum und Qualität des Lebens zu verstärken; außerdem würde dadurch die Entwicklung des Aktionsprogramms der IG Metall gegen die negativen Folgen von Rationalisierung und technischem Wandel ergänzt und seine Durchsetzung unterstützt werden.

Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen, die Entwicklung von modellhaften Konzepten und die Durchsetzung von entsprechenden Forderungen ist jedoch nicht nur für die jetzt schon krisenbetroffenen Betriebe und Branchen wichtig; diese Konzepte könnten auch dazu beitragen, langfristig und rechtzeitig die Entscheidungen auch in den Unternehmen, die jetzt noch zu den Wachstumsbranchen gehören, so rechtzeitig zu beeinflussen, um nicht erst dann, wenn die Entscheidungen schon gefallen sind, gegen die rücksichtslose Durchsetzung von Sanierungskonzepten protestieren und mobilisieren zu müssen.

Notwendig ist daher auch – neben der Entwicklung von Frühwarnsystemen im Rahmen einer langfristig angelegten, umfassenden und rechtzeitigen Informationspolitik – die (schon oft geforderte) Konkretisierung und Durchsetzung des DGB-Konzepts zur Entwicklung von Wirtschafts- und Sozialräten, um zu einer Weiterentwicklung und stärkeren Verzahnung von Durchsetzungsstrategien auf den unterschiedlichen Ebenen (Betrieb, Unternehmen, Branche, Region) zu gelangen, die für eine gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung und Einflußnahme auf Investitionsströme erforderlich ist.

Beschluß:

Material an den Vorstand

63

Antragsteller: Verwaltungsstelle Bremen

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall stellt fest:

Die sich verschärfende Wirtschaftskrise und die zunehmende Aufrüstung erfordern eine Vielzahl von gewerkschaftlichen Aktivitäten auf den unterschiedlichen Ebenen.

– Vor allem durch umfassende Beschäftigungsprogramme und einschneidende Arbeitszeitverkürzungen muß die immer stärker steigende Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden.

– Die weltweite Hochrüstung erfordert reale Schritte zur Abrüstung.

Rüstung verschlingt große Mengen wertvoller Rohstoffe, Energien, andere materielle Reserven und menschliche Fähigkeiten, die der friedlichen Nutzung entzogen werden.

Im Rüstungssektor gibt es keine Garantie für dauerhaft gesicherte Arbeitsplätze – Auslaufen von Programmen, plötzliche Lieferstopps, Rationalisierungen –. Darüber hinaus ist erwiesen, daß sich mit gleichem Mitteleinsatz im zivilen Bereich mehr Arbeitsplätze schaffen lassen als im militärischen.

Die notwendigen Abrüstungsschritte und die Begrenzung der Rüstungsabhängigkeit der Betriebe darf nicht zu Lasten der dort Beschäftigten gehen.

Die schrittweise Umstellung von militärischer zu ziviler Produktion ist für die Belegschaften kein Problem. Es kommt darauf an, auf der Basis der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten sozial nützliche Güter herzustellen, ohne daß es für die Beschäftigten zu Nachteilen – wie Dequalifizierung, Lohnabbau oder Arbeitsplatzverlust – kommt.

Die IG Metall begrüßt und unterstützt die Bildung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeitskreisen zur alternativen Fertigung. Das gilt besonders für die Rüstungsbetriebe. Konkrete Produktvorschläge der Arbeitskreise und Belegschaften verstärken den Druck auf die verantwortlichen Politiker und Unternehmensleitungen zur Umstellung der Produktion. Darüber hinaus haben diese Arbeitskreise eine wichtige Bedeutung für die Stärkung des gewerkschaftlichen Denkens in den Betrieben.

Es gibt in den Industrie- und Entwicklungsländern nach wie vor einen großen Bedarf an sozial nützlichen Produkten. Notwendig sind Investitionen in den schon im Rahmen der gewerkschaftlichen Beschäftigungsprogramme erwähnten Bereichen – wie z. B. Umweltschutz, öffentlicher Nahverkehr, Energietechnik, Wohnungs- und Städtebauprogramm, Humanisierung der Arbeitsbedingungen, Gesundheitswesen, Meerestechnik und angepassten Technologien für die Dritte Welt.

Die Finanzierung einer Alternativen Fertigung im Rahmen von betrieblichen Produktionsumstellungen und Beschäftigungsprogrammen soll aus frei werdenden Rüstungsmitteln und durch die stärkere Besteuerung des Kapitals und der Reichen erfolgen.

Die innerbetriebliche Durchsetzung sozial nützlicher Güter erfordert die volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei den Produkt- und Investitionsentscheidungen.

Aus den obengenannten Gründen leiten sich folgende Forderungen ab:

1. Es müssen unverzüglich konkrete gewerkschaftliche und politische Schritte eingeleitet werden, auf Unternehmen mit hohem Rüstungsanteil einzuwirken, sich langfristig unabhängig von Rüstungsaufträgen zu machen.
2. In den Rüstungsunternehmen sind von Arbeitnehmervertretungen und Arbeitgebern paritätisch besetzte Umstellungsausschüsse einzurichten, welche alle Möglichkeiten zur Umstellung auf alternative Produkte untersuchen und die Durchsetzung einleiten.
3. Innerhalb der IG-Metall-Organisation sind beim Vorstand, bei den Bezirksleitungen und bei den Ortsverwaltungen Arbeitskreise – Alternative Fertigung – einzurichten, die eine beratende, betriebsübergreifend informierende und koordinierende Funktion haben.
4. IG Metall und DGB müssen ihren Einfluß geltend machen, daß auf Bundes- und Landesebene gemäß den Forderungen des IMB in Verbindung mit den Hochschulen Institute für Alternative Fertigung eingerichtet werden. Sie sollen theoretische Grundlagen erarbeiten und die betrieblichen Arbeitskreise praktisch beraten.
5. Gemäß der Satzung der IG Metall § 2 sollte vordringlich die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie durchgesetzt werden.

Beschluß:

Material an den Vorstand

Anlage 2

Beschluß des IG Metall-Beirats zu "Alternative Produktion"
vom März 1985

Informationen zum Thema
"Alternative Produktion/Produktkonversion"

1. Begriff und politische Zielsetzung
2. Beschlußlage
3. Bisherige Entwicklung
 - 3.1 Ausgangspunkt: Betriebliche Aktivitäten
 - 3.2 Ungelöste Probleme
 - 3.3 Bisherige Erfolge und ihre Bewertung
4. Politische Bewertung
 - 4.1 Mitbestimmungszusammenhang
 - 4.2 Rüstungspolitischer Zusammenhang
 - 4.3 Strukturpolitischer Zusammenhang
5. Schlußfolgerung

1. Begriff und politische Zielsetzung

Unter den Schlagworten "Alternative Produktion" oder "Produktkonversion" sind in den letzten Jahren Bemühungen in die politische Diskussion gekommen, die darauf abzielen, durch verstärkten Einfluß der Arbeitnehmer das Produktionsprogramm von Betrieben bzw. Unternehmen stärker in Richtung auf "sozial sinnvolle Produkte" hin zu verschieben. Diese Versuche sind vor allen Dingen in Betrieben und Unternehmen der rüstungsproduzierenden Industrie begonnen worden. Sie sind in diesem Zusammenhang - was die politische Diskussion angeht - durch die Friedensbewegung und die öffentliche Aufmerksamkeit, die mit Frieden, Entspannung und Abrüstung verbundene Themen in den letzten Jahren gehabt haben, gefördert worden.

Was die Diskussion in den Betrieben angeht, sind allerdings andere Motive ausschlaggebend. Einmal war die Beschäftigung im Rüstungsbereich bereits starken Schwankungen ausgesetzt, bevor die Beschäftigungskrise sich in ihrer vollen Schärfe entwickelte. Beschaffungswellen und Auslastungstäler bei der Produktion für den inländischen Bedarf und instabile Exportmärkte führten immer wieder zu Unsicherheiten und auch zu Entlassungen.

Zum zweiten ist im Rüstungsbereich der scheinbare Widerspruch zwischen den Zielsetzungen der Gewerkschaften in bezug auf Abrüstung und Rüstungsexportbeschränkungen und den Beschäftigungsinteressen einzelner Betriebe besonders offenkundig geworden.

Im gewerkschaftlichen Bereich wurde der Gedanke einer "vorausschauenden Umstellungsplanung" unter anderem deshalb vorangetrieben, weil es in den rüstungsproduzierenden Unternehmen zu eigenen Organisationsformen von Arbeitnehmern kam, die ihren Ausdruck in der Bildung des "Arbeitskreises Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen" fanden. Mit Unterstützung der Arbeitgeberseite propagierte dieser Arbeitskreis die Lockerung der Export-

beschränkungen, um Auslastungslücken durch Füllaufträge aus dem Ausland ausgleichen zu können. Im Anschluß an die Auflösung dieses Arbeitskreises fand eine innergewerkschaftliche Diskussion unter Beteiligung der betroffenen Betriebsräte, unter anderem im Rahmen des neugegründeten IGM-Arbeitskreises "Wehrtechnik und Arbeitsplätze" statt. Ergebnis dieser Diskussion war u.a. die die Entwicklung eines Konzeptes, das die Bildung von paritätisch besetzten "Umstellungsausschüssen" in den Betrieben vorsah.

Bereits vorher und parallel zu dieser Diskussion waren Bemühungen um die Gründung ähnlicher Arbeitskreise in verschiedenen Betrieben begonnen worden. Die Arbeitgeberseite war allerdings in keinem Fall bereit, gemeinsam mit den Arbeitnehmern an einer solchen Neuorientierung der Unternehmenspolitik zu arbeiten. Aus diesem Grunde wurden in mehreren Betrieben durch Vertrauensleute und Betriebsräte Arbeitskreise gegründet, die teilweise auch für Nichtmitglieder offen sind. Die Verbindung zu Betriebsrat und Wirtschaftsausschuß ebenso wie die Kontakte zur jeweiligen Geschäftsführung ist daher durchaus unterschiedlich.

2. Beschlußlage

Bereits auf den Gewerkschaftstagen in Düsseldorf (1977) und Berlin (1980) enthielten die EntschlieBungen zur "Wirtschaftspolitik" einen Abschnitt "Rüstungspolitik", darin unter anderem auch die Forderung nach "schrittweiser Umstellung von militärischer zu ziviler Produktion im Gefolge der Entspannungspolitik auf der Basis vorhandender hochentwickelter Technologien". Der Berliner Gewerkschaftstag begrüßte in diesem Zusammenhang "die im Gesprächskreis 'Wehrtechnik und Arbeitsplätze' angestellten Überlegungen, wie zum Beispiel durch Beratung in paritätisch besetzten Umstellungsausschüssen auf Unternehmensebene die Sicherheit der Arbeitsplätze nach

Reduzierung und Auslaufen von Rüstungsaufträgen gewährleistet werden kann."

In der Zeit nach 1980 hat sich die Diskussion auf allen Ebenen der Organisation erheblich verstärkt. Ergebnis war eine große Zahl von Anträgen zum 14. ordentlichen Gewerkschaftstag mit der Forderung, unsere Aktivitäten in diesem Bereich zu verstärken, sowohl im Bereich der rüstungsproduzierenden Industrie als auch in anderen Bereichen, in denen Arbeitsplatzprobleme vorhanden oder erkennbar sind. Forderungen nach Umstellung der rüstungsproduzierenden Industrie finden sich in einer Vielzahl der Anträge zu Frieden, Entspannung und Abrüstung. Detaillierte Forderungskonzepte, die ausschließlich auf die Entwicklung alternativer Produktion gerichtet sind, enthalten vor allen Dingen die Anträge 62 bis 66. Alle diese Anträge zielen darauf ab, die bisher begonnenen Aktivitäten in den Betrieben auszuweiten und in vorhandene bzw. noch zu schaffende Strukturen der Organisation einzubinden.

Die Mehrzahl der auf dem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag zum Thema "Alternative Fertigung" vorgelegten Anträge, die wegen der enthaltenen personellen Auswirkungen als Material an den Vorstand beschlossen wurden, unterstützen das bisherige Konzept der Umstellungsausschüsse.

Von besonderer Bedeutung ist, daß mehrere Anträge, darunter auch der ausführliche Antrag 62 (Verwaltungsstelle Darmstadt), einmal die Verallgemeinerung auf den zivilen Bereich hin vornahmen und zum anderen die betrieblichen Anstrengungen in den Zusammenhang der vorausschauenden Strukturpolitik und der gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung durch Wirtschaft und Sozialräte stellen.

3. Bisherige Entwicklung

3.1 Ausgangspunkt: Betriebliche Aktivitäten

Gegenwärtig existieren etwa 12 bis 15 der oben erwähnten, von Vertrauensleuten bzw. Betriebsräten ins Leben gerufenen Arbeitskreise, die sich mit dem Thema "Alternative Produktion" befassen. Sie konzentrieren sich auf den Bereich der rüstungsproduzierenden Industrie, gehen jedoch in einigen Fällen auch darüber hinaus und verstehen sich dadurch als Teil der generellen Mitbestimmungsdiskussion.

Als Motive für die Bildung der Arbeitskreise werden in der Regel in erster Linie Beschäftigungsprobleme in der Zukunft genannt. Gerade in Rüstungsbetrieben spielt allerdings auch die Überlegung eine wichtige Rolle, sich nicht entgegen eigenen und gewerkschaftlichen Überzeugungen für mehr Rüstungsaufträge oder für Rüstungsexporte zur Sicherung der Arbeitsplätze einsetzen zu wollen. Die Arbeitsniederlegung der HDW-Kollegen in Kiel, die mit dem Ziel durchgeführt wurde, die Lizenz für den Export von zwei U-Booten nach Chile sicherzustellen, ist für viele Kollegen offenbar eine wichtige Erfahrung gewesen und wird im Gespräch immer wieder als Begründung angeführt.

Die Arbeit der Arbeitskreise ist im Laufe der Zeit durch die Organisation auf den verschiedenen Ebenen unterstützt und angeregt worden. Dabei wurde immer wieder klargestellt, daß die eigentliche Arbeit in den Betrieben stattfinden muß und Patentlösungen vom grünen Tisch in Form von Produktlisten für die Umstellung keinerlei Hilfe darstellen können, sondern nur Illusionen nähren.

3.2 Ungelöste Probleme

In der praktischen Arbeit der Arbeitskreise ergeben sich eine Reihe von Problemen und Schwierigkeiten, mit denen von vornherein zu rechnen war. Zu diesen Problemen zählen insbesondere:

- Welche Chance haben überhaupt Arbeitnehmerinitiativen für neue Produkte in einer generell unterbeschäftigten Wirtschaft? Welche Verbindungen zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (Investitionsprogramm) bzw. zu regionalen Entwicklungskonzepten müssen hergestellt werden?
- Welche Grenzen finden die Arbeitsmöglichkeiten der betrieblichen Arbeitskreise an den zeitlichen und finanziellen Möglichkeiten der Mitglieder? Müssen neue Wege für die Finanzierung dieser Arbeit gefunden werden?
- Wie lassen sich die praktischen Probleme der Anpassung neuer Produkte an die Struktur des Betriebes bzw. des Unternehmens lösen, welche Schwierigkeiten ergeben sich im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen, die Qualifikation der Beschäftigten und die Entlohnung?
- Wie lassen sich im Rahmen unserer mitbestimmungspolitischen Möglichkeiten die Durchsetzungsbedingungen für die Arbeitsergebnisse der Arbeitskreise verbessern? Gibt es auf diesem Wege Handlungsspielräume für erfolgreiche Interessenvertretung?

Die Hans-Böckler-Stiftung hat auf Initiative der IG Metall beschlossen, ein Forschungsvorhaben zu finanzieren, das unter anderem die genannten Probleme analysieren und gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten untersuchen und bewerten soll. Mit der Bearbeitung des Vorhabens ist inzwischen begonnen worden.

Die Erfahrung zeigt, daß übertriebene Erwartungen bei den beteiligten Kollegen nicht bestehen. Es herrscht eine durchaus realistische Einschätzung vor. Übertriebene Erwartungen bestehen allerdings bei anderen Gruppen, die hier eine schnelle Lösung für die Rüstungsproblematik oder zumindest eine Möglichkeit für die Zuordnung von Verantwortlichkeiten gefunden zu haben glauben. Von seiten der IG Metall ist auch gegenüber diesen Gruppen, zum Beispiel innerhalb Kirchen, Friedensinitiativen immer wieder der realistische Rahmen hergestellt worden.

3.3 Bisherige Erfolge und ihre Bewertung

Produktkonversion kann allenfalls eine langfristige Strategie sein. Sie kann deshalb auch nur in Ausnahmefällen als Gegenmaßnahme für "Katastrophenfälle", wie dem Konkurs eines Unternehmens, geeignet sein. Entscheidend ist eine frühzeitige zielgerichtete und langfristig orientierte Planung für ein verändertes Produktspektrum. Eine solche Planung wird sich über Jahre erstrecken müssen. Im Zusammenhang mit dem Erfolg der bisherigen Bemühungen nach einem Produkt zu fragen, das von den Arbeitskreisen entwickelt und dann auch tatsächlich in das Produktionsprogramm übernommen worden ist, führt deshalb auch in die falsche Richtung.

- Einige der bestehenden Arbeitskreise arbeiten inzwischen kontinuierlich über mehrere Jahre. In diesen Fällen sind substantielle Produktvorschläge und Stellungnahmen zur Unternehmenspolitik vorgelegt worden. Der Rückhalt in den Belegschaften war eindeutig vorhanden und hat zugenommen.
- In verschiedenen Unternehmen sind die Arbeitskreise nicht nur als Gesprächspartner der Geschäftsführung akzeptiert, sondern hat ihre Existenz auch zu ersten Reaktionen, wie zum Beispiel Gründung von Unternehmensbereichen "Neue Produkte" oder Benennung von Beauftragten geführt.
- Die Arbeitskreise haben sich verschiedentlich als Instrument erwiesen, eine konstruktive Diskussion innerhalb der Belegschaft über die Politik des Unternehmens und die Sicherheit der Arbeitsplätze in Gang zu setzen. Dadurch wurden auch die Möglichkeiten gewerkschaftspolitischer Bewußtseinsbildung im Betrieb verbessert.

Vergleichbare Wirkungen sind nicht in allen Fällen zu verzeichnen. Dort wo sie auftreten, müssen sie jedoch als deutliche Erfolge der Bemühungen der Kollegen in den Betrieben gewertet werden.

4. Politische Bewertung

4.1 Mitbestimmungszusammenhang

In wirtschaftlichen Angelegenheiten stehen den Arbeitnehmern im Rahmen der Betriebsverfassung bisher lediglich Informationsrechte zu. Die Aktivität der Arbeitskreise und ihr weiterer Ausbau eröffnen die Möglichkeit, inhaltliche Anknüpfungspunkte für unsere Forderung nach echter wirtschaftlicher Mitbestimmung herzustellen. Zudem kann diese eine wichtige Brücke zwischen der Unternehmensmitbestimmung und der Mitbestimmung im Betrieb und am Arbeitsplatz darstellen.

4.2 Rüstungspolitischer Zusammenhang

Umstellungsbemühungen, auch wenn sie erfolgreich wären, bewirken von sich aus weder Rüstungskontrolle noch eine Reduzierung der Waffenpotentiale. Diese Fragen sind auf der politischen Ebene anzugehen und zu lösen. Umstellungsbemühungen können allerdings verhindern, daß zusätzlich auch mit dem Argument der Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen und mit der verständlichen Existenzangst der betroffenen Arbeitnehmer Druck in Richtung auf mehr Waffenproduktion oder mehr Rüstungsexport erzeugt wird oder entsprechende Reduzierungen verhindert werden. Die bisherigen Aktivitäten haben in vielen Fällen eine wichtige Entlastungsfunktion in unserer Argumentation gehabt, auch wenn strikt vermieden worden ist, einen zu hohen Anspruch an die Bemühungen zu stellen.

4.3 Allgemeiner strukturpolitischer Zusammenhang

Im Falle von Unternehmens- oder Branchenkrisen ist die Suche nach Produktalternativen oftmals die einzige konkrete Aktivität, die - wenn auch mit schwachen Erfolgsaussichten - ergriffen werden kann. Diese Aktivitäten sind dadurch in der Lage, eine Brücke herzustellen zu

unseren für den einzelnen Arbeitnehmer immer relativ abstrakt bleibenden strukturpolitischen Forderungen nach Branchenkonzeptionen und anderen übergreifenden Lösungen. Auf der einen Seite muß zweifellos vermieden werden, überzogene Erwartungen zu wecken, auf der anderen Seite hat sich gezeigt, daß die Umstellungsaktivitäten auch in ihrer Beispielwirkung durchaus in der Lage sind, die relativ abstrakten strukturpolitischen Forderungen mit konkreterem Inhalt zu füllen. Dies gilt vor allem in Verbindung mit der gewerkschaftlichen Forderung nach einem öffentlichen Investitionsprogramm in ausgewählten Feldern gesellschaftlichen Bedarfs.

5. Schlußfolgerung

Die Bemühungen zur Entwicklung und Durchsetzung "Alternativer Fertigung" bedeuten im Grundsatz eine bisher wenig erprobte und mit einer Vielzahl von Problemen verbundene Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung auf den wirtschaftlichen Bereich. Angesichts der Aktivitäten in den Betrieben, der Beschlußlage der letzten Gewerkschaftstage und der vorgenommenen Bewertung sollten entsprechende Aktivitäten auch weiterhin unterstützt und gefördert werden. Dabei muß es einmal darum gehen, die bestehenden Probleme zu untersuchen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Zum anderen muß gewährleistet sein, daß sich die entsprechenden Aktivitäten nicht außerhalb der Organisationsstrukturen entwickeln. Unter den genannten Einschränkungen und Rahmenbedingungen kann hierin für die Zukunft ein wichtiger Bereich betrieblicher Handlungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer und für gewerkschaftliche Interessenvertretung gesehen werden.

Anlage 3

Beschluß des Vorstands der IG Metall vom März 1985

Das Ziel muß eine dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen sein

Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall über "Möglichkeiten und Grenzen einer Betriebsübernahme durch die Belegschaft"

Nach wie vor ist das Thema Betriebsbesetzungen in der IG Metall umstritten. Die FR-Dokumentation veröffentlichte am 11. März Auszüge aus einem Sammelband des BUND-Verlages "Unser Beispiel könnte ja Schule machen!", in dem die Erfahrungen mit dem "Hattinger Modell" dargestellt werden. Inzwischen hat sich der Beirat, das höchste Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen, damit beschäftigt. Im Pressedienst der IG Metall hieß es über den Beschluß des Beirates: "Betriebsbesetzungen sind rechtswidrig." Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, hat jedoch die Pressemitteilung mit dem Hinweis auf die tatsächliche Beschlußlage des Beirates korrigiert. Nach seiner Ansicht hat das "heikle Thema" Betriebsbesetzungen nicht nur eine rechtliche Seite; man müsse auch Verständnis für Arbeitnehmer haben, wenn sie sich nicht behandeln lassen wie der Mohr, der seine Schuldigkeit getan hat, und mit ihrem Arbeitspaltz auch ein Stück Würde als Mensch verteidigen. Wir veröffentlichten im folgenden den Text des Vorstandes der IG Metall "Möglichkeiten und Grenzen einer Betriebsübernahme durch die Belegschaft":

I. Ausgangslage aus organisationspolitischer Sicht

Die dramatische Zuspitzung der Beschäftigungskrise im Verlauf der 80er Jahre und der Fortbestand gravierender konjunktureller und struktureller Beschäftigungsrisiken trotz der aktuellen wirtschaftlichen Belebung haben auch in der Metallindustrie zu einer steigenden Zahl von Betriebsschließungen sowie zu einer Zunahme von Vergleichs- und Konkursverfahren geführt. Unter diesen Bedingungen wird die IG Metall zunehmend mit der Frage einer Beteiligung an bzw. Übernahme von existenzgefährdeten Betrieben durch die betroffenen Belegschaften konfrontiert.

I.1. Auf der einen Seite haben sich die Fälle gehäuft, in denen die Arbeitnehmer zur finanziellen Entlastung von bedrohten Betrieben durch Lohnverzicht und Sozialabbau gedrängt werden, weil dadurch angeblich Arbeitsplätze gerettet werden sollen. Diese Erpressungspolitik der Arbeitgeber hat der Vorstand der IG Metall bereits mit dem Argumentationspapier "Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze" vom September 1982 als sozial unzumutbar und ökonomisch unsinnig, als rechtlich unzulässig und politisch absurd zurückgewiesen. Diese Position wird unverändert aufrechterhalten.

I.2. Auf der anderen Seite kommt es immer häufiger zu Initiativen aus den betroffenen Belegschaften selbst, deren Ziel es ist, den von der Schließung bedrohten Betrieb oder Unternehmensteil in Eigenregie weiterzuführen.

Hier hat der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1983 eine erste Positionsbestimmung aus organisationspolitischer Sicht vorgenommen. Sie macht den prinzipiellen Vorrang der gewerkschaftlichen Forderungen zu einer arbeitsorientierten Strukturpolitik ebenso

deutlich wie die Notwendigkeit besonderer Schutzmaßnahmen zugunsten der Arbeitnehmer im Falle einer Fortführung existenzgefährdeter Betriebe. Dazu heißt es in der EntschlieÙung Wirtschaftspolitik (E 7) im Abschnitt über das "Konzept einer arbeitsorientierten Strukturpolitik":

"Soziale Nachteile und Risiken des wirtschaftlichen Strukturwandels müssen durch eine vorausschauende Strukturpolitik vermindert werden, deren Schwergewicht auf der rechtzeitigen Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen liegt. Besonders dringlich ist eine Verbindung des gewerkschaftlichen Kampfes um die Sicherung von Arbeitsplätzen bei Betriebsstilllegungen und Konkursen mit den genannten Forderungen an die staatliche Strukturpolitik.

Abgelehnt werden eine finanzielle Beteiligung der Belegschaften an bedrohten Betrieben, eine Übernahme unternehmerischer Risiken durch die betroffenen Arbeitnehmer sowie jeder Eingriff in die vorhandenen sozialen Rechte.

Gefordert werden statt dessen gezielte staatliche Hilfsmaßnahmen. Diese müssen - für besonders gelagerte Fälle - die Entwicklung von Konzepten für die Weiterführung von Betrieben unter öffentlicher Verantwortung einschließen. Dabei sind die finanziellen Risiken für die öffentlichen Hände abzudecken. Gleichzeitig ist ein stärkerer Einfluß der Arbeitnehmer auf die Unternehmenspolitik zu ermöglichen."

1.3. Bei der Präzisierung dieser vom Gewerkschaftstag der IG Metall beschlossenen Grundsätze kann es dementsprechend von vorneherein nicht um einen programmatischen Vorstoß gehen, der in einer Betriebsübernahme durch die Belegschaften das Allheilmittel gegen Betriebsstilllegungen sieht.

Notwendig ist vielmehr eine pragmatische Antwort auf den konkreten Handlungsbedarf in der Praxis. Sie muß den politischen Willen der Belegschaften zur Verteidigung von Arbeitsplätzen mit in der herrschenden Wirtschaftsordnung ungewöhnlichen Mitteln unterstützen. Sie muß aber zugleich die unternehmerische und staatliche Verantwortung für die Entstehung und für die Überwindung existentieller Beschäftigungsprobleme unterstreichen.

In diesem Zusammenhang dienen die im folgenden entwickelten Mindestbedingungen für eine Betriebsübernahme durch die Belegschaften einem doppelten Zweck. Sie stellen zum einen die Orientierungslinie für ein einheitliches Vorgehen der Organisation dar. Sie machen zum anderen die Voraussetzungen deutlich, unter denen die Fortführung bedrohter Betriebe unter Beteiligung der Belegschaften einen Beitrag zum gewerkschaftlichen Kampf gegen die Beschäftigungskrise leisten kann.

II. Gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Mindestbedingungen

Vorgehensweise und Erfolgsaussichten für die Fortführung von Betrieben können nicht unabhängig von den jeweiligen Krisenursachen gesehen werden:

- Bei Betriebsschließungen infolge Mißmanagement können dann relativ gute Aussichten für diese Fortführung durch die Belegschaft bestehen, wenn das Produktprogramm selbst wettbewerbs- und absatzfähig ist.

- Mit Einschränkungen gilt dies auch für Betriebstilllegungen infolge übergeordneter Konzernentscheidungen; hier tritt der Widerstand der Konzernleitungen gegen eine Fortführung erschwerend hinzu.

- Bei Betriebsschließungen infolge struktureller Krisenursachen - insbesondere nachhaltiger Absatzmangel, tiefgreifende technische Änderungen

und Rationalisierungsmaßnahmen - werden solche Weiterführungskonzepte letztlich nur erfolgversprechend sein, wenn sie mit betriebsübergreifenden strukturpolitischen Aktivitäten verbunden werden.

In allen Fällen müssen jedoch gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Mindestbedingungen gewährleistet sein, die den Schutz der Arbeitnehmer vor Selbstausbeutung sicherstellen und einen propagandistischen Mißbrauch der Betriebsfortführung durch Arbeitnehmer zu Lasten von wirtschafts- und tarifpolitischen Grundsatzpositionen der IG Metall verhindern sollen.

II.1. Vorhandene tarifvertragliche Ansprüche und Rechte dürfen nicht unterlaufen werden.

II.2. Der Kauf eines Betriebes bzw. Unternehmens durch die Belegschaften - etwa durch Zur-Verfügung-Stellen von Ersparnissen, Abfindungen oder Sozialplangeldern etc. - ist grundsätzlich abzulehnen.

Zum einen würde eine Übernahme von Betrieben durch die Belegschaft im Sinne eines bloßen Eigentümerwechsels den Arbeitnehmern über das existentielle Arbeitsplatzrisiko hinaus zusätzliche finanzielle Risiken aufbürden.

Zum anderen würde dadurch die Gefahr einer Entsolidarisierung heraufbeschworen, da die Arbeitnehmer als Kapitaleigner und als abhängig Beschäftigte zueinander in Widerspruch geraten können.

II.3. Die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer sind auszudehnen mit dem Ziel

- den Belegschaften besondere Einspruchsrechte gegenüber Veränderungen des Betriebs bzw. des Unternehmens einzuräumen und dadurch ein Gegengewicht zu schaffen gegen die besonderen ökonomischen Risiken der Fortführung von Krisenbetrieben;

- die gewerkschaftlichen Forderungen und Vorstellungen von einer sozialen Gestaltung der Arbeitsbedingungen anhand exemplarischer Beispiele vorwegzunehmen.

Maßstab dafür können insbesondere die Vorstellungen des 12. ordentlichen DGB-Bundeskongresses zur Reform der Betriebsverfassung sein, der vor allem die folgenden Forderungen betont hat:

- Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats in allen Bereichen, vorwiegend in wirtschaftlichen und personellen Angelegenheiten sowie in den Fällen der §§ 90 und 91;

- Wegfall der Einrichtung Wirtschaftsausschuß und Übertragung dieser Unterrichts- und Beratungsrechte auf alle Betriebsräte;

- Sicherstellung, daß Unternehmer wirtschaftliche Maßnahmen erst durchführen können, wenn sie ihren Informationspflichten rechtzeitig und umfassend nachgekommen sind;

- Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten und der Bewegungsspielräume der Betriebsräte;

- Verstärkung der Rechte der im Betrieb vertretenen Gewerkschaften (vergleiche A 272.12 ordentlicher DGB-Bundeskongreß 1982).

II.4. Die Fortführung existenzgefährdeter Betriebe muß eine dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen zum Ziel haben.

Eine generelle Voraussetzung dafür ist die Neubestimmung des Unternehmensziels, bei der arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitische Gesichtspunkte in den Vordergrund und rein betriebswirtschaftliche Rentabili-

tätsüberlegungen in den Hintergrund zu treten haben.

Eine derartige Prioritätenbildung ist nicht nur dort unabdingbar, wo der Kampf der Belegschaften gegen eine Betriebsschließung mit überdurchschnittlichen regionalen Arbeitsmarktproblemen zusammenfällt. In solchen Fällen sind regionalpolitische Hilfen zur Fortführung auch von Betrieben, die nach isolierten betriebswirtschaftlichen Maßstäben nicht konkurrenzfähig wären, eine aktuelle Alternative zur Verödung der Region.

Zu berücksichtigen ist vielmehr darüber hinaus, daß eine punktuelle Vorwegnahme arbeitsorientierter Krisenlösungen im Einzelfall auch den Anstoß geben kann und soll für die Erarbeitung und Umsetzung von betriebs- und unternehmensübergreifenden Strukturkonzepten auf Branchenebene und in den Regionen.

Eine praktische Konsequenz daraus ist die Notwendigkeit der politischen und finanziellen Unterstützung solcher Fortführungskonzepte für bedrohte Betriebe durch die öffentlichen Hände. Gefördert sind hier vor allem die Bundesanstalt für Arbeit und die Länder wegen der föderativen Struktur der Bundesrepublik. Angesprochen ist aber auch der Bund, der eine solche Unterstützung durch gesetzgeberische Maßnahmen sicherzustellen hat.

Diese Forderung ist ganz allgemein politisch legitim, weil die öffentlichen Hände eine besondere gesellschaftliche Verantwortung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen wahrzunehmen haben.

Sie ist darüber hinaus auch ökonomisch gerechtfertigt, weil sie eine sinnvolle Alternative zur Übernahme der individuellen und gesellschaftlichen Folgekosten von Arbeitslosigkeit durch die öffentlichen Hände darstellt. Der DGB und die IG Metall haben die Forderung nach einem umfassenden Beschäftigungsprogramm stets damit begründet, daß es gesellschaftlich und wirtschaftlich sinnvoller ist, Geld in Arbeitsplätze zu investieren statt die Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Dieser Grundsatz ist unmittelbar auf die Fortführung bedrohter Betriebe in der Regie der Belegschaften übertragbar. Eine Rechnung, die nach rein betriebswirtschaftlichen Maßstäben nicht aufgeht, kann sich für die öffentlichen Hände auch hier durchaus lohnen.

Unter den genannten Bedingungen ist die Fortführung bedrohter Betriebe durch die Belegschaft ebenso Bestandteil der gewerkschaftlichen Forderungen zur Vermeidung von Betriebsstillegungen wie die stärkere Einbeziehung der Arbeitnehmer und ihrer betrieblichen Interessenvertretung beim Sanierungsverfahren (vergleiche IG Metall-Thesen für ein Sanierungsverfahren).

III. Ökonomische und juristische Mindestbedingungen

III.1. Produktprogramm. - In Fällen, in denen eine drohende Betriebschließung durch Überkapazitäten bzw. Absatzprobleme zumindest mitbedingt ist, liegt das entscheidende Problem in der Entwicklung eines marktgängigen Produktprogrammes. Dies gilt auch für die Forderung nach Sicherung von Arbeitsplätzen durch gesellschaftlich nützliche ("alternative") Produktion, die sowohl bei Betriebsfortführungsversuchen durch die Belegschaft als auch besonders im Zusammenhang mit der Umstellung von Rüstungs- auf Zivilproduktion ("Produktkonversion") aufgestellt wird.

Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall hat solche Versuche grundsätzlich als unterstützenswert bezeichnet. So heißt es in der

Entschließung "Frieden, Entspannung und Abrüstung" (vgl. E 3): "Die Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen darf kein Argument für mehr Rüstungsproduktion und mehr Rüstungsexport sein. Die Arbeitsplätze der betroffenen Arbeitnehmer müssen auf andere Weise gesichert werden. Die IG Metall bekräftigt die Forderung nach der Vorbereitung von Umstellungen auf andere Produktionen auf der Basis hochentwickelter Technologien. Sie begrüßt und unterstützt die Arbeitskreise von Betriebsräten und Vertrauensleuten, die das Ziel haben, bei den Unternehmerns alternative Produktionen zur Sicherung der Arbeitsplätze durchzusetzen."

Die betrieblichen Umsetzungsprobleme solcher alternativer Produktionen sind jedoch sehr groß und dürfen keinesfalls unterschätzt werden. Die Entwicklung einer zukunftssträchtigen und gesellschaftlich nützlichen Produktion erfordert jedenfalls hohen Finanz- und Zeitbedarf.

Es steht nicht zu erwarten, daß ein solches Umstellungsprogramm unmittelbar Arbeitsplätze schaffen und sichern kann, da für Entwicklung und Umsetzung eines solchen Programms ein ausreichender zeitlicher Spielraum gewährleistet sein muß. Deswegen sind für den Übergangszeitraum Zwischenlösungen zu schaffen. Dies kann beispielsweise durch eine zeitlich befristete subventionierte Aufrechterhaltung des vorhandenen Produktprogramms geschehen. (Die mögliche Gefährdung von Arbeitsplätzen durch eine subventionierte Produktion bei anderen, konkurrierenden Unternehmen kann nur im Rahmen der Entwicklung einer arbeitsorientierten Branchenpolitik aufgefangen werden.)

III.2. Finanzierung. - Wegen der hohen Risiken und der auf kurze Frist meist unbefriedigenden Gewinnaussichten lassen sich für die Fortführung existenzgefährdeter Betriebe neue private Kapitalgeber nur schwer finden. Sollen Weiterführungskonzepte nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sein, bedarf es einer längerfristigen und umfassenden Finanzierung. Außerdem muß das Finanzierungskonzept den vorrangigen gesellschaftlichen Interessen der Arbeitsplatzerhaltung Rechnung tragen. Daher ist in dieser Frage in erster Linie die öffentliche Hand angesprochen. Allerdings müssen sich auch die bisherigen Kapitaleigner existenzgefährdeter Betriebe durch finanzielle Hilfe konkret ihrer Verantwortung für die Arbeitsplätze stellen. Dies betrifft bereits die Finanzierung von notwendigen Beratungsleistungen, die zumindest für einen Übergangszeitraum von den Kapitaleignern übernommen werden sollte.

Eines der größten Probleme bereitet die Ausstattung der Nachfolgegesellschaften mit ausreichendem Eigenkapital. Große Geldmittel stehen solchen Gesellschaften in der Regel nicht zur Verfügung. Eine konkrete Möglichkeit besteht darin, das notwendige Eigenkapital durch Sachanlagen einzubringen.

Dabei werden entweder die vorhandenen betrieblichen Anlagen von den bisherigen Kapitaleignern der Weiterführungsgesellschaft überlassen oder von Dritten (öffentliche Hand) erworben, die sie dann wiederum der Nachfolgegesellschaft zur Verfügung stellen.

Wegen der Problematik und Bedeutung der Finanzierung ist der Aufbau neuer Finanzierungsformen unabdingbar. Mit der Fortführung existenzgefährdeter Betriebe durch Arbeitnehmer werden gesamtwirtschaftliche Ziele (insbesondere die Sicherung von Arbeitsplätzen) und strukturpolitische Ziele (insbesondere Erhalt der regionalen Wirtschaftskraft) verfolgt. Bei der Finanzierung müssen deswegen die Grenzen der nur einzelwirtschaftlich ausgerichteten Rechnungslegung überwunden werden. Für die öffentliche Hand lohnen sich finanzielle Unterstützungsleistungen auch bei betriebswirtschaftlichen Verlusten, so lange diese nur kleiner

sind als die zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgekosten aufzuwendenden öffentlichen Mittel.

Gefordert ist der Aufbau von öffentlichen Finanzierungsinstitutionen auf Länderebene, die sich an solchen Fortführungsgesellschaften beteiligen, finanzielle Mittel bereitstellen sowie Kredite und Bürgschaften vermitteln. Die Funktion dieser Institutionen sollte aber nicht nur auf die finanzielle Betreuung beschränkt werden, sondern auch eine umfassende Beratung solcher Projekte umfassen; entsprechende Beratungskapazitäten sind aufzubauen. Dabei kann an Überlegungen angeknüpft werden, wie sie vom DGB Berlin mit der Einrichtung eines "Managerpools" angestellt wurden.

Eine solche öffentliche Finanzierungsinstitution kann die strukturelle Verantwortung des Staates nicht ersetzen. Sie bleibt davon unberührt. Allerdings kommt ihr Unterstützungsfunktion bei arbeitsplatzsichernden staatlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu. Weil eine solche öffentliche Finanzierungsinstitution auf gesamtwirtschaftliche Ziele verpflichtet ist, stellt ihr Aufbau zugleich einen Beitrag zur Konkretisierung der gewerkschaftlichen Forderung nach "Wirtschafts- und Sozialräten" dar.

Ihre unmittelbare Aufgabe wird vor allem in der Finanzierung und Beratung von Betrieben liegen, denen bei ansonsten guten Marktchancen wegen Mißmanagements die Stilllegung droht. Hier ist die Fortführung am erfolgversprechendsten.

Es ist dafür Sorge zu tragen, daß eine solche öffentliche Finanzierungsinstitution nicht für privatwirtschaftliche, öffentlicher Einflußnahme entzogene Gewinnerzielungsabsichten instrumentalisiert wird.

Bei der Konzeption einer solchen öffentlichen Finanzierungsinstitution kann sowohl auf der Forderung des DGB-Landesbezirks Berlin nach Einrichtung einer "Berlin-Stiftung" als auch auf der Forderung des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg nach einer öffentlichen Kapitalbeteiligungsgesellschaft aufgebaut werden. Allerdings ist die Zielsetzung einer solchen Beteiligungsgesellschaft - "Beteiligung an unrentablen Unternehmen, deren Fortführung von erheblicher arbeitsmarktpolitischer Bedeutung ist" - im Rahmen der oben genannten Aufgabengebiete zu erweitern. Eine solche öffentliche Finanzierungsinstitution würde auch all die Funktionen abdecken, die im Zusammenhang mit dem Vorschlag einer gemeinwirtschaftlichen Wagnisfinanzierungs-Gesellschaft diskutiert werden, nämlich Bereitstellung von Risikokapital für Sanierungsbetriebe und arbeitsmarktpolitisch bedeutsame Unternehmensgründungen sowie umfassende beratende und finanzielle Hilfeleistungen. Ein ausreichender Einfluß der Gewerkschaften auf die Geschäftspolitik eines solchen öffentlichen Finanzierungsinstituts muß gewährleistet sein.

Damit der politische Druck in Richtung auf die Schaffung solcher öffentlicher Finanzierungsinstitutionen erhöht wird, sollten bei Betriebsübernahmediskussionen die örtlich bzw. regional zuständigen Politiker in den Diskussionsprozeß einbezogen und mit den gewerkschaftlichen Vorstellungen konfrontiert werden.

Im Interesse einer raschen Verbesserung der finanziellen Hilfen für solche Projekte sind die bestehenden Förderungsmaßnahmen im Rahmen der Mittelstands- und Existenzgründungsförderung so umzugestalten, daß sie eine besondere Förderung von Fortführungsgesellschaften durch Arbeitnehmer ermöglichen. Dies gilt für Beratungsleistungen, für Eigenkapital- und Investitionshilfen sowie für Bürgschaften.

Da damit zugleich wesentliche arbeitsmarktpolitische Aufgaben verbunden sind, ist zu prüfen, inwieweit hier nicht auf Mittel der Bundesanstalt für Arbeit zurückgegriffen werden kann.

Auszuschließen ist in jedem Fall, daß die Belegschaft sich auch finanziell direkt am Unternehmen beteiligt. Dies gilt auch für den Fall, daß beispielsweise im Rahmen einer öffentlich gestützten Fortführung oder Sanierung eines Unternehmens der Belegschaft für diesen Zweck entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Hier ist statt dessen eine Konstruktion zu schaffen, bei welcher der einzelne Arbeitnehmer nicht zugleich persönlich haftender Kapitaleigner wird.

III.3. Betriebsführung. - Für eine erfolgreiche Weiterführung des Betriebes sind Beratungsleistungen auf den Gebieten Forschung und Entwicklung, Fertigung, Vertrieb und Betriebswirtschaft ebenso unerlässlich wie ein leistungsfähiges Management. Beratung und Betriebsführung müssen jedoch einer wirksamen Kontrolle im Rahmen der erweiterten Unternehmensziele unterworfen werden. Deswegen sind der Belegschaft und ihrer Interessenvertretung Einspruchsrechte und erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten einzuräumen. Hauptaufgabe der hinzugezogenen Gewerkschaftsvertreter sollten Koordination und Kontrolle sein.

III.4. Rechtsform. - Eindeutige Empfehlungen für die zu wählende Rechtsform können nicht ausgesprochen werden. Kriterien müssen dabei jedenfalls sein, daß eine institutionelle Anbindung des öffentlichen und arbeitsmarktpolitischen Interesses möglich ist und daß die Belegschaft weitreichende Gestaltungsrechte erhält, ohne ihr im allgemeinen und einzelnen Belegschaftsmitgliedern im besonderen Kapitalrisiken aufzubürden.

Vor diesem Hintergrund scheidet die naturgemäß immer wieder ins Spiel gebrachte Form der Genossenschaft aus. Sie bedeutet nämlich ökonomisch gesehen die direkte anteilmäßige Kapitalbeteiligung eines jeden Genossen. Zudem kann jeder Genosse gegen Abgeltung seines Anteils ausscheiden, was gerade in angespannten Unternehmenssituationen zur existenzbedrohenden Verkürzung des Eigenkapitals führen kann.

Die gegenwärtig am häufigsten vorgeschlagene und am günstigsten erscheinende Rechtsform ist die einer Kapitalgesellschaft (GmbH), bei der ein Verein oder eine Stiftung die Anteile hält. In diesen Körperschaften können Arbeitnehmeranteile entindividualisiert eingebracht und gemäß autonom gestalteten Satzungen verwaltet werden.

IV. Möglichkeiten und Grenzen gewerkschaftlicher Unterstützung

Das Schwergewicht des gewerkschaftlichen Kampfs um die Fortführung existenzgefährdeter Betriebe liegt bei der Durchsetzung der struktur- und rechtspolitischen Reformforderungen der Organisation gegenüber dem Staat (arbeitsorientierte Strukturpolitik, Reform des Sanierungsverfahrens und des Insolvenzrechts). Entsprechend dem Auftrag des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages unterstützt die IG Metall darüber hinaus Bemühungen um eine Fortführung solcher Betriebe auf der politischen und der betrieblichen Ebene.

Auf der politischen Ebene engagiert sich die IG Metall für den Aufbau öffentlicher Unterstützungseinrichtungen und schaltet sich nach Maßgabe der hier entwickelten Kriterien aktiv in die Diskussion und die Auseinandersetzung um entsprechende Konzepte zur Sicherung von Arbeitsplätzen ein.

Auf betrieblicher Ebene leistet die IG Metall zunächst dadurch Hilfeleistung, daß sie im Rahmen einer arbeitsorientierten Informationspolitik Arbeitnehmervetretern konkrete Hilfen zur Früherkennung wirtschaftlicher Probleme und ihrer Auswirkungen auf die Belegschaften zur Verfügung stellt ("Berichtswesen für Arbeitnehmervetreter").

Im konkreten Fall leistet die IG Metall juristische und wirtschaftliche Beratungshilfe. Die für eine Fortführung des Betriebs durch die Belegschaft notwendige umfassende mittelfristige Beratung kann jedoch von den Gewerkschaftsvetretern nicht wahrgenommen werden. So können punktuelle Unterstützungsarbeit leisten, vorgelegte Konzepte begutachten und vorwiegend die Aufgaben der Koordination und Kontrolle ausüben. Sie wirken mit bei dem Aufbau systematischer Beratungsmöglichkeiten, bei denen auch auf die Kapazitäten des gemeinwirtschaftlichen Sektors zurückgegriffen werden sollte.

Darüber hinaus wird eine Handlungsanleitung für gewerkschaftliche Funktionsträger erarbeitet, die sich nicht nur auf den Fall der Betriebsübernahme durch Belegschaften bezieht, sondern in umfassender Weise den Kampf gegen Betriebsstillegungen einschließlich konkursrechtlicher Fragen zum Gegenstand hat.

Anlage 4

Die gemeinsame Arbeitsgrundlage der Arbeitskreise "Alternative Produktion" vom Sommer 1986

Zukünftige Gewerkschaftsarbeit erfordert die Entwicklung neuer Offensiv-Konzepte. Zusätzlich zu den Zielen wie Arbeitszeitverkürzung und der Verbesserung der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer müssen sich Beschäftigte und ihre Gewerkschaften für eine grundlegend neuorientierte Wirtschaftspolitik einsetzen.

Die nur an der Kapitalverwertung und dem Konkurrenzkampf ausgerichteten Produktionsentscheidungen der Unternehmer führen nachweislich zu

- massenhaften Arbeitsplatzverlusten
- Sinnentleerung der Arbeit
- arbeitnehmerfeindlichen Technologien
- gesellschafts- und umweltschädlichen Fertigungsverfahren und Techniken
- Zerschlagung von regionalen Wirtschaftsstrukturen.

Dieser Entwicklung müssen wir uns mit einem klaren Bekenntnis zu einer an den Bedürfnissen und Interessen der Beschäftigten orientierten Wirtschaftspolitik entgegenstellen.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Umstellung der Entscheidungsprozesse über das was-wie-wo-wieviel zu produzieren ist, erforderlich. An diesen Entscheidungsprozessen müssen die, die produzieren und die produzierten Güter benutzen und verbrauchen, beteiligt sein. Nicht Profitorientierung darf die Maxime sein, sondern Verpflichtung auf gesellschaftlich nützliche und ökologisch verträgliche Produkte und Produktionsverfahren sind die entscheidenden Kriterien.

In der Vergangenheit der Gewerkschaftsbewegung hat es schon öfter Versuche gegeben, die Entscheidung - was produziert wird - zu beeinflussen, z.B. bei der Firma Lucas Aerospace in Großbritannien,

bei der Firma Lip in Frankreich und ebenso bereits nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland durch eine Konferenz von Rüstungsarbeitern.

Weg von der Rüstung

Seit 1980 haben sich, vor allem in der norddeutschen Küstenregion, Arbeitskreise für eine Alternative Fertigung gebildet, um an konkreten Beispielen die Möglichkeiten und Kompetenz von Arbeitnehmern darzustellen.

Besonders deutlich wird der Anspruch der Arbeitskreise auf Alternative Produktion am Beispiel der Rüstungsproduktion.

Die Gewerkschaften haben sich immer zu antimilitaristischen und friedenspolitischen Zielen bekannt. Ihre Aufgabe ist daher, zur Entspannung und Abrüstung beizutragen. Dabei ist aber auch die Arbeitsplatzsicherheit der betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu beachten. Die Arbeitskreise verbinden die gewerkschaftliche Grundposition zu Frieden und Abrüstung mit ihrer gewerkschaftlichen Verantwortung für die Sicherheit der Arbeitsplätze.

Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie unterliegen in vielerlei Hinsicht einer besonderen Unsicherheit. Die Produktion von Rüstungsgütern ist zyklischen Schwankungen unterworfen. Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie sind von besonderen Rationalisierungsmaßnahmen betroffen. Investitionen in der Rüstungsindustrie schaffen weniger Arbeitsplätze als in allen anderen Bereichen der Produktion. Darüberhinaus gefährdet Rüstungsproduktion Arbeitsplätze im zivilen Bereich, da durch Rüstung Mittel gebunden werden, die für notwendige Produkte nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die Arbeitskreise treten für eine Senkung der Rüstungsausgaben ein. Rüstung sichert nicht den Frieden, sondern gefährdet ihn, da die Bereitschaft zur Konfliktlösung mit Waffengewalt wächst. Frieden

kann nur durch Abrüstung und Verständigung gesichert werden.

Die Arbeitskreise lehnen Rüstungsexporte ab, weil sie oftmals zur Aufrechterhaltung von Diktaturen und damit einer Unterdrückung der Bevölkerung beitragen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn durch von uns produzierte Waffen Arbeitnehmer und Gewerkschaften unterdrückt werden.

Für ein Beschäftigungsprogramm

Heute werden einerseits Sozialleistungen abgebaut und gleichzeitig der Rüstungsetat erhöht. Die Planungen der Bundesregierung werden weitere Kürzungen im sozialen Bereich notwendig machen. Für ein Beschäftigungsprogramm wird, trotz anhaltender Arbeitslosigkeit, kein Geld zur Verfügung stehen. Die Arbeitnehmerinteressen werden den rüstungspolitischen Zielen geopfert.

Diese Erkenntnisse lassen sich auf alle Bereiche der profitorientierten Produktion übertragen. Die Produkt- und Technologiepolitik von Unternehmen nimmt auf die Interessen von Arbeitnehmern und der Bevölkerung keine Rücksicht. Technologiefolgeabschätzung, wie

- die Belastung der Umwelt
- der Verbrauch von Rohstoffen
- die Möglichkeit ihrer Rückgewinnung
- die soziale Kontrollierbarkeit
- die Produktionsbedingungen oder
- die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze

spielen bei der Beurteilung der Produkte und der Technologien bestenfalls eine untergeordnete Rolle. Die Arbeitskreise fordern eine Produkt- und Technologiepolitik, die diese Rahmenbedingungen berücksichtigt. Bei der Auswahl ihrer Produktvorschläge stellen sie den sozialen Sinn und den gesellschaftlichen Nutzen in den Vordergrund.

Mitbestimmung bei den Produkten

Eine wichtige Voraussetzung für eine wirkungsvolle Arbeit der Arbeitskreise ist ihre Verankerung in den gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern und eine enge Verbindung zu den Organen der Interessenvertretung.

Konkrete Produktvorschläge verstärken den Druck auf die verantwortlichen Politiker und Unternehmensleitung zur Umstellung der Produktion. Sie schaffen die Möglichkeit,

- arbeitnehmerorientierte Gegenkonzepte in den Betrieben zu konkretisieren
- regionale Entwicklungsstrategien gegen Standortentscheidungen von Unternehmen und fehlende Strukturpolitik von Regierungen zu entwickeln
- die Belegschaften und die Bevölkerung für eine aktive Unterstützung umfassender Interessenwahrnehmung zu gewinnen.

Die Umsetzung von Konzepten und Strategien scheitert unter anderem an den zu geringen Möglichkeiten der Mitbestimmung - vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit einer Erweiterung der bestehenden Mitbestimmungsrechte. Es müssen Möglichkeiten einer direkten Einflußnahme von Arbeitnehmern auf die Fertigungsverfahren und Produktionsinhalte in den Betrieben durchgesetzt werden.

(verabschiedet auf einem IG-Metall-Wochenseminar im Mai 1986 von Mitgliedern der Arbeitskreise)

Anlage 5

Anträge zum 15. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall
1986

Gesellschaftlich nützliche Produktion

83

**Antragsteller:
Verwaltungsstelle Hamburg**

Der 15. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

- Die VK-Arbeitskreise „Alternative Produktion“ waren und sind wichtiger Bestandteil unserer Organisationsarbeit. Ihre Offensivkonzepte für die Bereiche Arbeit – Technik – Umwelt haben der betrieblichen und überbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit konstruktive Impulse vermittelt.

Die IG Metall wird daher die Aktivitäten dieser Arbeitskreise verstärkt unterstützen.

- Ausgehend von den Erfahrungen der Wirtschaftskrise, der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, den Gefahren arbeitnehmerfeindlicher Anwendung neuer Technologien und umweltschädigender Fertigungsverfahren wird die IG Metall bestimmte Maßnahmen verstärken bzw. einleiten, die die wichtigsten gewerkschaftlichen Aktivitäten zur Durchsetzung gesellschaftlich nützlicher Produktionen zusammenfassen:

1. Zielsetzung

- Die IG Metall wird sich auf den verschiedenen politischen Ebenen für neue Ziele in der Wirtschaftspolitik einsetzen, die sich vorrangig an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer orientieren.
- Ausrichtung der Produktionsziele und -verfahren auf gesellschaftlich nützliche und umweltverträgliche Produkte.

2. Voraussetzungen

- Durchsetzung der erweiterten und tatsächlich wirksamen Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene mit dem Ziel, die Investitions- und Produktionsentscheidungen direkt zu beeinflussen, ebenso die Arbeitsinhalte und Arbeitsbedingungen.
- Verstärkte und ständige Aufklärung der betroffenen Arbeitnehmer über die weitreichenden Gefahren von Rüstungsproduktion, verbunden mit der Darstellung der IG-Metall-Grundsatzpositionen, wie z. B. Senkung der Rüstungsausgaben, keine Ausweitung der Rüstungsexporte usw.
- Bildung von paritätisch besetzten Umstellungsausschüssen, um alternative Produktionen durchzusetzen.
- Intensivierung der Zusammenarbeit der Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ bzw. der Vertrauenskörper mit Wissenschaftlern, um praxisbezogene Beratungskapazitäten zu schaffen und die Forschung entsprechend anzuregen.
- Verstärkung des persönlichen Engagements der betroffenen Arbeitnehmer in Rüstungsbetrieben durch arbeitsrechtliche Absicherung bei der individuellen Verweigerung von Rüstungsproduktion aus Gewissensgründen.
- Integration des Modell-Seminars „neue Produktion – Beschäftigung und qualitatives Wachstum“ sowie Verstärkung entsprechender betrieblicher und örtlicher Bildungsmaßnahmen.

Beschluß: Angenommen (Protokoll, Seite 427)

85

**Antragsteller:
Verwaltungsstelle Kiel**

Der 15. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Zukünftige Gewerkschaftsarbeit erfordert die Entwicklung neuer Offensiv-Konzepte, vor allem für die Bereiche Arbeit–Technik–Umwelt. Die betrieblichen Arbeitskreise für eine „Alternative Produktion“ sind in dieser Hinsicht ein wichtiger Impulsgeber.

Ihre Arbeit muß von der IG Metall stärker unterstützt werden. Die Gründe hierfür sind offensichtlich, da Arbeitslosigkeit, Sinnentleerung der Arbeit, Anwendung von arbeitnehmerfeindlichen Technologien und umweltschädliche Fertigungsverfahren typische Auswirkungen der herrschenden Produktionsweise sind. Rüstungsproduktion ist ein besonders krasses Beispiel für den falschen Einsatz von Arbeit und Technik, die an anderer Stelle dringend benötigt werden.

So gibt es in den Industrie- und Entwicklungsländern einen großen Bedarf an sozial nützlichen Produkten, etwa im Umweltschutz, im öffentlichen Nahverkehr, in der Energieversorgung oder im Gesundheitswesen. Zur Entwicklung einer Nachfrage ist jedoch die Umlenkung vorhandener finanzieller Mittel erforderlich. Dies muß politisch durchgesetzt werden.

Die IG Metall ist aufgefordert, sich auf den verschiedenen politischen Ebenen für eine grundlegend neue Wirtschaftsordnung einzusetzen. Nicht Profitorientierung darf die Maxime sein, sondern Verpflichtung auf gesellschaftlich nützliche und ökologisch verträgliche Produkte und Produktionsverfahren. Das schließt eine Erweiterung der gewerkschaftlichen Aufgabenbestimmung ein: Verbesserungen der Arbeitsbedingungen – ausgedrückt in Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Verbesserung der sozialen Absicherung – müssen ergänzt werden durch die Forderung nach Veränderung der Arbeitsinhalte. Die Kriterien dafür, was in den Betrieben produziert wird, müssen im gewerkschaftlichen Sinne beeinflußt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Umgliederung der betrieblichen Entscheidungsprozesse notwendig; eine personelle Beteiligung in Aufsichtsräten und die bestehenden Mitbestimmungsrechte reichen hierfür nicht aus.

Der Vorstand der IG Metall wird deshalb aufgefordert, sich für eine Ausweitung wirtschaftlicher Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben einzusetzen, u. a. durch Einrichtung von paritätisch besetzten Umstellungsausschüssen, die Möglichkeiten zur Fertigung alternativer Produkte untersuchen und die Durchsetzung einleiten.

Der Vorstand wird beauftragt, einen Bericht mit zweierlei Zielsetzung zu erarbeiten:

- Entwicklung von Strategien und Formen zur Durchsetzung einer „Alternativen Politik“, insbesondere im Rahmen der Tarif- und Mitbestimmungspolitik;
- konkrete Vorschläge vorzulegen für eine wirkungsvolle Unterstützung der bestehenden Arbeitnehmer- und anderen Initiativen für eine umfassende Mitbestimmung.

Betriebliche Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ existieren mittlerweile auch in Unternehmen, die keine Rüstungsgüter produzieren. Das ergibt sich aus ihrem Anspruch, die Produktion im Arbeitnehmerinteresse zu verändern. Der Beirat der IG Metall unterstützt diese Bemühungen der Arbeitskreise: „Angesichts der Aktivitäten in den Betrieben, der Beschlußlage der letzten Gewerkschaftstage und der vorgenommenen Bewertung sollten entsprechende Aktivitäten auch weiterhin unterstützt und gefördert werden.“ (Zitat aus dem Beiratsbeschluß vom 12.3.85).

Konkrete Produktvorschläge der Belegschaftsinitiativen verstärken den Druck auf die verantwortlichen Politiker und Unternehmensleitungen zur Umstellung der Produktion. Daraus ergeben sich folgende Problemstellungen:

- Möglichkeiten einer betrieblichen und gesellschaftlich-politischen Umsetzung zu finden;
- regionale Entwicklungskonzepte gegen Standortentscheidungen von Unternehmen und fehlender Strukturpolitik von Regierungen zu entwickeln;
- die jeweiligen Belegschaften und die Wohnbevölkerung für eine aktive Unterstützung umfassender Interessenwahrnehmung zu gewinnen;
- die Arbeitsgruppenergebnisse trotz beschränkter Mitbestimmungsrechte schrittweise umzusetzen.

Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten ist die konkrete Unterstützung der IG Metall notwendig. Der Vorstand wird darum aufgefordert:

- Eine Intensivierung der Kooperation mit Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaftlern herbeizuführen, um praxis- und handlungsbezogene Beratungskapazitäten aufzubauen und Forschungen zu diesen Fragen anzuregen.
- Die Integration des bestehenden Modellseminars „Neue Produktion – Beschäftigung und qualitatives Wachstum“ in die offizielle gewerkschaftliche Bildungsarbeit vorzunehmen.
- Wochen- und Wochenendseminare anzubieten für Arbeitskreise und interessierte Funktionäre und Kolleginnen und Kollegen eines Betriebes zur Koordination bzw. selbständigen Erarbeitung von Konzepten.
- Die Arbeitskreise bei der Erstellung und Veröffentlichung von Informationsmaterial finanziell zu unterstützen.

Beschluß: Angenommen als Material zu A 83 (Protokoll, Seite 427)

Anlage 6

30.04.1987 BETRIEBSVEREINBARUNG (Auszüge)

Zwischen den Firmen GRUNDIG AG UND GVG
8510 Fürth/Bayern

- nachfolgend insgesamt GRUNDIG genannt -

und dem

Betriebsrat der
GRUNDIG AG UND GVG
in Nürnberg Langwasser

- nachfolgend BR genannt -

wird folgender

BESCHÄFTIGUNGSPLAN/INTERESSENAUSGLEICH/SOZIALPLAN
ZUR SICHERUNG DER ARBEITSVERHÄLTNISSE
DER BEI GRUNDIG IN LANGWASSER BESCHÄFTIGTEN ARBEITNEHMER

gemäß §§ 111/112 BetrVG abgeschlossen:

§ 1 Präambel und Zielsetzung

- 1.1. Betriebsrat und Grundig sind zusammen mit Vertretern der IG Metall zu dem Ergebnis gekommen, daß die Entwicklung der Technologie sowie Markt- und Produktveränderungen kontinuierliche Maßnahmen zur Sicherung von Beschäftigung und Qualifikation der bei GRUNDIG in Langwasser beschäftigten Arbeitnehmer notwendig machen. Als Veränderungen dieser Art gelten insbesondere anstehende Reduzierungen der Laufwerksfertigung in Werk 11 und die Einrichtung der TOMMY-Bänder in Werk 21.
- 1.2. Ziel dieser Maßnahmen ist, möglichst die Anzahl der Beschäftigten und der Auszubildenden bei GRUNDIG in Nürnberg-Langwasser kurz-, mittel- und langfristig zu halten. Entfallen im Zuge der unter 1.1. genannten Entwicklungen Arbeits- und Ausbildungsplätze, so wird grundsätzlich angestrebt, geeignete Arbeits- und Ausbildungsplätze in gleicher Anzahl neu zu schaffen.
Dies bedeutet auch,
 - die Werke und Niederlassung in Nürnberg Langwasser,
 - die Entwicklungskapazität und
 - die Ausbildungskapazitätzu erhalten. Darüber hinaus muß nach Möglichkeit die Fertigungstiefe und Auslastung erhalten werden.

1.3. Zur Erreichung der unter 1.2. genannten Ziele umfaßt die vorliegende Vereinbarung Regelungen für folgende Maßnahmen:

- vorausschauende Produktions- und Personalplanung (§ 3)
- Erweiterung der Produktpalette (§ 4)
- Menschengerechte Arbeitsgestaltung (§ 5)
- Weiterbildung (§ 6)
- Vorzeitiges Ausscheiden älterer Arbeitnehmer (§ 7)
- flankierende Maßnahmen (§ 8)

§ 2 Geltungsbereich

Die vorliegende Vereinbarung gilt

- räumlich: für alle Werke und die Niederlassung der GAG und GVG in Nürnberg Langwasser
- persönlich: für alle Grundig-Arbeitnehmer im Sinne von § 5 Betriebsverfassungsgesetz

§ 3 Vorausschauende Produktions- und Personalplanung

- 3.1. Beide Seiten sind sich einig, daß die unter 1.2. formulierten Ziele nur dann zu realisieren sind, wenn eine vorausschauende Produktions- und Personalplanung für Nürnberg Langwasser vorgenommen wird. Diese Planung soll die absehbaren Markt-, Produkt- und Technikveränderungen und die daraus resultierenden Auswirkungen für Beschäftigung und Qualifikation berücksichtigen. Darüber hinaus hat sie nach Möglichkeit Maßnahmen zu beinhalten, die negative Auswirkungen der o.g. Veränderung für die Arbeitnehmer verhindern.
- 3.2. Beide Seiten sind sich einig, daß eine wirkungsvolle, den Betriebsbereich betreffende Unternehmensplanung (auch Strategie 90) nur durch eine frühzeitige Information und Beratung zu gewährleisten ist.
- 3.3. Zur Verwirklichung dieser Absichten wird dem Betriebsrat jeweils möglichst vor Beginn des neuen Geschäftsjahres eine nach Werken differenzierte Produktions- und Personalbedarfsplanung für das folgende Geschäftsjahr ausgehändigt und mit ihm beraten.
- Darüber hinaus soll der BR rechtzeitig und umfassend über Veränderungen informiert werden.
- 3.4. Soweit sich aus einer Planung eine Differenz zwischen aktuellem und künftigem Personalstand, insbesondere ein Personalüberhang ergibt, so gelten vorrangig folgende Regelungen:

- a) Kurzfristige Beschäftigungsänderungen sollen nicht sofort, sondern frühestens nach einem Monat wirksam werden. Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen können kurzfristigere Lösungen zwischen beiden Seiten vereinbart werden.
- b) Umsetzung bzw. Versetzung innerhalb und zwischen den Werken.
- c) Ist erkennbar, daß durch Marktentwicklung und/oder Hereinnahme neuer Produkte neue Beschäftigung geschaffen wird, so ist Kurzarbeit anzumelden, wenn es die Bestimmungen des AFG zulassen.
- d) Soweit möglich, Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen durch längerfristig angelegte und organisierte Suche nach anderen Produkten (§ 4).

Erst wenn die Regelungen a) bis d) ausgeschöpft wurden und dennoch Personalprobleme auftreten, kann auf Maßnahmen nach § 8 zurückgegriffen werden.

§ 4 Erweiterung der Produktpalette

- 4.1. Zur Erreichung der Ziele dieser Vereinbarung sind sich BR und Grundig einig, daß die Suche nach neuen Produkten für Nürnberg Langwasser verstärkt werden muß. Dabei gibt es mehrere Ansatzpunkte:
 - Erweiterung vorhandener Bereiche
 - Aufnahme neuer Produkte in die Produktpalette
 - wirtschaftliche Eigenfertigung von Komponenten
- 4.2. Bei kurz- und mittelfristigen Lösungen sollte an das in Nürnberg Langwasser vorhandene spezifische Know-how angeknüpft werden. Dazu ist eine werksbezogene Analyse durchzuführen. Diese muß insbesondere folgende Faktoren umfassen:
 - a) Qualifikationsstrukturen
 - b) Produktionsmittel nach Produkten
 - c) Fremdaufträge (z.B.: OEM)

Diese Analysen werden von Grundig unter Leitung des jeweiligen Werksleiters bzw. Ressortverantwortlichen in Abstimmung mit dem Betriebsrat erstellt.

- 4.3. Ausgehend von der im Rahmen des Beschäftigungsplans vom 24.04.1985 gebildeten Kommission 1 "Neue Produkte" können nach Bedarf durch die Kommission 1 paritätisch besetzte Projektteams in Nürnberg Langwasser gebildet werden. Sie sind mit je 2 Mitgliedern zu besetzen. Erweiterungen sind im Projektteam abzusprechen. Sie tagen mindestens einmal im Vierteljahr.
- 4.4. Aufgabe dieses Projektteams ist es, systematisch nach neuen Produkten bzw. nach Möglichkeiten zur kurzfristigen Weiterentwicklung und Verwertung bestehender Produkte und Dienstleistungen zu suchen. Dabei sind Marktuntersuchungen mit einzubeziehen.
- 4.5. Für die Arbeit dieser Teams gelten folgende Regelungen:
 - Die für die Teamarbeit notwendigen Informationen werden zur Verfügung gestellt.
 - Die Kosten der Projektteamarbeit trägt Grundig, wobei die Kostenverantwortung bei dem jeweiligen Ressortverantwortlichen liegt.
 - Beide Seiten können nach gegenseitiger Abstimmung im Projektteam und in vertretbarem Umfang Sachverständige und Berater ihrer Wahl hinzuziehen.
 - Die Projektteams tagen während der Arbeitszeit. Für diese Arbeit werden die Mitglieder im benötigten Zeitumfang von ihrer normalen Tätigkeit ohne Minderung des Arbeitsentgelts freigestellt.
 - Die Projektteams berichten in angemessenen Zeitabständen der Kommission 1 über ihre Arbeit.
 - Die Vorschläge der Projektteams werden mit dem zuständigen Vorstandsmitglied beraten und nach positiver Entscheidung in die Planung (vgl. § 3) einbezogen bzw. zum frühestmöglichen Zeitpunkt durchgeführt.
- 4.6. Beide Seiten sind sich einig, daß in Nürnberg Langwasser zunächst ein Projektteam "Produkt- und Beschäftigungserweiterungen" gebildet wird.
- 4.7. Im Zusammenhang mit der Erweiterung der Produktpalette wird auf § 79 BetrVG (Geheimhaltungspflicht) und die Pflichten aus dem Dienstvertrag hingewiesen.

§ 5 Menschengerechte Arbeitsgestaltung

- 5.1. Planung, Einführung und Anwendung neuer Technologien dient dem Unternehmensziel und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen unter Ausnutzung der technischen und organisatorischen Möglichkeiten.

Rationalisierungseffekte sollen nach Möglichkeit der Arbeitserleichterung, der Höherqualifizierung und insgesamt der humanen und sozialen Gestaltung der Arbeit dienen.

Bei Änderungen der Arbeitsorganisation, des Arbeitsablaufs oder Arbeitsumgebung, bei Änderung der Arbeitsplätze oder Veränderung der Arbeitsinhalte und der Arbeitsbelastung hat Grundig sicherzustellen, daß negative Auswirkungen für den einzelnen Arbeitnehmer vermieden und zumutbare, menschengerechtere Arbeitsbedingungen gewährleistet werden. Dabei müssen die gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit berücksichtigt werden.

- 5.2. Die in Punkt 5.1. festgelegten Grundsätze sind bereits im Planungsstadium (§ 90 BetrVG) zugrundezulegen. Der Betriebsrat ist rechtzeitig und umfassend über diese Planungen sowie Art und Umfang der konkreten Anwendung dieser Grundsätze zu informieren. In den Planungen und bei der Beratung mit dem Betriebsrat sind insbesondere folgende Anforderungen zu berücksichtigen:

- Über- oder Unterbeanspruchungen sind zu vermeiden. Sie liegen vor, wenn Arbeitsaufgaben und Arbeitsbedingungen nicht an die körperlichen, psychischen und qualifikatorischen Leistungsvoraussetzungen der Arbeitnehmer und ihre Entwicklungsmöglichkeiten angepaßt sind.
- Durch Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Arbeitsbereicherung, des Belastungsausgleichs und entsprechende Gestaltung der Arbeitsorganisation sind einseitige Belastungen, extreme Arbeitsteilung und inhaltsarme Tätigkeiten zu vermeiden. Soweit diese Belastungen nicht vermeidbar sind, sind wirksame Maßnahmen des Ausgleichs für ertragene Beanspruchungen (z.B. Arbeitsplatzwechsel) vorzunehmen.
- Die Arbeitsinhalte sind so zu gestalten, daß sie sittlich, sozial und biologisch zumutbar sind. Von Veränderungen betroffene Arbeitnehmer müssen mindestens die vorhandenen arbeitsplatzbezogenen Qualifikationen einsetzen können. Betroffene Arbeitnehmer können zusätzlich betrieblich notwendige Qualifikationen auf Kosten des Arbeitgebers erwerben. Dabei ist nach den Regelungen von § 6 zu verfahren.
- Der Arbeitsablauf ist so zu gestalten, daß soziale Isolation der Arbeitnehmer vermieden wird.

- Über- oder Unterforderung ist durch eine entsprechende Besetzung der Arbeitssysteme zu vermeiden.

Damit soll bereits im Planungsstadium verhindert werden, daß Maßnahmen zur Abwendung, zur Milderung oder zum Ausgleich der Belastung gemäß § 91 BetrVG getroffen werden müßten.

- 5.3. Wenn der BR keine betriebsinterne Möglichkeit zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 5 sieht, hat er das Recht Sachverständige seiner Wahl hinzuziehen. Vorher erfolgt Absprache über die Modalitäten.

§ 6 Weiterbildung

- 6.1. Produkt- und Verfahrensinnovationen, Diversifizierungsprozesse sowie Versetzungen und sonstige Umstrukturierungsmaßnahmen sind mit veränderten Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten verbunden. Auf diese Veränderungen ist zur Sicherung der Weiterbeschäftigung rechtzeitig und umfassend durch Weiterbildungsmaßnahmen zu reagieren.
- 6.2. Es werden Personalentwicklungspläne mit dem Ziel erstellt, Qualifikationsdefizite zwischen Anforderungsprofil der Arbeitsplätze einerseits und dem Personalprofil der betroffenen Arbeitnehmer andererseits durch innerbetriebliche oder außerbetriebliche Weiterbildung bzw. Umschulung auszugleichen. Zu diesem Zweck erstellt Grundig jährlich eine Bildungsplanung für Nürnberg Langwasser. Nach der Beratung im Projektteam "Weiterbildung" werden diese Planungen dem BR einmal jährlich, möglichst im Zusammenhang mit der Produktions- und Personalplanung dargestellt und mit ihm beraten.
- 6.3. Weiterbildung erfolgt in Maßnahmen mit anerkanntem Fortbildungs- bzw. Umschulungsabschluß, soweit solche angeboten werden. Sie können im Unternehmen, bei externen Bildungsträgern oder auch im Ausland durchgeführt werden. Die Verdienstsicherung und die Bezuschussung der Unterhaltsleistungen ist in Anlage 1 geregelt.
- 6.4. Die von Rationalisierungsmaßnahmen besonders gefährdeten Arbeitnehmer, wie an- und ungelernte Arbeitnehmer, Frauen sowie ausländische und ältere Arbeitnehmer, sind bevorzugt zu fördern.
- 6.5. Zur Abwicklung der Versicherungsbestandteile zur Fortbildung/Umschulung wird in Nürnberg Langwasser, ausgehend von der im Rahmen des Beschäftigungsplans vom 24.04.1985 gebildeten Kommission 2 "Arbeitsgestaltung und Qualifizierung", ein paritätisch besetztes Projektteam "Weiterbildung" mit je zwei Mitgliedern gebildet. Erweiterungen sind abzusprechen. Das Projektteam tagt mindestens einmal im Vierteljahr.

- 6.6. Das Projektteam ist rechtzeitig und umfassend von der Geschäftsleitung über die geplanten Weiterbildungsmaßnahmen für den Bereich Langwasser zu informieren. Aus der Bildungsplanung resultierende Bildungsmaßnahmen können erst nach Abstimmung im Projektteam und der Kommission 2 durchgeführt werden.
- 6.7. Die Auswahl der Teilnehmer für die Qualifizierungsmaßnahmen, die Beurteilung der Weiterbildungsfähigkeit wird, unter Berücksichtigung von Lebensalter, Vorbildung, beruflicher Erfahrung sowie sonstiger sozialer Verhältnisse der Betroffenen unter Abwägung der Zumutbarkeit der Maßnahmen für beide Seiten im Projektteam "Weiterbildung" vorgenommen. Gleiches gilt für die Auswahl der Maßnahmeträger.
- 6.8. Qualifizierungsmaßnahmen erfolgen vorzugsweise als Vollzeitmaßnahmen während der regelmäßigen Arbeitszeit. Bei Maßnahmen außerhalb des Betriebes hat der Arbeitgeber die zeitlich notwendige Freistellung zu gewährleisten. Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, die in der Fortbildung bzw. Umschulung vorgesehenen Unterrichtszeiten wahrzunehmen. Werden diese ohne zwingenden Grund versäumt, ist die Maßnahme hinfällig.
- 6.9. Mit der erfolgreichen Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme erwirbt der Arbeitnehmer zugleich einen Anspruch auf einen seiner Qualifikation entsprechenden freien Arbeitsplatz und einer entsprechenden Eingruppierung (siehe Anlage 1). Gleiches gilt für Auszubildende bei Abschluß der Berufsausbildung bei Grundig. Soweit ein freier Arbeitsplatz nicht zur Verfügung steht, gilt § 6 Ziff. 6.7.
- 6.10. Gibt es Gründe für das Nichterreichen des Ausbildungszieles, die nicht im Verschulden des Arbeitnehmers liegen, so ist ihm erneut eine Weiterbildungsmaßnahme anzubieten.
- 6.11. Beabsichtigt die Geschäftsleitung Kurzarbeit einzuführen, so hat sie bereits in der Verhandlungsphase mit dem Betriebsrat zu prüfen, ob und wie die ausfallende Arbeitszeit für Weiterbildung der betroffenen Arbeitnehmer, evtl. mit Unterstützung des Arbeitsamtes, genutzt werden kann. Die Weiterbildungskommission ist dabei beratend zu beteiligen.
Diese Qualifizierungsmaßnahmen können auch im Rahmen eines Weiterbildungspools durchgeführt werden.
- 6.12. Zum Erwerb, zur Sicherung und zur Weiterentwicklung ihrer beruflichen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten, haben alle Grundig-Beschäftigten nach Absprache mit der jeweils kompetenten Stelle der Werkleitung das Recht, an den von Grundig angebotenen Weiterbildungsmaßnahmen, die während der Arbeitszeit stattfinden, teilzunehmen.
- 6.13. Die Kosten für die Weiterbildung trägt der Arbeitgeber, sofern keine Bezuschussung durch Dritte (z.B. Mittel nach AFG) möglich ist.

...

Anlage 7

Konzept des Betriebsrates der ROSS Industrie GmbH vom
September 1987

Statt Entlassungen: Weiterbildung UND Weiterbeschäftigung

für eine Standortsicherung HAMBURGER HAFEN

Ansätze zur Verhinderung eines weiteren Arbeitsplatzabbaus

Grundgedanken sind:

- Staatlich geförderte Weiterbildung, die auf zukünftige Qualifikationsanforderungen und Arbeitsplätze orientiert ist.
- Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen schwerpunktmäßig im Bereich des kommunalen Bedarfs und perspektivisch in den Bedarfsefeldern Energie-, Umweltschutz- und Seeverkehrstechnik.
- Zukunftsorientierte Sicherung des Standortes Hafen für Gewerbebetriebe.

Dabei sind alle staatlichen Aktivitäten, Qualifizierungs- und Umstrukturierungshilfen, Geländerrücknahme, Subventionen usw. zu konzentrieren, um dauerhafte und perspektivische Auffangpositionen für den beabsichtigten weiteren Arbeitsplatzabbau zu schaffen.

Damit könnte ein gegenläufiger Impuls, zum Abbau der Hafengewirtschaftsstruktur eingeleitet werden.

Es bedarf einer systematischen Umstrukturierung der Betriebe im Hafengebiet.

Hier hilft nur eine langfristige Perspektive, die als Nenner für die Anwendung verschiedener Hamburger Senatsprogramme dienlich ist.

1. Ansatzpunkte in der Koalitionsvereinbarung SPD/FDP

a) Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

- Chance der Fortführung durch die Mitarbeiter oder den Kauf des Unternehmens durch das örtliche Management.
- Einbeziehung des Hafengebiets in die Zonenrandförderung.
- Schaffung neuer Arbeitsplätze und Bekämpfung der strukturellen Massenarbeitslosigkeit.

- Sicherung eines qualifizierten und ausreichenden Angebots von Ausbildungs- und Weiterbildungsplätzen angesichts beschleunigter Veränderungen in den beruflichen Anforderungen.
- Dazu dienen auch öffentliche Investitionen und ein Programm " Hamburger neue Beschäftigungspolitik "
- Verwirklichung des "Sonderprogramms zur Ausweitung des Hamburger Arbeitsmarktes durch die Schaffung von 2500 Arbeitsplätzen mit Arbeiten im öffentlichen Interesse".
- Die Förderungsmaßnahmen der EG für regionale Beschäftigungsinitiativen sind verstärkt in Anspruch zu nehmen.
- ... wassernahe Flächen **sollen** in verstärktem Umfang auch für nichtwassergebundene gewerbliche und industrielle Tätigkeiten zur Verfügung gestellt werden.
- Kommunale Steuern und Gebühren (insbesondere für Abwasser- und Abfallbeseitigung) sowie die Preise für die Versorgung (Energie, Wasser) sind wichtige Standortfaktoren. Kostensenkungen sind notwendig.
- Der Hafen bleibt wesentliche Grundlage der Hamburger Wirtschaft und wird sich veränderten Strukturen anpassen.
- Erhaltung der notwendigen Werftkapazitäten und Dimensionierung eines dafür notwendigen Werfthilfeprogramms.

b) Umwelt - Entsorgung - Energie

- Die umweltbedeutsamen Investitionen der Freien und Hansestadt Hamburg sind sowohl hinsichtlich ihrer Umwelteffekte als auch ihrer Beschäftigungseffekte zu bewerten. Die konzeptionelle Vollständigkeit der Vorhaben ist zu überprüfen. Die Ziele, einen besseren Umweltschutz und mehr Arbeitsplätze zu erreichen sind miteinander noch enger zu verflechten.
- In der Entsorgungsfrage (Müll, Hafenschlick usw.) sind wesentliche Weichenstellungen gemeinsam mit den Nachbarländern zu treffen. Dies gilt insbesondere für die Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes für Verbrennungsanlagen einschließlich Hochtemperaturverbrennungsanlagen.
- Intensivierung der Kooperation mit der Industrie zur weiteren Entwicklung technischer Möglichkeiten der Abfallvernichtung.
- Ausrüstung der vorhandenen Verbrennungsanlagen für Hausmüll mit neuer Abgasreinigungstechnik.
- Es werden ... sukzessive die wasserrechtlichen Einleitungserlaubnisse auf den neuesten Stand der Technik umgestellt.
bis 1989

- Schaffung einer unentgeltlichen Entsorgungsmöglichkeit für Schiffe im Hafen.
- In Großfeuerungsanlagen werden sofort wirksame Filter eingebaut.
- Der Hafenschlick muß langfristig wiederverwendbar gemacht werden.
- Das System der Hausmüllverbrennung in Hamburg wird mit neuer Abgasreinigungstechnik ausgebaut.
- Fertigstellung der Luftreinhaltemaßnahmen bei den konventionellen HEW-Kraftwerken Wedel, Hafen, Harburg und Neuhof.
- Hamburg soll einen eigenen Beitrag zur Entwicklung umwelt-schonender Energienutzung und erneuerbarer Primärenergie, insbesondere solcher mit regionaler Bedeutung in Hamburg und Norddeutschland leisten.
- Das Heizkraftwerk Tiefstack, das bis 1992/1993 nach der Großfeuerungsanlagenverordnung stillgelegt werden muß, wird durch eine Entnahmekondensationskraftwerk (Kraft-Wärme-Kopplung) ersetzt.
- Vorhandene Öl- und Gasheizwerke werden verstärkt zu Blockheizwerken auf Gasbasis umgerüstet, um eine rationelle Verwendung der eingesetzten Primärenergie zu gewährleisten.
- Die Maßnahmen für moderne Luftreinhaltemaßnahmen in in HEW-Kraftwerken werden mit höchster Priorität fortgesetzt.

2. Mögliche Felder für Ersatzarbeitsplätze und Weiterbildung

Im Vordergrund einer langfristigen Perspektive für die Standort-erhaltung des Hamburger Hafens steht die Einrichtung einer

"Gesellschaft zur Nutzung von Gewerbeflächen im Hafen"

die als Langzeitaufgabe die Ausarbeitung von Nutzungskonzepten für freiwerdende Teilgebiete des Hamburger Hafens innehat und die Verwaltung von Gewerbeflächen betreibt.

Als ersten Aufgabenschwerpunkt würde für 1987/88 die Geländesanie-rierung ROSS INDUSTRIE anstehen.

Die Finanzierung dieser Gesellschaft könnte als Anstoßfinan-zierung für 3 Jahre aus dem "Aktionsprogramm Hamburger Wirt-schaft" gedeckt werden.

Nach der Erschließung des Geländes ROSS INDUSTRIE trägt sie sich durch die Verwaltung des Geländes selbst. Ein Freisetzen von Mitteln ist auch entsprechend der Vermietung in den ersten 3 Jahren gegeben.

Für die Sanierung der Flächen kommen Mittel aus dem Flächenbe-reitstellungsprogramm und für die Auslösung aus dem Pachtver-trag durch den jetzigen Betreiber in Betracht.

Als Rahmenvorstellung für die Nutzung bieten sich vorläufig an:

- Hinzuziehen einer der bestehenden **Beschäftigungsgesellschaften** aus Mitteln des Beschäftigungsprogramms für Geländesanierung, die auch Kern für den Betrieb des Geländes nach der Sanierung ist.
- **Servicewerk für Schiffs- und Hafentechnik** zwecks Modernisierung und Reparaturen, das auch anderen kleineren Betrieben zur Verfügung steht. (Gesellschafter: Blohm+Voss / Stadt)
- **Gesellschaft für Abfall- und Wasserreinigungstechnik**, die durch Vorhalten und Leasing von entsprechender Technik für Kostensenkungen im Hamburger Gewerbe bei der Abwasser- und Abfallbeseitigung sorgt. Mittelbereitstellung durch einen Pool der öffentlichen Unternehmen die über diese Gesellschaft zunächst für sich die Abwasser- und Abfallprobleme lösen.
- **Vertriebsgesellschaft für Umwelttechnik**
- **Büro- und Werkstatt für Reinhaltung der Elbe** (evtl. aus Mitteln der Zonenrandförderung)
- **Büro für Arbeitsschutz und Werkstatt für Arbeitsschutztechnik** (evtl. aus Mitteln der BAV und BMFT)
- **Entwicklungsbüro für Stukturschwache Branchen** (gemeinsam mit dem HIT)
- **Büro und Werkstatt für Energieberatung und Energiemodellversuche auf geeigneten Standorten** (gemeinsam mit der HEW)
- **Interdisziplinäres Institut für Technologiefolgenabschätzung** (gemeinsam mit Hamburger Universitäten)
- **Modell- und Versuchswerkstatt** als Träger für neue Arbeitsfelder im Umwelt und Energiebereich (ggf. gemeinsam mit Stiftung Berufliche Bildung und BfW des DGB)
- **Modell für Zielgruppenadäquate Weiterqualifizierung** (gemeinsam Stiftung Berufliche Bildung und CNC-Zentrum - finanziert aus den Aktionsprogramm Hamburger Wirtschaft und AFG-Mitteln).
- **Ausbildungsstätte für Jugendliche** (ggf. in Zusammenarbeit mit der Bildungswerkstatt Altona).

Andere Nutzungsmöglichkeiten bestehen auch im Kultur- und Telekommunikationsbereich.

Der **Grundgedanke** besteht darin, die Entwicklung von neuen Betrieben gleichzeitig mit der Qualifizierung späterer Mitarbeiter zu betreiben. Damit wird dem Aspekt der Standortsicherung und der Beschäftigungssicherung gleichzeitig Rechnung getragen.

3. Umsetzung

Einrichtung der **Gesellschaft zur Nutzung von Gewerbeflächen im Hafen**. (Gesellschafter: Blohm+Voss / Stadt)

Vorbereitung der Gesellschaft durch eine **sofortig eingesetzte Projektgruppe**, die 3 Aufgaben innehat:

- Prüfung der Substanz
- Herausarbeitung von Nutzungskonzepten (Vorklärung m.pot. Nutzern)
- Vorbereitung der Vermittlung von ROSS INDUSTRIE Mitarbeitern in das neue Nutzungskonzept.

Dieser Projektgruppe gehören Vertreter Hamburger Behörden, von Blohm+Voss und Arbeitnehmervertreter an.

metall Nr. 11 vom 01.06.1987

Eine Entwicklungsgesellschaft soll den Werften helfen

Offensive für die Zukunft der Küste

Mit einer neuen Offensive will die IG Metall die noch vorhandenen Arbeitsplätze in den norddeutschen Wertstandorten retten und langfristig sichern.

Die Hamburger Bezirksleitung hat dazu das Konzept einer Entwicklungsgesellschaft vorgelegt, die in Zukunft Forschung, Entwicklung und die Aufnahme neuer Produktionszweige auf den Werften vorantreiben und damit Bedingungen schaffen soll, die derzeit – mit Ausnahme der vier Großen – in keinem Schiffbaubetrieb mehr vorhanden sind.

Das Überleben der Wertstandorte hängt entscheidend von der Erschließung neuer Märkte, der Verbesserung bestehender und der Entwicklung neuer Produkte durch die Schiffbaubetriebe ab. Nach über zehnjähriger Krise sind die

jetzt noch übriggebliebenen Unternehmen dazu finanziell, personell und organisatorisch aber nicht mehr in der Lage. Die Entwicklungen der letzten Monate haben das dramatisch bestätigt.

Das Konzept der Entwicklungsgesellschaft besteht darin, daß Wertbetriebe und auch schiffbaufremde Unternehmen (Zulieferer) sich in ihr als Gesellschafter zusammenschließen und gemeinsam Geld und Personal zur Verfügung stellen, um die vorhandenen Forschungseinrichtungen für die Zukunft der norddeutschen Schiffbauindustrie zu nutzen. Eine Beteiligung der Küstenländer an der Entwicklungsgesellschaft wäre dabei sinnvoll.

Die Hauptaufgaben der Entwicklungsgesellschaft sind:

● Erschließung neuer Marktmöglichkeiten,

- Erweiterung bestehender Produktlinien,
- Entwicklung neuer Produktlinien,
- Durchführung von Beratungen und
- Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Finanzierung erfolgt durch die beteiligten Unternehmen, die Länder, den Bund, sowie aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und der Nutzung sämtlicher öffentlicher Förderungsmöglichkeiten.

Ende Mai hat die Hamburger Bezirksleitung der IG Metall die Regierungen der vier Küstenländer und den VDS über ihr Konzept informiert und zur Unterstützung der Vorschläge aufgefordert.

„Dies ist eine Chance für die Zukunft der Werften und für die Zukunft des ganzen Nordens“, erklärte IG Metall-Bezirksleiter Frank Teichmüller zu dem Rettungskonzept.

Werften im freien Fall

Als CDU/CSU und FDP 1982 in Bonn die Macht übernahmen, waren 57500 Menschen auf den Werften beschäftigt. Vier Jahre später, im Juni 1986, gab es nur noch 40621 Arbeitnehmer im Schiffbau, und am 31. März 1987 waren ganze 34500 übriggeblieben. Ein Minus von 23000 Wertarbeitsplätzen (= 40 Prozent) in knapp fünf Jahren.

Allein in den letzten 15 Monaten – von Februar 1986 bis Mai 1987 – gingen zwölf Werften in Vergleiche, Konkurse, wurden ganz oder teilweise stillgelegt:

1. Rickmers-Werft, Bremerhaven Nach Konkurs stillgelegt
2. Büsumer Werft, Büsum Nach Konkurs stillgelegt
3. Lübbe-Voss-Werft, Westerende (Aurich) Nach Konkurs stillgelegt

4. Nachfolgegesellschaft der Meenzer-Werft, die „Bohr-off-shore“, Geesthacht Nach Konkurs stillgelegt
5. Schlichting-Werft, Travemünde In Konkurs; Teilstilllegung angekündigt
6. Flensburger Schiffbau-Gesellschaft In Konkurs und Teilstilllegung
7. Nobiskrug-Werft, Rendsburg Nach Konkurs Teilstilllegung
8. Lindenau-Werft, Kiel In Vergleich; Teilstilllegung angekündigt
9. Orenstein & Koppel, Lübeck Handelsschiffsneubau eingestellt
10. Thyssen Nordseewerke, Emden Handelsschiffsneubau eingestellt
11. Ross Industrie, Hamburg Stilllegung angekündigt
12. Jansen Werft, Leer Vergleich

Forschungsschwerpunkt
Arbeitspolitik
(Internationales Institut für
Vergleichende Gesellschaftsforschung – IIVG)

Direktor:
Professor Dr. Frieder Naschold

Publikationen des Forschungsschwerpunkts Arbeitspolitik des WZB

ab Januar 1987

- IIVG/pre87-201** Hagen Kühn:
Sozialpolitische Umverteilung und
Regulierung der Arbeit. 21 S.
- IIVG/pre87-202** Thomas Malsch:
Arbeit und Kommunikation im informa-
tisierten Produktionsprozeß
Thesen zum Podium I d. 23. Deutschen
Soziologentages in Hamburg, Okt. '86. 15 S.
- IIVG/dp87-203** Winfried Wotschack:
Flexibilisierungskonzeptionen und ihre Aus-
wirkungen auf Arbeitsanforderungen und Be-
lastungen. 50 S.
- IIVG/dp87-204** Marion Poppe-Bahr:
Flexibilisierung des Arbeitskräfte-Ein-
satzes in Recht und Praxis. 57 S.
- IIVG/dp87-205** Winfried Wotschack:
Vom Taylorismus zur kontrollierten Autonomie.
Über Personaleinsatzkonzepte und Arbeitsan-
forderungen bei neuen Techniken. 27 S.
- IIVG/re87-206** Shigemi Yahata:
Gegenwärtiger Stand und Entwicklungspers-
pektiven von Kleingruppenaktivitäten
in japanischen Automobilunternehmen.
- Ein Forschungsbericht des National
Institute of Employment and Vocational
Research, Tokyo -
Hrsg. und übersetzt von Gesine Foljanty-Jost,
68 S.